



# **Wortprotokoll**

der 202. Sitzung vom 2. April 2003

—

# **Resoconto integrale**

della seduta n. 202 del 2 aprile 2003



**XII. LEGISLATUR  
XII. LEGISLATURA  
1998 - 2003**



## SEDUTA 202. SITZUNG

2.4.2003

### INDICE

Mozione n. 500/02 del 29.7.2002, presentata dai consiglieri Klotz e Pöder, riguardante la chiusura al traffico delle strade” (continuazione). . . . .	pag. 3
Dibattito sulla proporzionale e la sua applicazione (in attuazione dell’ordine del giorno n. 11 al disegno di legge provinciale n. 113/02, approvato il 7.11.2002). . . . .	pag. 4
Proposta di deliberazione: Approvazione del conto consuntivo del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l’anno finanziario 2002. . . . .	pag. 39
Proposta di deliberazione: Ratifica della delibera della Giunta provinciale del 24.2.2003, n. 592: Corte Costituzionale – impugnazione della legge 27 dicembre 2002, n. 289 – legge finanziaria dello Stato 2003. . . . .	pag. 63
<u>Disegno di legge provinciale n. 98/02: “Disciplina delle cave e delle torbiere”</u> . . . . .	pag. 72

### INHALTSVERZEICHNIS

Beschlussantrag Nr. 500/02 vom 29.7.2002, eingebracht von den Abgeordneten Klotz und Pöder, betreffend Straßensperrungen” (Fortsetzung). . . . .	Seite 3
Debatte zum Proporz und seiner Anwendung (in Durchführung des vom Landtag am 7.11.2002 genehmigten Beschlussantrages Nr. 1 zum Landesgesetzentwurf Nr. 113/02). . . . .	Seite 4
Beschlussvorschlag: Genehmigung der Abschlussrechnung des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2002. . . . .	Seite 39
Beschlussvorschlag: Ratifizierung des Beschlusses der Landesregierung vom 24.2.2003, Nr. 592: Verfassungsgerichtshof – Anfechtung des Gesetzes vom 27. Dezember 2002, Nr. 289 – staatliches Finanzgesetz 2003. . . . .	Seite 63
<u>Landesgesetzentwurf Nr. 98/02: “Bestimmungen über Steinbrüche, Gruben und Torfstiche”</u> . . . . .	Seite 72

PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE:

Dott.ssa ALESSANDRA ZENDRON

VORSITZ DER PRÄSIDENTIN:

ORE 10.10 UHR

*(Appello nominale - Namensaufruf)*

**PRESIDENTE:** La seduta è aperta.

Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

**PÜRSTALLER (Sekretär - SVP):** *(Legge il processo verbale – verliest das Sitzungsprotokoll)*

**PRESIDENTE:** Ci sono osservazioni al verbale? Nessuna. Il verbale è approvato.

Per la seduta odierna si sono giustificati gli assessori Frick (matt.) e Kasserlatter Mur (pom.) e il consigliere Pürgstaller (pom.).

Punto 34) dell'ordine del giorno: **“Mozione n. 500/02 del 29.7.2002, presentata dai consiglieri Klotz e Pöder, riguardante la chiusura al traffico delle strade”** (continuazione).

Punkt 34 der Tagesordnung: **“Beschlussantrag Nr. 500/02 vom 29.7.2002, eingebracht von den Abgeordneten Klotz und Pöder, betreffend Straßensperrungen”** (Fortsetzung).

Ricordo che ieri nella votazione a scrutinio segreto, chiesta dalla consigliera Klotz e da altri quattro consiglieri, è venuto a mancare per due volte il numero legale, per cui la seduta è stata chiusa anticipatamente. Procediamo nuovamente alla votazione a scrutinio segreto.

Consigliera Klotz, ha la parola sull'ordine dei lavori.

**KLOTZ (UFS):** Frau Präsidentin, da gestern zwei Mal die Beschlussfähigkeit gefehlt hat und ich annehme, dass viele Kolleginnen und Kollegen nicht wissen, um was es bei diesem Beschlussantrag geht, ersuche ich Sie, den Titel des Beschlussantrages noch einmal zu erwähnen.

**PRESIDENTE:** Posso ancora ripeterlo ma avevo appunto detto, contando sul fatto che molti non sapessero, che si tratta di una proposta di chiusura al traffico delle strade in occasione di manifestazioni e della relativa informazione che deve essere data.

Passiamo alla votazione a scrutinio segreto. Prego distribuire le schede.

*(Votazione a scrutinio segreto – geheime Abstimmung)*

Do lettura dell'esito della votazione: 23 schede consegnate, 7 voti favorevoli, 15 voti contrari e 1 scheda bianca. La mozione è stata respinta.

Punto 3) dell'ordine del giorno: **“Dibattito sulla proporzionale e la sua applicazione (in attuazione dell'ordine del giorno n. 11 al disegno di legge provinciale n. 113/02, approvato il 7.11.2002)”**.

Punkt 3 der Tagesordnung: **“Debatte zum Proporz und seiner Anwendung (in Durchführung des vom Landtag am 7.11.2002 genehmigten Beschlussantrages Nr. 11 zum Landesgesetzentwurf Nr. 113/02)”**.

**PRESIDENTE:** Do la parola all'assessore Saurer per la sua relazione introduttiva.

**SAURER (Landesrat für Personal, Gesundheit und Sozialwesen – SVP):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns anlässlich der Behandlung des Gesetzentwurfes “Aus- und Weiterbildung des Sanitätspersonals und andere Bestimmungen” darauf geeinigt, dass wir einige Stunden dafür verwenden, um über den ethnischen Proporz zu diskutieren. Jetzt ist es soweit! Wir haben Ihnen verschiedene Dokumente zugesandt, in denen die Proporzsituation der einzelnen Körperschaften aufgeschlüsselt ist. Ich habe den Auftrag, über die Situation des Landes, des Gesundheitswesens und der öffentlichen Körperschaften kurz zu referieren bzw. die Dokumentationen vorzustellen. Die Kollegin Gnechchi wird dann über die Situation der staatlichen bzw. halbstaatlichen Stellen in Zusammenhang mit den Aktivitäten des Einvernehmenskomitees berichten.

Wie Sie alle wissen, ist der ethnische Proporz, also die verhältnismäßige Berücksichtigung der Stärke der Sprachgruppen entsprechend dem Ergebnis der letzten amtlichen Volkszählung bei der Besetzung bestimmter öffentlicher Ämter, im Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe d) des Pariser Vertrages begründet und im Artikel 61 und im Artikel 89 Absatz 3 des Autonomiestatutes verfassungsrechtlich verankert. Dieses seiner Funktion nach primär auf den Schutz der deutschen Minderheit Südtirols gerichtete System entfaltet seine Wirkung immer stärker auch zu Gunsten der italienischen Sprachgruppe, und zwar in all jenen Segmenten, in denen beispielsweise mehrheitlich die deutsche Sprachgruppe vertreten ist. Die Umsetzung des ethnischen Proporz in der staatlichen Verwaltung erfolgte durch das Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 752 vom 26.07.1976.

Was die einzelnen Körperschaften im Lande anbelangt, so möchte ich kurz die gesetzlichen Grundlagen in Zusammenhang mit der Landesverwaltung, in Zusam-

menhang mit dem Gesundheitswesen und in Zusammenhang mit den Gemeinden, Bezirksgemeinschaften und öffentlichen Körperschaften erläutern. Was die Landesverwaltung anbelangt, so ist der Proporz derzeit durch das Landesgesetz Nr. 40 aus dem Jahre 1988 geregelt. Der Proporz wird für folgende Gruppen berechnet: I., II. und III. Funktionsebene: Abschluss der Grundschule; IV. und V. Funktionsebene: Abschluss der Grundschule oder der Mittelschule sowie zweijährige oder dreijährige Berufsausbildung; VI. und VII. Funktionsebene: Mindestvoraussetzung Reifezeugnis oder Meisterbrief; VIII. und IX. Funktionsebene: Mindestvoraussetzung Abschluss eines mindestens vierjährigen Hochschulstudiums. Der Proporz wird heute in der Landesverwaltung für insgesamt 4.140,75 Stellen angewandt, und zwar im allgemeinen Stellenplan in der I., II. und III. Funktionsebene für 591,50 Stellen, in der IV. und V. Funktionsebene für 1.394,50 Stellen, in der VI. und VII. Funktionsebene für 1.187,50 Stellen und in der VIII. und IX. Funktionsebene für 777,25 Stellen. Dazu kommt noch der Sonderstellenplan der Berufsfeuerwehr, der tierärztlichen Dienste und der Journalisten.

Im Jahr 1997 war es notwendig, eine Bestimmung über die Flexibilisierung des ethnischen Proporztes zu erlassen, und zwar mit dem Dekret des Landeshauptmannes Nr. 21 vom 23. Juni 1997. Die italienische Sprachgruppe ist an Stellen der IV. und V. Funktionsebene vor allem in den Tälern draußen – Facharbeiter, Forstwachen, spezialisierte Straßenwärter – wenig interessiert. Deshalb besteht für die italienische Sprachgruppe in diesen Funktionsebenen ein Überhang an Stellen, der nicht genutzt werden kann. Für die ladinische Sprachgruppe gilt, dass Leute mit einem Beruf in den ladinischen Tälern genügend Arbeit finden, weshalb für diese Sprachgruppe ebenfalls ein Übergang an ungenutzten Stellen besteht. Die deutsche Sprachgruppe ist hingegen an Stellen in den Berufsbildern der IV. und V. Funktionsebene stark interessiert und ist bereit, die Lücken zu stopfen, welche die beiden anderen Sprachgruppen offen gelassen haben. Genau verkehrt liegen die Dinge in der VI., VII., VIII. und IX. Funktionsebene. Die Italiener und Ladinier wissen die Stellen in der öffentlichen Verwaltung in diesen Funktionsebenen mehr zu schätzen als die Angehörigen der deutschen Sprachgruppe. Letztere haben aufgrund ihrer Sprachkenntnisse bessere Chancen auf dem privaten Arbeitsmarkt. Die Situation des Stellenverleihs unter den Sprachgruppen stellt sich also wie folgt dar: Die deutsche Sprachgruppe hat vierzig Stellen mehr in der IV. und V., 15 Stellen weniger in der VI. und VII. und 25 Stellen weniger in der VIII. und IX. Funktionsebene. Das wird dann entsprechend ausgeglichen.

Die Regel des ethnischen Proporztes ist eine Regel des Zusammenlebens und ist eingeführt worden, um dieses Zusammenleben sicherzustellen. Was den staatlichen Bereich und den Landesbereich anbelangt, ist es aber auch eine Regel, welche die entsprechenden Minderheiten berücksichtigt und schützt. Auf die Grundlagen dieser Regelung habe ich bereits hingewiesen. Im Laufe der Jahre haben wir eine bestimmte Flexibilisierung eingeführt, allerdings mit der Notwendigkeit, das Ganze in den darauffolgenden Jahren einzuholen. Das ist gerade im Bereich des Gesundheits- und So-

zialwesens wichtig, wo in erster Linie Dienste sicherzustellen sind und zeitverzogen immer wieder die entsprechenden Anpassungen erfolgen. Das zur Situation des Landes.

In Zusammenhang mit der Situation im Gesundheitswesen haben wir sehr lange über den Proporz in Bezug auf die Besetzung der Generaldirektoren-Stellen geredet. Hier haben wir das Sprachgruppenverhältnis auf Landesebene vorgesehen, was etwas atypisch ist, weil die entsprechenden Ämter aufgrund anderer gesetzlicher Vorgaben entsprechend dem Einzugsgebiet zu vergeben sind. Hier haben wir doch versucht, der italienischen Sprachgruppe entgegenzukommen, indem wir eine Stelle aus dem Landesproporz heraus der italienischen Sprachgruppe vorbehalten. Nachdem die deutsche Volksgruppe in allen vier Sanitätsbetrieben eine Mehrheit hat, würden alle vier Generaldirektoren der deutschen Sprachgruppe zustehen. Das ist geändert worden, und das sollte meiner Meinung nach schon geschätzt werden. Zwar hat man nicht das erreicht, was man sich vorgestellt hat, aber ein Schritt ist immerhin gemacht worden. Die Verwaltungs-, Sanitäts- und Generaldirektoren bilden eine Einheit, innerhalb welcher die Stellen entsprechend dem Einzugsgebiet vergeben werden.

Was das restliche Personal anbelangt, so gilt die Aufteilung nach Gruppen laut Artikel 2 Absatz 2 des Landesgesetzes Nr. 19 aus dem Jahr 1983. Dieses Landesgesetz ist durch das Landesgesetz Nr. 7 vom 5.3.2001 abgeändert worden und sieht vor, dass die Stellen in den Stellenplänen der einzelnen Sanitätsbetriebe nach Gruppen von Berufsbildern Bürgern der drei Sprachgruppen im Verhältnis zu ihrer Stärke vorbehalten sind, die sich aus der letzten Volkszählung im jeweiligen Einzugsgebiet der Sanitätsbetriebe ergibt. Diese Gruppen sind mit Beschluss der Landesregierung Nr. 2043 vom 25.06.2001 festgelegt worden und scheinen auch in Ihrer Dokumentation auf. Durch diesen Beschluss wird die Aufteilung der Stellen nach der Stärke flexibler und kann elastischer gehandhabt werden. Wenn man nur die Chemiker oder Physiker hernimmt, dann tut man sich wesentlich schwerer, als wenn man diese Gruppe zusammennimmt. Allerdings müssen auch jetzt noch teilweise Abweichungen gemacht werden, die den Gesamtproporz aber nicht berühren. Wenn Sie in Ihrer Dokumentation nachschauen, so sehen Sie, dass es in Bezug auf den Gesamtproporz bei den landesweiten Diensten eine kleine Überschreitung von 37 Einheiten zu Gunsten der italienischen Sprachgruppe, beim Sanitätsbetrieb Meran eine kleine Überschreitung von 14 Einheiten zu Gunsten der italienischen Volksgruppe und beim Sanitätsbetrieb Brixen eine kleine Überschreitung von 14 Einheiten zu Gunsten der ladinischen Volksgruppe gibt. Hierzu muss auch noch gesagt werden, dass die ladinische Volksgruppe die Stellen der anderen Sanitätsbetriebe weitgehend nicht besetzt. Grundsätzlich ist zu sagen, dass der Stellenplan wesentlich größer ist, als wir Stellen besetzen können. Wir haben zwei Mal eine Überprüfung der Gesamtstellen durch ein Mailänder Unternehmen machen lassen. Wenn wir den Standard der norditalienischen Kliniken haben möchten, dann bräuchten wir im Vergleich zu den jetzt besetzten Stellen 300 Stellen mehr. Das kann natürlich durch einen größeren Einsatz ausge-

glichen werden. Auch ist die Bezahlung bei uns wesentlich besser. Es muss schon einmal gesagt werden, dass wir im Vergleich zu den norditalienischen Kliniken 300 Stellen mehr bräuchten, damit die entsprechenden Dienste abgesichert sind. Die Überschreitungen in Sachen Proporz sind angesichts eines Gesamtstellenplanes von circa 8.000 Stellen nicht gravierend. In Bezug auf die einzelnen Gruppen gibt es natürlich auch Überschreitungen. So gibt es bei den Krankenpflegern im Sanitätsbetrieb Bozen einen italienischen Überhang von 18 Krankenpflegern, aber das kann im Einzelnen nachgeprüft werden.

Was die Gemeinden anbelangt, so liegt die entsprechende Übersicht Ihrer Dokumentation bei. Dasselbe gilt für das Wohnbauinstitut und die Handelskammer. Es ist fast durchwegs so, dass weniger Plätze besetzt sind, als im Stellenplan vorgesehen. Deshalb erreichen die Stellen, die den einzelnen Volksgruppen vorbehalten sind, nicht das Maß, das man erreichen müsste.

Sie wissen, dass wir auch ausländische Krankenpfleger angestellt haben. In Bozen sind es zur Zeit 73. Ab Mai werden es 92 sein. Im Übrigen verweise ich auf die Dokumentation, die Ihnen ausgehändigt worden ist. Der Artikel, der die Proporzregelung für die Gemeinden, die Gemeindekonsortien und die gemeindeeigenen Betriebe beinhaltet, ist der Artikel 92 des Regionalgesetzes vom 4. Jänner 1993, Nr. 1.

**PRESIDENTE:** Come d'accordo interno nella Giunta provinciale do la parola all'assessora Gnecci che continua con le informazioni nell'ambito dello stato.

**GNECCHI (Assessora al lavoro, scuola e formazione professionale italiana – Progetto Centrosinistra – Mitte Links Projekt):** Continuo la relazione dell'assessore Saurer.

L'esigenza di discussione era nata proprio da una legge che riguardava la sanità e farò adesso a nome della Giunta e in parte a nome degli altri due colleghi del comitato d'intesa Albert Pürgstaller e Martha Stocker un discorso legato alla proporzionale per quanto riguarda l'impiego a carattere statale. Inizio ricordando che l'8 giugno 1976 c'è stato l'accordo che ha poi portato al famoso DPR n. 752 del 1976, la norma di attuazione che ha definito la proporzionale etnica per gli impieghi statali e che ha in allegato le famose tabelle 21 e 22 riguardanti l'Inps e l'Inail.

Bisogna ricordare che al 20 gennaio 1972 nella Provincia autonoma di Bolzano l'impiego statale riguarda 4.355 persone dipendenti, di cui 3.693 erano del gruppo linguistico italiano, quindi l'84,8%, e 662 di lingua tedesca e ladina, il 15,2%. Questa era la situazione al 1972 che ha poi portato al DPR n. 752 del 1976. E' importante riferirsi alla situazione dell'epoca, perché bisogna anche affrontare un discorso più complessivo legato alla filosofia, alla cultura che deve animare una pubblica amministrazione. Qual è il ruolo più difficile per un pubblico dipendente? Proprio quello di riuscire a decodificare la domanda, riuscire effettivamente a capire di cosa il cittadino che si ha davanti ha bisogno, e quale sia realmente la domanda che vuole fare. Per riuscire

a porsi in questi termini è assolutamente indispensabile che la pubblica amministrazione sia legata alla cultura del territorio, delle persone che vivono nel territorio. Non è solo un problema linguistico o di comprensione. Chi di noi ha lavorato nel pubblico impiego sa come essere ad uno sportello comporta la necessità di capire la cultura di chi ti sta davanti per riuscire ad aiutarlo anche a porci la domanda giusta. Per me personalmente è stata un'esperienza non da poco quella che ho fatto all'Inps come funzionaria, proprio perché ti accorgi di come ci sia anche la difficoltà nel riuscire a porre le domande. Se questo vale per un normale impiego pubblico, pensiamolo rapportato a tutto il settore dei servizi o della cura alle persone!

Il fatto di lavorare bene all'interno di un'azienda privata, può fare aumentare il profitto, migliorare la produzione, può far migliorare il prodotto. Nei pubblici uffici, nei servizi, il fatto di riuscire a rapportarsi bene ai cittadini è un problema di qualità della vita, di garantire un reale diritto di cittadinanza. Questo è anche stato lo spirito per cui si sono collegati alle norme di attuazione del Pacchetto anche questi due enti, l'Inps e l'Inail, che essendo due enti di diritto pubblico non economico, ma non essendo un'amministrazione statale, non erano necessariamente legati e collegati. Per renderli organici al DPR n. 752 c'è stata la necessità di allegare le tabelle con le piante organiche.

Questo conferma quello che ho detto prima, che enti come l'Inps e l'Inail che entrano nella vita diretta delle singole persone, perché ogni cittadino ha bisogno dell'Inps e dell'Inail, perché ogni cittadino ha bisogno dell'assegno al nucleo familiare, della cassa integrazione, dell'indennità di malattia, della maternità, delle informazioni che riguardano effettivamente e direttamente la vita di ognuno, è chiaro che ha bisogno di trovare gente disponibile e che veramente sia in grado di rapportarsi non solo da un punto di vista di competenza linguistica ma anche di entrare e far parte della cultura del territorio. Non è stato un caso che l'Inps e l'Inail siano state collegate alle norme di attuazione del Pacchetto, ma va anche ricordato qual è la situazione occupazionale nella nostra provincia.

Nel 1993 erano occupati complessivamente 122 mila uomini e 78 mila donne. Nel 2001 siamo arrivati a 126 mila uomini occupati e 90.300 donne occupate. Dal 1993 al 2001 sono entrati nel mercato del lavoro ulteriori 4 mila uomini e 12.300 donne. Nella nostra provincia il mercato del lavoro dal 1993 al 2001 ha avuto un aumento di 16 mila persone occupate. La nostra provincia ha registrato la percentuale più elevata di incremento dell'occupazione. Se andiamo però a vedere nell'ambito di questa occupazione complessiva, su 220 mila persone occupate, 140 mila sono i lavoratori/lavoratrici dipendenti. Se andiamo a vedere quanti sono lavoratori/lavoratrici che lavorano nei settori legati alla proporzionale, e qui inizio poi ad evidenziare proporzionale e bilinguismo, quelli occupati nella nostra provincia con proporzionale sono 5.639 per quanto riguarda le amministrazioni statali, 9.691 per quanto riguarda la Provincia, 15.099 per quanto riguarda gli altri enti locali. Gli insegnanti sappiamo che non sono assunti con proporzionale ma in base alla lingua di insegnamento della scuola nella



quale insegnano. Non vanno quindi considerati in termini di assunzione per proporzionale ma di assunzione mirata all'istituzione nella quale vanno a lavorare. Vi dico anche poi dove andare a prendervi i dati, perché è giusto che ogni collega possa approfondire. La ripartizione Lavoro è eccellente per quanto riguarda la pubblicazione e l'aggiornamento dei dati per quanto riguarda tutta la materia dell'occupazione, e il sito Internet della ripartizione Lavoro è anche eccezionale. Il rapporto sul mercato del lavoro in provincia di Bolzano 2000 uscito nel 2002 riporta, a pag. 111, tutti i dati del pubblico impiego. Torno a dire perché siano chiari i rapporti: 220 mila occupati, di cui 140 mila sono i lavoratori/ici dipendenti, di questi 140 mila quelli che ho citato prima sono quelli legati al discorso proporzionale.

Va scisso il discorso proporzionale/bilinguismo da questo punto di vista: sappiamo benissimo che per poter entrare nel pubblico impiego bisogna avere il patentino, ma sappiamo altrettanto bene che non è detto che il patentino sia sufficiente per andare a fare la commessa in una latteria sotto i Portici. Cioè nella nostra provincia c'è una reale esigenza di conoscenza delle lingue per vivere a proprio agio e poter lavorare a proprio agio con una competenza professionale adeguata alla richiesta anche nel realizzare se stessi nel lavoro. Un conto è quindi la richiesta legata alla proporzionale e al patentino, un conto è sapere e aver chiaro che la conoscenza della propria madrelingua e dell'altra lingua è una condizione di vivere con agio e trovare lavoro in tutti i settori, quindi non solo a quelli legati al pubblico impiego.

Per quanto riguarda il pubblico impiego legato alla proporzionale è importante avere chiaro che comunque è solo una parte del lavoro dipendente in questa provincia che viene assegnato con criteri legati alla proporzionale e al possesso dell'attestato di bilinguismo. Questi sono dati che è fondamentale avere chiaro, quindi adesso entriamo nello specifico dell'attività della rappresentanza provinciale in rapporto con il Commissario del Governo e tutti gli enti collegati alle amministrazioni più prettamente statali e quelle che possono essere le amministrazioni come l'Inps, l'Inail e altre che hanno organi di amministrazione autonomi. Se andiamo a vedere quanti concorsi sono stati banditi dal 1988 ad oggi, vediamo che sono stati banditi concorsi per 1.006 posti e che questi hanno riguardato tutte le amministrazioni interessate. Se si va a guardare quante sono le riunioni del comitato d'intesa fatte, per quanto riguarda l'attuale comitato d'intesa, Martha Stocker, Albert Pürgstaller ed io, dal 1999 ad oggi abbiamo avuto 10 sedute nel 1999 che hanno riguardato le amministrazioni dello Stato, l'Inps, l'Inail, il Parco Nazionale dello Stelvio e le Poste. Abbiamo avuto 11 sedute nel 2000 che hanno riguardato sempre le amministrazioni statali, la Corte dei Conti, Inps, Inail, Inpdap e Ferrovie dello Stato. Nel 2001 abbiamo avuto 30 sedute, nel 2002 26 sedute e adesso, nel 2003, 5 sedute. Faccio un unico esempio per tutti, per chiarire le difficoltà del comitato d'intesa che si verificano nel corso dell'andamento dei concorsi. Cito ad esempio l'Inpdap, ente previdenziale che riguarda tutte le pensioni del pubblico impiego, ente fondamentale, l'equivalente dell'Inps per quanto riguarda i dipendenti pubblici. A fronte della seduta del comitato d'intesa del gennaio 2000 che aveva accordato

il fatto del bandire il concorso per la copertura dei posti, in particolare per la copertura del posto di direttore/direttrice, il concorso è stato effettuato nel febbraio-marzo 2003 perché la finanziaria del 2001 aveva impedito la possibilità di occupare posti, la finanziaria del 2002 aveva poi concesso una deroga, nell'arco del 2002 è stato bandito il concorso che è stato espletato nel 2003. In posti di lavoro di questo tipo, per quanto riguarda le amministrazioni statali o di enti collegati, tempi così lunghi comportano che spesso anche chi aveva pensato di occupare un posto, nel frattempo trova anche altri posti, soprattutto nella Provincia o nelle altre amministrazioni locali che hanno tempi molto più ridotti in termini di espletamento delle prove concorsuali. Per quanto riguarda un altro esempio, l'Agenzia delle entrate, si è appena tenuto un concorso per 20 posti, che ha visto tempi fulminei rispetto a quelli che sono normalmente tempi di questo tipo di posti, e presumibilmente si riusciranno a coprire tutti i posti che sono stati banditi.

Questo lo dico perché è importante capire che non c'è solo un problema di tempi legati alla velocità o meno del comitato d'intesa nel verificare l'esigenza dei posti e quindi nel bandire i concorsi, ma ci sono tanti altri tempi che non dipendono direttamente né da noi, né in generale dalla Provincia.

Seguendo il filone che ha seguito l'assessore Saurer, per quanto riguarda in generale le amministrazioni legate al DPR n. 752 vi dico qual è lo stato attuale. Voi avete, nella cartella che il Consiglio provinciale ha preparato per tutti i consiglieri, tutta la documentazione nel dettaglio sia per quanto riguarda i posti previsti in pianta organica, i posti coperti in modo differenziato per i gruppi linguistici, e anche i posti suddivisi con l'esplicitazione dei posti coperti dal ruolo nazionale ad esaurimento e dal ruolo locale. Nel dettaglio potrete poi approfondire tutte le cose che ho detto adesso, però in estrema sintesi dico come è la situazione in termini di attuazione, all'aprile 2003, della proporzionale per quanto riguarda i posti che la riguardano direttamente. Vi ricordo che eravamo partiti da una situazione nella quale, nel 1972, l'84,8% dei posti era coperto da persone appartenenti al gruppo linguistico italiano, il 15,2% da appartenenti al gruppo linguistico tedesco. Adesso siamo arrivati al perfezionamento della proporzionale per quanto riguarda la stragrande maggioranza dei posti di tipo pubblico locale, per la sanità, per la Provincia e per i comuni. Nelle amministrazioni dello Stato abbiamo ancora un'esuberanza di 39 posti per quanto riguarda il gruppo linguistico italiano anche se questo esubero va visto rispetto agli attuali posti occupati, mentre potrebbe essere diversa l'analisi se andiamo a vedere i posti previsti nell'attuale pianta organica, perché ancora nelle amministrazioni statali, nell'Inps, nell'Inail le piante organiche denunciano delle vacanze e in questi ci sono ancora posti disponibili per il gruppo linguistico italiano. Nei posti effettivamente occupati possono risultare degli esuberi per un gruppo o per l'altro, perché ci sono anche delle situazioni come quella che ha segnalato anche il collega Saurer, però se andiamo a vedere ad esempio l'USL di Brunico ci sono degli esuberi anche per quanto riguarda il gruppo linguistico tedesco. E' evidente che la situazione rispecchia la situazione della popolazione. Su

Bolzano si verificano con maggiore facilità degli esuberi per quanto riguarda il gruppo linguistico italiano, in zone che sono prevalentemente popolate dal gruppo linguistico tedesco si possono verificare degli esuberi per quanto riguarda il gruppo linguistico tedesco.

In termini generali nella pubblica amministrazione sono stati coperti con molta lentezza e abbiamo ancora delle grandi vacanze per quanto riguarda il gruppo linguistico ladino, perché un posto di lavoro su Bolzano non è ambito da chi trova posto più facilmente nelle valli dove la popolazione di lingua ladina vive e che sono valli in cui l'occupazione raggiunge alti tassi di attività. Nell'amministrazione statale, in quella giudiziaria, all'Inps, all'Inpdap, alle Ferrovie dello Stato e nelle Poste esistono degli esuberi per quanto riguarda il gruppo linguistico italiano se andiamo a considerare i posti effettivamente occupati. Se prendiamo in considerazione complessivamente i posti delle piante organiche ci sono ancora posti anche per il gruppo linguistico italiano. Però vi ricordo da dove siamo partiti, in particolare per quanto riguarda il gruppo linguistico italiano e le amministrazioni dello Stato. La situazione sta andando verso il raggiungimento della proporzionale linguistica che ci si era prefissati. Negli ultimi concorsi si registra una forte partecipazione di aspiranti di lingua tedesca, continuando a registrare una difficoltà sempre maggiore per quanto riguarda il gruppo linguistico ladino.

Spero di aver spiegato anche che la percentuale dei posti di lavoro dipendente, che è assoggettata alla proporzionale nella nostra provincia, non è l'occupazione prevalente, quindi riguarda una fascia circoscritta e ben delimitata. I tempi che avevamo concordato nella riunione dei capigruppo per intervenire sono 10 minuti per ogni consigliere, mi rendo disponibile a rispondere ad ogni domanda, oltretutto anche i due colleghi del comitato d'intesa sono disponibili a rispondere.

**PRESIDENTE:** Ringrazio gli assessori Saurer e Gnechi per averci fatto queste due relazioni iniziali. Abbiamo preparato una cartella che è stata composta cercando di farla nel modo più completo possibile. Si tratta di una documentazione importante e che fotografa effettivamente la situazione. Voi l'avete da qualche settimana, quindi il dibattito credo si possa svolgere anche sulla documentazione contenuta in questa cartella. Voglio ringraziare anche gli uffici per l'impegno che hanno messo nel comporre questo documento così importante.

Come abbiamo concordato, ogni consigliere ha la possibilità di intervenire per dieci minuti, durante i quali potranno essere rivolte anche domande alla Giunta. Alla fine non è prevista una replica della Giunta, ma è previsto che venga data risposta dagli assessori interessati alle domande che verranno poste.

La parola al consigliere Leitner.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Danke, Frau Präsidentin! Ich finde es gut, dass wir jetzt die Gelegenheit haben, einmal ausführlich über eine Thematik zu sprechen, die immer wieder für Aufregung gesorgt hat und immer noch sorgt. Landesrätin Gneccchi hat uns die Zahlen genannt, die 1972, also zum Zeitpunkt der Verabschiedung des zweiten Autonomiestatutes, gegolten haben: 84,8 Prozent Italiener und 15,2 Prozent Deutsche und Ladiner. Ich habe selber eine Zeit lang im Staatsdienst gearbeitet. Im Jahr 1977 war ich im Zollamt Franzensfeste bei fünfzig Angestellten einer von vier Deutschen. Die Situation hat sich geändert. Der Proporz wurde ja als ein Akt der Wiedergutmachung von faschistischem Unrecht eingeführt.

Der Proporz sollte laut damaliger Absicherung im Jahr 2002 verwirklicht sein. Das Jahr 2002 ist vorbei und wenngleich der Proporz nicht ganz verwirklicht worden ist, so sind wir der Verwirklichung doch sehr nahe gekommen. Es ist auch bezeichnend, dass politische Kräfte, die den Proporz über Jahrzehnte hinweg verteufelt haben, nunmehr auch zu Befürwortern geworden sind, so beispielsweise auch Alleanza Nazionale. Man hat erkannt, dass der Proporz mittlerweile mehr zum Schutz der Italiener als zum Schutz der Deutschen und Ladiner beiträgt. Das ist eine Tatsache! Sie brauchen sich nicht der Konkurrenz des Gesamtstaates zu stellen, sondern genießen in diesem Teil Italiens, in dem sie zwar zahlenmäßig in der Minderheit sind, einen großen Vorteil. Die politische Dimension des Proporz hat sicherlich dazu beigetragen, dass es zu einem Ausgleich zwischen den Volksgruppen gekommen ist. Die Autonomiepolitik geht ja immer mehr davon ab, Schutz zu sein. Das möge jeder bewerten, wie er will, aber die Zielsetzung war eigentlich eine andere. Dass es im Land mehr oder weniger ethnischen Frieden gibt, ist unter anderem auch auf den ethnischen Proporz zurückzuführen. Das muss man mit aller Deutlichkeit sagen, und jeder, der das nicht zugeht, lügt sich selber in den Sack.

Ich möchte in besonderer Weise auf den Bereich des Staatsdienstes eingehen, weil ich diesen sehr gut kenne. Hier wird sehr viel gemogelt, auch mit Zahlen. In der Zwischenzeit ist etwas eingetreten, was man nicht vertuschen darf. Die wesentlichen Brocken der Staatsstellen – Eisenbahn, Postverwaltung usw. - sind privatisiert worden. Wenn man diese Stellen heute noch unter dem Proporz führt, dann ist das nur zum Teil richtig. Man konnte mir bis heute noch nicht sagen, wie viele Deutsche dort noch angestellt sind.

**ABGEORDNETER:** *(unterbricht)*

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Diese Zahlen kenne ich schon, aber die Realität ist eine andere. Nachdem das Eisenbahnpersonal in Südtirol mittlerweile nicht mehr nur von Bozen, sondern in einigen Bereichen auch von Verona aus verwaltet wird, soll man mir sagen, wer hier die Kontrolle hat. Zu mir kommen häufig vor allem Angestellte der Post und der Eisenbahn, die sich darüber beklagen, dass sie keine Möglichkeit haben, Karriere zu machen. Schaut Euch die Stellenpläne in Bezug auf

die leitenden Angestellten an! Wie viele Deutsche gibt es bei den leitenden Stellen? Bei der Eisenbahn und Post gibt es sogenannte lokale Chefs, die aber nicht unter den Proporz fallen, denn das sind politische Besetzungen. Wirklich deutsche leitende Angestellte, die etwas zu sagen haben, gibt es in der Staatsverwaltung bis heute kaum! Die 7.500 Stellen, die 1976 aufgrund des Proporzdekretes im Staatsdienst vorgesehen waren, sind auf 5.639 Stellen reduziert worden, und hier sind auch Eisenbahn und Post enthalten. Wenn man diese Stellen wegzählt, dann bleiben ungefähr 2.000 Stellen, die unter den Proporz fallen. Es sind mehr! Deshalb muss man hier schon die richtige Dimension nennen. Ich möchte auch endlich einmal erfahren, wer hier wirklich die Verwaltung über hat. Landeshauptmann Durnwalder hat mir letzte Woche auf eine entsprechende Anfrage geantwortet, dass der Anspruchspartner für das Eisenbahnpersonal der lokale Eisenbahnchef sei, aber dieser weilt ja nur ein, zwei Mal in der Woche für ein, zwei Stunden in Südtirol. Dann erfährt man, dass irgendwelche Leute, die nicht die Voraussetzungen haben, befördert worden sind. Die Leute vor Ort bleiben auf der Strecke. Bei dieser ganzen Sache darf man nicht die Situation der Menschen vergessen! Wir sprechen immer von Zahlen, vergessen dabei aber immer, die Südtiroler, die im Staatsdienst tätig sind, entsprechend zu betreuen. Man kann die Schuld natürlich auch auf die Gewerkschaften schieben, aber auch die Politik hat hier eine Verantwortung. Wenn 200 Personen aus der Postverwaltung gekündigt haben, wie man in der Zeitung lesen konnte, dann wird das auch einen Grund haben. Das kann zu viel Arbeit und Überbelastung sein, aber ein ganz wesentliches Element ist auch das Unwohlbefinden der Leute. In dieser Entwicklung haben wir natürlich auch gesehen, dass es einen leergefegten Arbeitsmarkt gibt und dass in der Privatwirtschaft teilweise mehr gezahlt wird, weshalb es wenig Anreize gibt, in die Staatsverwaltung zu gehen. Die Landesverwaltung ist da schon viel besser dran. Mittlerweile gibt es zwischen Staats- und Landesangestellten bzw. anderen Angestellten der öffentlichen Verwaltung ein großes Ungleichgewicht. Es war ja so, dass auch das Land einmal die Zweisprachigkeitszulage gezahlt hat, aber diese wurde dann in das Gehalt integriert. Man hat das Grundgehalt um 35 Prozent erhöht, mit der Folge, dass dies natürlich auch für die Pension angerechnet wird. Wenn Staatsangestellte in Pension gehen, dann erhalten sie die Zweisprachigkeitszulage nicht angerechnet. Die Leute machen sich auch eine finanzielle Rechnung, und wenn man Gleichwertiges tut, dann soll es auch gleichwertig bezahlt sein. Sonst wird es zu den Landesstellen einen großen und zu den Staatsstellen sehr viel weniger Andrang geben. Dazu kommt, dass die Zeiten zwischen der Ausschreibung eines Wettbewerbes und der Besetzung der Stellen viel zu lang sind. Solange man sich bei uns die Arbeit aussuchen kann und es sich leisten kann, Arbeit abzulehnen, haben wir natürlich diese besondere Situation.

Ich möchte sagen, dass der ethnische Proporz nach wie vor seine Berechtigung hat, weil er ein wichtiges Instrument der politischen Befriedung zwischen den Volksgruppen im Lande ist. Aufgrund der hohen Anzahl an Ausländern werden wir hier viel eher eine neue Diskussion bekommen, denn auch diese drängen auf den Ar-

beitsmarkt, und zwar außerhalb des Proporz. Das gilt auch bei der Anwendung des Proporz für andere Zuweisungen im sozialen Bereich, sprich soziale Wohnungen usw. Es wird nicht lange dauern, bis in den Ranglisten des Institutes für sozialen Wohnbau an vorderster Stelle nicht mehr Südtiroler, sondern Ausländer stehen werden. Das ist eine Tatsache! Diese Dinge darf man nicht vergessen, denn ich bin davon überzeugt, dass es in den nächsten Jahren diesbezüglich eine ganz andere Diskussion geben wird, die man derzeit noch verdrängen will. Sie wird uns aber beinhart einholen!

Wie gesagt, ich bin froh, dass wir endlich über dieses Thema diskutieren. Leute, die heute, also im Jahr 2003, hergehen und den Proporz als rassistische Maßnahme hinstellen, leben nicht im Jahr 2003, sondern im Jahr 1923 oder 1938.

**PÖDER (UFS):** Es ist festzustellen, dass in manchen Verwaltungsebenen, speziell in manchen Assessoraten des Landes, ein Überschuss an italienischen Beschäftigten herrscht. Es ist auch festzustellen – und das wurde bereits gesagt –, dass im Staatsdienst auf höherer Ebene fast ausnahmslos Italienischsprachige beschäftigt sind. Es ist weiters festzustellen, dass bei der Regionalverwaltung ein enormer Überschuss an italienischen Beschäftigten und ein gewaltiges Minus an deutschsprachigen Beschäftigten besteht, wengleich hier natürlich eine besondere Diskussion geführt werden müsste, weil die Regionalverwaltung eine ganz andere Dynamik besitzt und eine ganz andere politische Dimension innehat. Es sind auch einige andere Dinge festzustellen, die noch nicht erwähnt worden sind. So gibt es bei der Vergabe der Förderungen im Wohnbausektor in manchen Bereichen einen Überschuss an italienischen Gestuchstellern. Ich verstehe nicht ganz, wo der sogenannte “disagio” herkommt. Wenn heute jemand hergeht und in Zusammenhang mit dem Proporz von Rassismus spricht, so muss ich sagen, dass die Italiener doch froh sein müssten, dass es den Proporz überhaupt noch gibt! Er kommt heute vor allem Euch Italienern zugute! Er war einmal als Schutzinstrument für die deutsche und ladinische Volksgruppe in Südtirol gedacht. Er war nie als Volksgruppenausgleich gedacht, so wie auch das gesamte Autonomiestatut nicht als Instrument zum Ausgleich der Volksgruppen gedacht war. Diese Tatsache muss man unterstreichen! Wenn die Italiener den Proporz in Frage stellen, so bedeutet das, die eigene Absicherung in Frage zu stellen. Ich verstehe nicht, warum man sich hier selbst ins Knie schießen will. All jene, die in den Proporz in Frage stellen, stellen auch den Volksgruppenschutz und das friedliche Zusammenleben in Frage! Der Kollege Leitner hat die menschliche Seite der Angestellten und die Problematik im Staatsdienst angesprochen, und das ist einfach ein Fakt. Auch höchste Vertreter der Eisenbahnverwaltung haben immer wieder erklärt, dass es in den unteren und mittleren Ebenen ein internes Posten-Mobbing gibt, das vor allem gegen die deutschsprachigen Beschäftigten betrieben wird. Das lässt sich nicht weglegen und ist vor allem möglich, weil bei den Beschwerdeinstanzen in den mittleren und oberen Ebenen natürlich auch wieder vor allem Italienischsprachige beschäftigt sind. Deshalb haben die Beschwerdeinstanzen wenig Verständnis für die Belange der Deutschsprachigen.

Der Proporz ist mit dem Gebrauch der deutschen Muttersprache eng verknüpft. Auch das soll nicht vergessen werden! Auf der einen Seite gibt es die Beschäftigungssituation bzw. die Frage der Möglichkeit zum Zugang zu den Stellen in der öffentlichen Verwaltung. Das hängt aber auch mit dem Dienst am Bürger zusammen. Wir haben immer noch die große Problematik, dass die Gewährleistung der Zweisprachigkeit für die Mehrheit im Lande, aber Minderheit im Staat nicht gegeben ist. Die Situation der Zweisprachigkeit ist speziell bei den italienischen Beschäftigten im öffentlichen Dienst katastrophal. Auf dem Papier werden sie die deutsche Sprache schon beherrschen, aber sie verwenden die deutsche Sprache nicht. Ob sie es wollen oder nicht, sei dahingestellt, aber das würde einmal eine genauere Untersuchung erfordern. Auch hier muss deutlich unterstrichen werden, dass der Proporz die Gewährleistung der Inanspruchnahme des Rechtes auf die Verwendung der deutschen Sprache in der öffentlichen Verwaltung garantiert und sichert.

In dieser Aufstellung haben wir auch eine ganze Reihe von Einzelaufstellungen, die wirklich belegen, wie die Situation aussieht. Die Situation ist jene, dass der Proporz nicht in allen Bereichen umgesetzt wurde. In den Sanitätsbetrieben ist der Überschuss der Italienischsprachigen gewaltig. Wir kennen die Beschäftigungsproblematik in den Sanitätsbetrieben. Dennoch sei die Frage erlaubt, ob diese Minuszahlen bei den Deutschen, die das, was bei den italienischen Beschäftigten festzustellen ist, wesentlich übersteigen, allein darauf zurückzuführen ist, dass der Arbeitsmarkt im Sanitätsbereich derart gestaltet ist, dass die Attraktivität fehlt. Ich frage mich wirklich, ob es eine Tatsache ist, dass es zu wenig Deutsche gibt, die sich um Stellen im Sanitätsbereich bewerben. Gibt es hierfür nicht auch andere Gründe? Vielleicht hält der Umstand, dass die Situation so ist, wie sie eben ist, viele davon ab, in die Sanitätsbetriebe einzusteigen. Wieso ist die Situation derart katastrophal? Wir kennen die damit verbundenen Problematiken. Natürlich kann man die Frage stellen, ob es bis zum Schluss nicht egal ist, welcher Sprach- oder Volksgruppe ein Arzt angehört. Das mag schon sein, aber man muss sich schon fragen, warum bei den Deutschsprachigen dieses übergroße Minus festzustellen ist. Melden sich deshalb so wenig Deutschsprachige, weil das Umfeld in einigen Sanitätsbetrieben derart unattraktiv ist?

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

**Dr. CARLO WILLEIT**

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

**PRÄSIDENT:** Wer möchte noch das Wort? Herr Abgeordneter Seppi, bitte.

**SEPPI (Unitalia – Movimento Sociale F.T.):** Mi auguro che sia chiaro, parliamo di un argomento che ha legato a questa terra delle violazioni a quelle che sono le più elementari norme di eguaglianza fra i cittadini, siamo legati a circostanze autonomistiche di questo tipo da decenni. Questo ha portato al crollo della presenza di

italiani in Alto Adige e comunque ha portato ad una situazione in cui i cittadini di questa terra sono divisi in gabbie etniche, e di conseguenza ritengo che si debba prendere una posizione precisa. Mi presento in questo modo affinché si possa capire fino in fondo quanto siamo legati e quanto siamo in qualche modo ingabbiati e prigionieri di un sistema che è anticostituzionale ma che è assolutamente contrario alle normative europee in vigore. Non farò nessun tipo di argomentazione politica, leggerò solo una relazione presentata da un costituzionalista, nella quale si diranno le ragioni dell'incostituzionalità giuridica di questa norma.

In virtù dell'articolo 48 del Trattato Ce è assicurata la libera circolazione dei lavoratori all'interno della comunità europea.

Il punto 2 di tale articolo dispone, a tal fine, l'abolizione di qualsiasi discriminazione fondata sulla nazionalità fra i lavoratori dei Stati membri per quanto riguarda l'impiego, la retribuzione, e le altre condizioni di lavoro.

Tale principio, tendente a favorire l'integrazione piena dei popoli europei, non trova però ancora un'applicazione pratica nella provincia autonoma di Bolzano, in quanto norme di diritto interno, tese alla tutela delle minoranze etnico-linguistiche e contrastanti con i principi del trattato Ce, a tutt'oggi prevalgono nella prassi amministrativa e giurisprudenziale.

Va doverosamente considerata a tal punto la concezione della Corte di Giustizia in ordine ai rapporti fra norme comunitarie e norme degli Stati membri.

Già nel 1964, in una sentenza resa a titolo pregiudiziale su richiesta di giudici italiani (sent. 15 luglio 1964 "Costa", causa 6/64), la Corte di Giustizia, partendo dal presupposto che gli Stati membri, nel costituire la Comunità europea, "hanno limitato i loro poteri sovrani", è giunta ad affermare che l'ordinamento giuridico comunitario e più in generale lo spirito e i termini del Trattato, è configurato come "integrato nell'ordinamento giuridico degli Stati membri", integrazione questa che, sempre secondo la Corte, "ha per corollario l'impossibilità per gli Stati di far prevalere, contro un ordinamento giuridico da essi accettato in condizioni di reciprocità, un provvedimento unilaterale ulteriore".

Dal principio della preminenza delle norme comunitarie risulta quindi che:

- Qualsiasi giudice nazionale, adito nell'ambito della sua competenza, ha l'obbligo di applicare integralmente il diritto comunitario e di tutelare i diritti che questo attribuisce ai singoli, disapplicando le disposizioni eventualmente contrastanti delle leggi interne, sia anteriori, sia successive alla normativa comunitaria (questo è chiamato principio dell'effetto diretto del diritto comunitario);
- la rilevanza degli effetti diretti della normativa comunitaria sussiste anche per le autorità amministrative, in quanto, come già affermato dalla Corte nella sentenza 22 giugno 1984, sarebbe contraddittorio statuire che i singoli possano invocare innanzi ai giudici nazionali la normativa comunitaria e, al contempo, ritenere che la pubblica amministrazione non sia tenuta ad applicare la normativa stessa, disapplicando le norme nazionali ad essa non conformi.



Si deve quindi affermare che i soggetti competenti nell'ordinamento dei singoli Stati membri a dare esecuzione alle leggi, e cioè tanto gli organi giurisdizionali quanto gli organi amministrativi, sono giuridicamente tenuti a disapplicare, nel rispetto degli orientamenti della Corte di giustizia, le norme interne, anche se di rango costituzionale, incompatibili con norme del diritto comunitario direttamente applicabili (vedi principio della prevalenza del diritto comunitario).

Nel caso in cui la normativa interna violi gli atti comunitari direttamente applicabili, essa è da considerarsi costituzionalmente illegittima per il contrasto con i principi ex art. 189 e 177 del trattato CE e per la conseguente violazione dell'art. 11 della Costituzione, secondo cui "l'Italia...consente, in condizioni di parità con gli altri Stati, alle limitazioni di sovranità necessarie ad un ordinamento che assicuri la pace e la giustizia fra le Nazioni" e "promuove e favorisce le organizzazioni internazionali rivolte a tale scopo" (e la sentenza 7 marzo 1974 n. 14 della Corte costituzionale ha sancito che l'art. 11 concerne anche le Comunità europee).

Nel caso invece in cui la norma comunitaria non sia direttamente applicabile, e non produca effetti diretti, il contrasto della legge con la norma comunitaria (comunque sempre prevalente) non dà luogo alla non applicazione della legge; in questo caso però si può trarre dall'art. 11 della Costituzione una ragione di illegittimità costituzionale della legge stessa. E ciò è confermato dalla stessa Corte costituzionale che nella sentenza 286/86 ha affermato la competenza della Corte a sindacare una legge quando è prospettato che le norme censurate violino non già puntuali regolamenti o norme comunitarie, bensì direttamente un principio fondamentale che informerebbe l'intero assetto della CE.

Tornando all'art. 48 si legge al paragrafo 4 che "le disposizioni del presente articolo non sono applicabili agli impieghi nella Pubblica Amministrazione". Si è quindi di fronte ad una deroga al principio della libera circolazione dei cittadini.

La Corte di giustizia delle Comunità europee, nel rilevare il carattere fondamentale dell'art. 48 nel contesto del trattato Ce e riconoscendone l'applicabilità diretta, ha rammentato la necessità di una interpretazione restrittiva di tale deroga e la stessa Commissione, nella sua comunicazione 88/C 72/02, ritiene la deroga riguardi solo le funzioni specifiche dello Stato e delle collettività ad esso assimilabili, quali le Forze Armate, la Polizia e le altre Forze di ordine pubblico, la Magistratura, l'amministrazione fiscale e la diplomazia.

Da ciò si desume che la maggior parte degli impieghi presso le pubbliche amministrazioni non rientrano nella deroga ex pag. 4 e possono essere occupati anche da cittadini degli altri Stati membri.

E' chiaro poi che i diritti garantiti dall'art. 48 del trattato Ce sono riconosciuti a tutti i cittadini comunitari e quindi ai cittadini italiani. A tal punto non si può che rilevare che alcune norme del diritto interno italiano, in vigore limitatamente al territorio della provincia di Bolzano, sono in grave contrasto con il diritto comunitario.

Passando poi alla questione della "proporzionale etnica", cioè a quel particolare meccanismo in forza del quale l'ammissione a certi uffici pubblici ovvero il godimento di particolari diritto avviene non già sulla base di metodo di libera e generale competitività fra tutti gli aspiranti bensì in ragione di una suddivisione tra gruppi etnici dei posti o benefici disponibili (onde la competitività può avvenire solo all'interno di ognuno di quei gruppi), si può ancora notare un ulteriore contrasto con la normativa comunitaria.

E' certo che la tutela dei diritti delle minoranze etniche costituisce uno dei principi che la comunità si è impegnata a salvaguardare. Il fatto è che lo strumento della "proporzionale etnica" non può essere inquadrato fra queste ragioni e quindi non è considerabile una mera misura positiva di tutela, ma piuttosto va considerato come uno di quei meccanismi ispirati da logiche separatiste e basati sulla diversa etnia degli individui. Per cui si deduce....

PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE:

**Dott.ssa ALESSANDRA ZENDRON**

VORSITZ DER PRÄSIDENTIN:

**PRESIDENTE:** Consigliere Seppi, prima ero fuori dall'aula, Le tolgo la parola, perché ritengo che le manifestazioni in aula non siano ammesse, sono offensive della dignità dell'aula, per cui La prego, se vuole finire il Suo intervento, di togliersi quelle catene. Questo in base al principio della dignità dell'aula e in base al principio che in aula non sono ammesse manifestazioni di colore politico.

**SEPPI (Unitalia - Movimento Sociale - F.T.):** L'articolo 69 del regolamento non prevede nessun tipo di divieto in questo senso.

**PRESIDENTE:** Ma io non La sto richiamando. Le sto solo dicendo che o si toglie quella catena o Le tolgo la parola.

Sospendo brevemente la seduta e convoco l'ufficio di Presidenza per una valutazione di quanto successo in aula.

ORE 11.45 UHR

-----

ORE 12.07 UHR

**PRESIDENTE:** Riprendiamo la seduta.

Comunico all'aula che avendo discusso nell'Ufficio di Presidenza, anche se penso che in futuro dovremo riprendere questo discorso sia in ufficio di presidenza che in capigruppo, purtroppo non esistono strumenti all'interno del nostro regolamento per procedere in modo diverso che non dando al consigliere Seppi gli ultimi 30 secondi

che gli erano rimasti affinché finisca il suo intervento. Però voglio esprimere tutta la mia preoccupazione e indignazione per comportamenti che non rispettano la dignità dell'aula. Pur potendo fare fuori, come rappresentanti politici, tutte le iniziative che vogliamo, qui dentro dobbiamo rispettare il tono e i modi e le relazioni che sono propri di un Parlamento che non usa delle forme improprie per esprimere le proprie opinioni. Qui le proprie opinioni si esprimono attraverso le parole, attraverso un confronto che deve essere il più sereno e rispettoso possibile delle posizioni altrui.

Ribadisco la mia posizione e restituisco la parola per la fine del suo intervento al consigliere Donato Seppi.

**SEPPI (Unitalia – Movimento Sociale F.T.):** Ciò che offende la dignità di quest'aula non sono le catene, ma è la proporzionale etnica che offende i cittadini dell'Alto Adige. Non sono quindi assolutamente preoccupato della Sua presa di posizione, e arrivo alla fine del mio ragionamento.

Lei mi ha interrotto per nulla, visto che posso continuare. Evidentemente Lei non conosce il regolamento.

**PRESIDENTE:** Le ho spiegato prima, quindi la prego di finire perché il Suo tempo sta per finire.

**SEPPI (Unitalia - Movimento Sociale - F.T.):** Ho capito perfettamente, ribadisco che non sono io che offendo quest'aula, ma è la proporzionale che offende i cittadini.

Si deduce che le suddette disposizioni, quindi la proporzionale, denotano un atteggiamento di disprezzo, di discredito della Provincia autonoma di Bolzano e della Regione Trentino-Alto Adige (la quale ha recepito in maniera distorta lo spirito dell'accordo De Gasperi-Gruber ponendo in essere istituti giuridici eccessivamente rigidi e discriminatori) verso le istituzioni comunitarie, i loro obiettivi di liberalizzazione del mercato del lavoro e i loro orientamenti tesi alla continua affermazione della prevalenza delle norme comunitarie sulle norme di diritto interno di qualsiasi rango. Per questo ci vedrà quindi impegnati come movimento politico ad intervenire proficuamente con ogni strumento istituzionale disponibile per l'abrogazione del meccanismo della proporzionale etnica.

Siamo legati, siamo ingabbiati, siamo prigionieri di un sistema razzista che vede la complicità di tutte le forze politiche, anche la Sua, Presidente.

**KURY (GAF-GVA):** Ich möchte die Debatte auf einer pragmatischen Ebene fortsetzen. Dabei beziehe ich mich vor allem auf die Zahlen, die uns von der Landesregierung übermittelt worden sind. Es ist deutlich geworden, dass der Proporz, wie er vom Artikel 89 des Autonomiestatutes vorgesehen ist, im Wesentlichen erreicht worden ist. Damit hat er wohl auch seine Aufgabe als Instrument der Wiedergutmachung

chung und Balancierung bei der Neubesetzung von Stellen im öffentlichen Dienst erfüllt. Das ist meine erste These. Als Grundlage für diese These möchte ich die Daten, die uns in Bezug auf die staatlichen und halbstaatlichen Verwaltungen vorliegen, anführen. Selbstverständlich gibt es hier noch einen leichten Überhang auf italienischer Seite, aber das ist auch darauf zurückzuführen, dass begonnene Laufbahnen zu Ende geführt werden müssen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass im ordentlichen Stellenplan eine ganze Reihe von Stellen nicht besetzt sind, vor allem aufgrund des Mangels an Bewerbern der deutschen Sprachgruppe. Das muss auch gesagt werden. Ähnliches ist bei den privatisierten Betrieben Post und Bahn festzustellen. Diesbezüglich möchte ich fragen, wie weit die privatisierten Betriebe in der Lage sind, den Wettbewerb mit anderen Betrieben zu bestreiten, wenn sie an die Einhaltung von zusätzlichen Verpflichtungen gebunden sind, an die andere nicht gebunden sind.

In Bezug auf die Landesverwaltung ist festzustellen, dass das Angebot, aufgeteilt nach Sprachgruppen, offensichtlich nicht der Nachfrage entspricht. Landesrat Saurer hat bereits darauf hingewiesen, dass die Landesregierung zwei Mal von der Möglichkeit, Stellen herumschieben Gebrauch gemacht hat. Offensichtlich gibt es also unterschiedliche Bedürfnisse. Hier kommt auch zum Ausdruck, dass der Bildungsgrad zwischen den Sprachgruppen doch noch unterschiedlich ist. Das wäre auch eine prinzipielle Frage, mit der sich der Landtag einmal auseinandersetzen sollte.

Am deutlichsten – und jetzt komme ich zu meinem Hauptproblem – ist die Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage doch im Gesundheits- und Fürsorgebereich. Wer sich die Zahlen angeschaut hat, hat festgestellt, dass vor allem in der elften Kategorie, aber auch in anderen Bereichen, ein akuter Personalmangel besteht. Dabei geht es nicht um die Frage, ob die besetzten Stellen adäquat unter den Sprachgruppen aufgeteilt sind, sondern es geht um die Grundsatzfrage, wie der nötige Dienst überhaupt aufrecht erhalten werden kann. Das ist die Frage, mit der wir uns beschäftigen müssen, wenn die Bedürfnisse der Menschen im Vordergrund stehen sollen! Auf diese Frage hat die Landesregierung mit unterschiedlichen Maßnahmen reagiert. Einerseits hat sie Dienstverpflichtungen eingeführt, und das ist meiner Meinung nach eine Vergewaltigung eines juristischen Prinzips. Außerdem hat sie ganze Dienste an Externe ausgelagert, regelmäßig Beschlüsse betreffend in Abweichung vom Proporz gefasst usw. Das sind zahlreiche Maßnahmen, mit denen man versucht hat, das zu garantieren, was notwendig ist, nämlich den Dienst aufrecht zu erhalten. Allerdings wird das Hauptproblem durch diese provisorischen Maßnahmen nicht beseitigt. Aufgrund der Proporz- und Zweisprachigkeitsbestimmungen ist es unmöglich, Personal, das diese Bedingungen nicht erfüllt, längerfristig aufzunehmen. Wir versuchen, zwar Personal zu bekommen, aber wir haben nur die Möglichkeit, dieses Personal kurzfristig zu beschäftigen. Was ist die Folge davon? Wenn sich in einer anderen Region ein Arbeitsplatz bietet, der eine längerfristige Anstellung gewährt, dann verlässt das Personal unsere Stellen fluchtartig. Das bedeutet, dass dauernde Neubesetzungen notwendig sind und dass Situationen entstehen, wie wir sie jüngst im Fall “Villa Europa” gesehen ha-

ben. Diese Probleme auf unterster Personalebene setzen sich natürlich auch in der Führungsstruktur fort. Jeder hat Schwierigkeiten, mit dieser Situation fertig zu werden, und das sollte der Südtiroler Landtag auch einmal zur Kenntnis nehmen und nicht immer nur auf hochideologischer Ebene diskutieren. Ähnliches ist auch im Fürsorgebereich festzustellen. Ich habe mir die Daten des Sozialbetriebes in Bozen besorgt, wo der Großteil der Arbeiten aufgrund von Konventionierungen und Auslagerungen erfolgt. Im Burggrafenamt versucht man, notwendige Stellen zu besetzen, indem man die Personen über die Kategorie "Behindertenbetreuer" anstellt, weil diese nicht dem Proporz unterliegen. Die Anwendung des Proporz wirkt sich in jenen Bereichen, in denen Personalangel herrscht, negativ auf das Funktionieren der Dienste ist, da Kontinuität und Professionalisierung strukturell verhindert werden. Damit ist klargestellt worden, dass zwischen dem einerseits hochideologisierten Prinzip "Proporz" und der tagtäglich organisierten Unterwanderung dieses Prinzips ein großer Widerspruch besteht. Beispiel: Im Sanitätsgesetz gibt es regelmäßige Abänderungen der Proporzbestimmungen, nur um eine Situation zu legalisieren, die man zuerst politisch beschlossen hat. Es ist wirklich an der Zeit, die Weichen für die Zukunft neu zu stellen! Dabei sollten die Fragen, wie lebenswichtige öffentliche Dienste effizient und bürgernah gestaltet werden können und wie unsere Leute dazu motiviert werden können, sich für diese Dienste zur Verfügung zu stellen, im Vordergrund stehen. Da denke ich an eine neue Prioritätensetzung in Richtung mehr Zweisprachigkeit und weniger Proporz. Das könnte die Basis für eine Professionalisierung der öffentlichen Dienste, für einen Qualitätssprung, für die echte Zweisprachigkeit und für mehr Vertrauen zwischen den Sprachgruppen sein. Das strukturell verankerte Konkurrenzprinzip würde zu Fall kommen und außerdem würde das die Motivation der Jugendlichen für sprachliche und professionelle Qualifizierung fördern. Es ist motivierend, wenn ich weiß, dass ich mir etwas aneignen kann, aber es ist nicht motivierend, wenn ich weiß, dass ich von vorneherein keinen Zugang zu bestimmten Diensten habe, weil ich der falschen Sprachgruppe angehöre. Es gibt verschiedene Wege. Mein Weg in Richtung mehr Zweisprachigkeit und weniger Proporz wäre folgender: Man sollte wirklich einmal versuchen herauszufinden, wie sich der Arbeitsmarkt entwickeln würde, wenn wir kurzfristig – für fünf Jahre – vom Proporz Abstand nehmen würden. Nach fünf Jahren könnte man dann ja schauen, ob sich in wesentlichen Bereichen substantielle Abweichungen von dem von uns allen gewünschten Prinzip der gleichmäßigen Verteilung der Sprachgruppen im öffentlichen Dienst ergeben. Ich möchte Landesrat Saurer fragen, ob er meine Analyse des strukturellen Notstandes im Personalwesen vor allem im Gesundheits- und Fürsorgebereich teilt. Wie lautet seine Antwort auf dieses Problem? So, wie es momentan gehandhabt wird – einerseits wird der Proporz hochgelobt, andererseits wird er tagtäglich unterwandert -, hat es keinen Sinn. Man sollte pragmatisch und offen darüber reden.

**PRESIDENTE:** Consigliere Lo Sciuto, ha la parola sull'ordine dei lavori.

**LO SCIUTO (Lista Civica – Forza Italia - CCD):** Siccome mi sono prenotato ma non ho ancora visto il mio nome apparire sul tabellone, vorrei sapere se l'orario fissato, cioè le ore 13, è prorogabile, perché tutti abbiamo diritto di parlare.

**PRESIDENTE:** Non dipende da me. Chiederò all'aula di decidere, perché noi abbiamo concordato che il dibattito si svolga dalle ore 10 alle 13. Ecco perché chiedo a tutti di finire il loro intervento entro i dieci minuti concordati, per permettere agli altri di parlare. Se si decide di continuare anche nel pomeriggio per me va bene.

**LO SCIUTO (Lista Civica - Forza Italia - CCD):** Ma noi siamo 35 consiglieri! Bisognava concedere 3 minuti a testa, perché ciascuno potesse parlare. Io mi sono prenotato.

**PRESIDENTE:** La parola alla consigliera Klotz sull'ordine dei lavori.

**KLOTZ (UFS):** Ich schließe mich Ihrer Anregung an. Es handelt sich hier um eine Informationssitzung, weshalb jeder und jedem Abgeordneten das Recht eingeräumt werden sollte, dazu zu sprechen. Deshalb bin ich absolut dafür, dass wir uns diesem Thema über den vorgesehenen Zeitraum hinaus widmen. Warum sollte ich das Recht haben zu sprechen und jemand, der sich nach mir eingetragen hat, nicht mehr?

**PRESIDENTE:** Come Le ho detto io sono d'accordo. Vi pregherei però adesso di non iniziare una lunghissima discussione su questo, perché credo che possiamo poi un attimo prima delle ore 13 decidere di proseguire nel pomeriggio questa discussione.

La parola alla consigliera Klotz.

**KLOTZ (UFS):** Danke, Frau Präsidentin! Wir haben heute einiges erlebt, und zwar auch durch eine Aktion des Kollegen Seppi. Kollege Seppi, Du hattest mit Deiner Kette Recht, aber diese Kette ist eigentlich mehr eine Bestätigung eines Nationalismus und einer Unfähigkeit, Frieden zu stiften und Frieden zu halten. Wenn Du auf die EU-Verordnungen betreffend das Recht auf Freizügigkeit verwiesen hast, so muss ich daran erinnern, dass internationale Verträge eingehalten werden müssen. Auch gemäß den Wiener Verträgen müssen die abgeschlossenen Pakte absolut eingehalten werden. Diesbezüglich gibt es also keine Frage. Wer beim jüngsten Treffen zum Thema "EU-Konvent" in Bozen anwesend war, der konnte die verschiedenen Ausführungen mitverfolgen. Dabei ist ziemlich deutlich herausgekommen, dass der Pariser Vertrag in seiner praktischer Umsetzung, die durch das erste Autonomiestatut nie erfolgt ist, nicht in Frage gestellt werden darf.

Was die rechtlichen Grundlagen anbelangt, so ist die EU-Verordnung, die der Kollege Seppi verlesen hat, eine viel später nachfolgende Rechtsquelle, die alle

bereits bestehenden Rechtsquellen nicht in Frage stellen kann. Ich erinnere den Kollegen Seppi an den Punkt 1 Absatz d) des Pariser Vertrages, in welchem Folgendes steht: *“Der Staat Italien räumt Folgendes ein: ‘Gleichberechtigung bei Zulassung zu öffentlichen Ämtern zum Zwecke, eine angemessenere Verteilung der Beamtenstellen zwischen den beiden Volksgruppen zu verwirklichen.’* Deshalb ist der ethnische Proporz diesbezüglich in dieser Hinsicht jederzeit abgesichert. Es gibt auch andere Beispiele von Anwendungen des Proporz in anderen Teilen der Welt. Der Proporz ist ein Schutzinstrument und sollte es auch bleiben.

Noch gefährlicher als diese Demonstration des Kollegen Seppi, die sich von selber interpretiert, halte ich den Vorschlag der Frau Kury, den Proporz für fünf Jahre außer Acht zu lassen. Die Abgeordnete Kury erinnert sich vielleicht nicht an die Situation einen Tag vor Inkrafttreten des Proporzdekretes im Jahre 1976, als die Italiener in bestimmten Bereichen eine ziemlich große Anzahl von Stellen schnell besetzt haben, damit diese als bereits besetzte Stellen betrachtet werden, die nicht mehr für die Anwendung des Proporz in Betracht gezogen werden können. Genau das würde passieren! Ich verstehe nicht, warum Du diese Schleuse öffnen willst, denn das würde nur Unfrieden und Misstrauen bringen. In diesen fünf Jahren würde eine Gruppe – wahrscheinlich die Italiener – vollendete Tatsachen schaffen. Dann wäre wieder alles durcheinander und man müsste wieder von Neuem beginnen. Man ist ohnehin vom Buchstaben, dass der ethnische Proporz innerhalb von 2002 verwirklicht sein sollte, abgegangen. Bevor man solche Vorschläge bringt, sollte man schon ein bisschen gründlicher nachdenken. So schafft man keinen Frieden und auf lange Sicht auch keine Gerechtigkeit!

Eine Frage an die Mitglieder des Einvernehmenskomitees. In dieser Aufstellung sind viele Angaben nicht enthalten, gerade in Bezug auf die Staatsstellen. Ich konzentriere mich darauf, denn wir haben ja gesehen, dass sich das Land, die Gemeinden und anderen öffentlichen Körperschaften überkorrekt verhalten. Das Land hat bei den italienischen Akademikern einen ziemlich großen Überhang. Die italienische Gruppe hat in der VIII. und IX. Funktionsebene 15 Stellen mehr, als ihr zustehen. Die deutsche Gruppe hat 20 Stellen weniger, als ihr zustehen, und das ist schon interessant. In Bezug auf die Staatsstellen ersuche ich um eine klare Auskunft. Der Kollege Leitner hat bereits angedeutet, dass es beim Staat offiziell 4.000 gemäß Proporz zu besetzende Stellen gibt. In der Praxis sind aber nur 2.000 Stellen gemäß Proporz besetzt. Außerdem sehen wir, dass beispielsweise das Regierungskommissariat und auch der Rechnungshof keine Angaben über den Proporz machen. Vor einem halben Jahr haben uns Martha Stocker und Albert Pürgstaller als Mitglieder des Einvernehmenskomitees darüber informiert, und zwar mit einiger Sorge, dass bei den Staatsämtern gerade in den höheren Funktionen immer noch der umgekehrte Proporz besteht. Ich ersuche noch einmal um eine exakte Auskunft, wie viele Stellen in welcher Funktionsebene von Deutschen, von Italienern und von Ladinern besetzt sind. Das ist sehr wichtig, um die Tendenz insgesamt zu erkennen. Wir wissen, dass hier die gesamtstaatlichen Stellen-

pläne immer noch hineinspielen. Man interpretiert immer noch hinein, dass gewisse Angehörige der lokalen Stellenpläne nicht zum Zug kommen können. Das bedeutet, dass verschiedene hoch eingestufte Akademiker nicht Karriere machen können, weil man das in Rom so interpretiert, dass die staatlichen Stellenpläne mitkonkurrieren können, obwohl bereits eingestellte Amtsinhaber eigentlich nicht zum Zuge kommen dürften. Gemäß sogenanntem “weichem” Proporz soll der Proporz ja im Jahr 2023 durchgeführt sein. Landesrat Saurer, wissen Sie Bescheid darüber, dass vor allem in Ihrem Bereich viele deutsche Bedienstete auch deshalb so schnell wie möglich abhauen, weil die Arbeitsbedingungen nicht optimal sind, weil der interne Schriftverkehr in manchen Bereichen nur italienisch ist und weil man tagtäglich um das Recht auf den Gebrauch der Muttersprache kämpfen muss?

**WILLEIT (Ladins):** Ich schicke zwei Dinge voraus: einmal ein Dankeschön für die Zusammenstellung der Dokumente, die sehr gut war, und als Zweites einen Hinweis für den Kollegen Seppi, denn wenn jemand einen triftigen Grund hätte, sich Ketten anzulegen, dann wären das wohl die Ladiner. Sie sind die kleinste Sprachgruppe, die sich in Bezug auf den Proporz am schwersten tut, weil die Prozentsätze zu klein sind und weil die rechtliche Grundlage erst allmählich angepasst wurde und sich auch heute noch nicht auf derselben Ebene wie bei den anderen beiden Sprachgruppen bewegt.

In zehn Minuten über den Proporz zu sprechen, ist nicht ganz einfach. Man müsste über eine dreißigjährige Geschichte sprechen, aber das ist nicht möglich, weshalb ich nur Betrachtungen allgemeiner Natur machen kann. Ich glaube, dass die Proporzregel bei richtiger Anwendung eine Regel der Gerechtigkeit, der Beteiligung und des Minderheitenschutzes ist. Wenn die Handhabung aber eine falsche ist, dann erwirken wir das genaue Gegenteil, denn dann schaffen wir Ungerechtigkeit, Ausgrenzung und Unterordnung. Auf jeden Fall muss ich darauf hinweisen, dass die Proporzregel nicht eine automatische ist. Es scheint so zu sein, aber sie ist nicht nur eine arithmetische Regel. Der Proporz ist eine Beteiligungsregel, die auch den Kleinen zum Zuge kommen lassen muss. Nicht umsonst finden wir im Autonomiestatut überall Abweichungsmöglichkeiten für die kleinste Volksgruppe, die ein Recht auf Abweichung vom Proporz hat. Eine Bedarfsrechnung ist also immer schon dabei gewesen. Es muss auch berücksichtigt werden, dass einige Dinge nicht dem Proporz unterworfen werden dürfen. Man kann zum Beispiel Kultur, Bildung oder Sprache nicht dem Proporz unterwerfen. Man muss schon schauen, was dem Proporz zu unterwerfen ist.

In einem Teil meiner Betrachtungen beschränke ich mich auf die ladinische Volksgruppe. Die Ladiner haben dreißig Jahre lang gegen ein duales System angekämpft. Im Laufe der Zeit hat es zu viele Ausgrenzungen gegeben, weil die Norm nicht angepasst wurde. Jeder kann sich daran erinnern, wie oft wir in diesem Saal darüber diskutiert haben, ob die dritte Sprachgruppe nicht auch das Recht hätte, in dieser oder jener Kommission vertreten zu sein. Allzu oft wurde für die Möglichkeit und ge-



gen das Recht entschieden. Auch bin ich der Ansicht, dass man dem Prinzip des Abweichungsrechtes für die dritte Sprachgruppe, wie es im Autonomiestatut verankert wurde, nicht gerecht geworden ist. Es gibt aber auch eine positive Bemerkung, denn die Proporzregel war in den dreißig Jahren auch eine sehr starke Garantie für die ladinische Sprachgruppe, ohne die es kaum zur Formung der Sprachgruppe, so wie sie heute dasteht, gekommen wäre und ohne die sie eine weitaus größere Abhängigkeit erfahren hätte. Die Abhängigkeit besteht heute noch, aber ohne Proporz wäre sie viel größer. Trotzdem darf ich darauf hinweisen, dass die Italiener noch heute vor der Tür stehen. Es gibt nicht wenige Kommissionen, in denen die Ladinier noch heute keine Vertretung haben. Das gilt auch für Landtagskommissionen, und dieses Lied wird auch in Zukunft weitergehen.

Die größten Engpässe, die die ladinische Sprachgruppe heute noch erfährt, erfährt sie im Gesundheitssektor. In den vergangenen Jahren wurden zwar in den Sanitätseinheiten West und Nord einige Öffnungen gemacht, aber das ist nicht genug. Es braucht eine größere Zugangsmöglichkeit innerhalb der Sanitätseinheiten Süd und Ost. Es wurde ja bereits gesagt, dass der Proporz nicht ausgeschöpft wird. Ein weiterer Engpass betrifft die Lokalkörperschaften, und da braucht es eine Änderung des Regionalgesetzes, damit die Ladinier auch in anderen Gemeinden Südtirols ihren Dienst verrichten können. Ich gebe nochmals zu bedenken, dass es ein Unterschied ist, ob 4 Prozent auf 90 Prozent oder 90 Prozent auf 4 Prozent gehen. Die Ladinier nehmen niemandem etwas weg!

Abschließend noch einen Satz zur Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung, die ja dem Proporz zugrunde liegt. Die Geheimhaltung dieser Erklärung kann ich nicht befürworten, denn das dient nur jenem, der von oben herunter befiehlt und nicht dem Bürger.

**PÜRSTALLER (SVP):** Die einen sagen also, dass der Proporz abzuschaffen wäre und die anderen, dass er zum Schutz der Minderheiten beiträgt. Meine Meinung ist die, dass er, wenn er einigermaßen klug angewendet wird, sicher positive Auswirkungen auf die Menschen, die in Südtirol leben und arbeiten, hat. Dass der Proporz klug angewandt wird, ist bei all jenen Stellen deutlich geworden, die die entsprechenden Entscheidungen treffen müssen. Man sieht das im Bereich des Landes und auch im Einvernehmenskomitee, dessen Bestreben immer war, nicht stur zu sein, denn wenn man stur wäre, dann hätte man manches nicht ausschreiben können. Man muss das Vertrauen und den Frieden zwischen den Sprachgruppen fördern, und deshalb sind wir insgesamt gut beraten, wenn wir hier nicht mit Ketten gebunden aufmarschieren. Wir sollten uns stets nach vorne bewegen und versuchen, den Arbeitsmarkt so zu besetzen, dass er allen Sprachgruppen – dazu zählen auch die Ausländer – zugute kommt.

Was die Stellen insgesamt anbelangt, so dürfte man eigentlich nicht vom "disagio" sprechen. Wenn wir uns die Situation der deutschen Sprachgruppe bei den

staatlichen Stellen anschauen, so sind 58 Prozent der Stellen unbesetzt. Bei den halbstaatlichen Stellen sind es vor allem die Ladiner, die das Nachsehen haben. Bei den privatisierten Betrieben ist es zwar etwas besser, aber der Überhang besteht ganz klar zu Gunsten der italienischen Sprachgruppe. Wenn wir die staatlichen Stellen insgesamt hernehmen, so gibt es einen Überhang von 17,5 Prozent der Stellen zu Gunsten der Italiener, 34,1 Prozent zu Ungunsten der deutschen Sprachgruppe und 59,5 Prozent zu Ungunsten der ladinischen Sprachgruppe. Diese Zahlen sprechen für sich. Bei den halbstaatlichen gibt es natürlich unterschiedliche Positionen. Während das INPS den Proporz ziemlich genau einhält, gibt es beim INAIL und INPDAP ganz andere Zahlen, aber man muss immer auch dazu, dass es zu wenig wäre, wenn man nur die Zahlen betrachten würde. Wenn beim INPDAP Ausschreibungen vorgenommen werden und das entsprechende Interesse von Seiten der deutschen Sprachgruppe für die Besetzung der Stellen fehlt, dann kann die Einhaltung des Proporz nicht eingefordert werden. Was die leitenden Positionen anbelangt, so haben wir unsere Position bei der letzten Pressekonferenz des Einvernehmenskomitees deutlich aufgezeigt. Bei den Staatsstellen sind in der Kategorie C 1 bis A immerhin noch 57 Prozent der Stellen von Angehörigen der italienischen Sprachgruppe besetzt. Bei den halbstaatlichen Stellen sind es ebenfalls 57 Prozent und bei den privatisierten Betrieben sind es immerhin 72,4 Prozent. Die leitenden Positionen werden vorwiegend von Personen der italienischen Sprachgruppe eingenommen, aber auch hier dürfen wir nicht unbedingt mit dem Zeigefinger auf die italienische Sprachgruppe zeigen. Bei uns fehlen ganz einfach Leute, die sich hierfür bereitstellen. Wir selbst haben uns nicht rechtzeitig auf den Weg gemacht, um Sensibilisierungsarbeit zu leisten, damit diese Stellen auch von Mitgliedern der deutschen Sprachgruppe besetzt werden. Hier besteht sicher Aufholbedarf, und ich darf darauf hinweisen, dass wir versucht haben, dem Proporz einigermaßen gerecht zu werden, aber diese Altlasten, die sich in den letzten Jahren herauskristallisiert haben, kann man nicht in drei oder vier Jahren geradebiegen.

Frau Kury hat angesprochen, dass sie sich durch die Abschaffung des Proporz eine größere Professionalisierung, eine effizientere Zweisprachigkeit und mehr Vertrauen zwischen den Sprachgruppen erwarten würde. Dem ist nicht so! Schauen wir uns die Situation in den verschiedenen Bereichen an. Wenn wir bei gewissen Stellen nicht auf den Proporz pochen würden, dann würden die Ladiner komplett das Nachsehen haben. Auch die ladinische Sprachgruppe hat das Recht, in der öffentlichen Verwaltung vertreten zu sein. Wenn wir uns anschauen, was bei den privatisierten Betrieben Eisenbahn und Post diesbezüglich läuft, so hätten wir, wenn wir den Proporz nicht einhalten würden, einen enormen Zuzug von Arbeitern aus den benachbarten Provinzen. Das ist teilweise ja schon der Fall! Dann würden unsere Leute keinen zu diesen Stellen haben. Der Proporz übt eine Schutzfunktion aus, und zwar für alle Sprachgruppen in diesem Lande. Deshalb ist es gut, wenn wir versuchen, die Stellen mit Augenmaß zu besetzen, wenngleich es hin und wieder Verschiebungen gibt. Na-

türlich muss das immer im Bereich dessen liegen, was uns die Durchführungsbestimmungen erlauben.

**PRESIDENTE:** Consigliera Kury, ha la parola per fatto personale.

**KURY (GAF-GVA):** Albert Pürgstaller, ich habe gesagt, dass die Anwendung des Proporz in Bereichen mit Personalnotstand negativ ist, und nichts anderes!

**PRESIDENTE:** Proseguiamo nel pomeriggio usando un po' di tempo anche delle minoranze che dovevamo recuperare. Proseguiremo poi con i punti istituzionali e con i disegni di legge della maggioranza.

ORE 12.54 UHR

-----

ORE 15.10 UHR

*(Appello nominale – Namensaufruf)*

**PRESIDENTE:** La seduta riprende.

Proseguiamo con il dibattito sulla proporzionale e la sua applicazione.

Ha chiesto intervenire la consigliera Stocker, ne ha facoltà.

**STOCKER (SVP):** Danke, Frau Präsidentin! Ich mache mit meiner ersten Bemerkung wahrscheinlich einen gravierenden Fehler. Der Kollege Seppi ist am heutigen Vormittag zur Unterstreichung dieses Themas mit Ketten aufgetreten und hat sich in seiner Wortwahl mit Ausdrucksweisen wie "Missachtung" und "Diskriminierung" wohl deutlich vergriffen. Der Abgeordnete Seppi hat sicher auch die Zahlen vernommen, die die Frau Landesrätin Gneocchi zu Beginn ihrer Ausführungen erwähnt hat. Sie hat davon gesprochen, dass bei Einführung des Proporzdekretes im Jahre 1976 3.693 der öffentlichen Stellen in Südtirol der italienischen Sprachgruppe und 622 der deutschen Sprachgruppe vorbehalten waren. Ich frage mich, ob der Kollege Seppi diese Zahlen bewusst nicht zur Kenntnis nimmt. Er hat generelle Ausführungen, die im Übrigen gut zu seinen Ketten gepasst haben, gemacht, und zwar ohne irgendeinen Bezug zur Realität! Ich glaube, dass die Mehrheit in diesem Saale meine Meinung teilt, und zwar, dass das, was wir Proporz nennen, zwar nicht die Gerechtigkeit in purster Ausprägung ist - wir alle wissen, dass es das nicht gibt -, dass es aber bis heute kein gerechteres System als den Proporz gibt, wenn man bestimmte Dinge gerecht auf die verschiedenen Volksgruppen aufteilen will. Dass dieses System insgesamt zur Befriedung und zu einem relativen Wohlbefinden der Sprach- und Volksgruppen in diesem Lande beigetragen hat, kann wohl nicht bestritten werden. In diesem Sinne glaube ich auch, dass der Proporz als Grundprinzip beibehalten werden muss, um das friedliche

Miteinander zu garantieren. Dass es bei einem Grundprinzip sinnvollerweise auch Ausnahmen geben muss, ist uns allen klar, und das ist sowohl von der Landesverwaltung, als auch von den Mitgliedern des Einvernehmenskomitees angewandt worden. Aus den Unterlagen geht hervor, dass die Zahlen in Bezug auf die Aufteilung auf die einzelnen Sprach- und Volksgruppen zwischen Staat und Land noch relativ unterschiedlich sind. Beim Staat sind wir auf einem guten Wege, aber es ist sicher nicht so, wie es die Väter des Proporzdekretes gemeint haben, nämlich, dass der Proporz im Jahr 2002 im Sinne der Stärke der Sprachgruppen verwirklicht worden ist.

Die Abgeordneten Leitner und Klotz haben gesagt, dass sie in Bezug auf die Staatsstellen, die unter den Proporz fallen, genauere Zahlen haben möchten. Pius Leitner hat gesagt, dass die privatisierten Staatsbetriebe Post und Bahn dem Proporz nur scheinbar unterliegen. Das stimmt nicht. Es gibt zwar in einigen Bereichen immer wieder Versuche, den Proporz zu unterlaufen, aber als Mitglied des Einvernehmenskomitee bekomme ich mehr oder weniger schon mit, wenn das der Fall sein sollte. Der Kollege Pürgstaller und ich haben immer auf die Einhaltung des Proporz geachtet.

Wenn man sich die Zahlen anschaut, so gibt es bei den Staatsbetrieben, halbstaatlichen und privatisierten Betrieben 4.400 Stellen, die unter den Proporz fallen. Meines Erachtens ist diese Zahl zwar noch etwas überhöht, denn ich persönlich gehe nicht davon aus, dass 879 Stellen frei sind. Ich gehe eher von 500 freien Stellen aus, da es doch noch die eine und andere etwas hochgeschraubte Vorstellung gibt. Zu sehen ist natürlich auch, dass die deutsche Sprachgruppe in den unteren Funktionsebenen der Staatsverwaltung sehr gut dasteht und manchmal auch überproportional vertreten ist. Wenn es um die oberen Funktionsebenen geht, dann ist das aber nicht der Fall. Ich habe einmal versucht auszurechnen, die Stellen in Bezug auf die höchsten Funktionsebenen bei den staatlichen, halbstaatlichen und privatisierten Betrieben auszurechnen. Dabei bin ich auf eine Zahl von 175 gekommen, von denen 51 Deutsche und 124 Italiener sind. Wie gesagt, in den unteren Funktionsebenen gibt es entsprechende Ausgleichs, und das hat teilweise auch damit zu tun, dass sich Bewerber der deutschen und ladinischen Muttersprache oft nicht an den Wettbewerben beteiligt haben. Das hängt entweder mit der Arbeitsmarktsituation, mit der Entlohnung, aber teilweise auch mit dem Arbeitsklima, das es in einigen Bereichen gibt, zusammen. Die Nicht-Aufnahme von Stellen hat natürlich auch damit zu tun, dass es einen Aufnahmestopp gegeben hat. Die Regierung Berlusconi hat einen mehr oder weniger kompletten Aufnahmestopp für die öffentliche Verwaltung vorgesehen. Es gibt einige Ausnahmen, beispielsweise in Bezug auf all das, was die Gerichtsbarkeit angeht. Dort ist es aber auch nicht so, dass wir einfach ausschreiben können, wie wir wollen, denn auch für diese Stellen muss selbstverständlich immer die Genehmigung aus Rom eingeholt werden. Ich bin der Meinung, dass wir eine Reihe von Stellen besetzen könnten, wenn wir die entsprechenden Ausnahmen und die entsprechende Finanzierung bekämen. Für die jetzt ausgeschriebenen Richterstellen haben sich in Südtirol insgesamt 106 Bewerberinnen und

Bewerber gemeldet, wobei wir hoffen, dass sie wirklich den vorgesehenen Sprachgruppen angehören.

Die Frau Kollegin Kury hat von den privatisierten Betrieben und deren privaten Konkurrenz gesprochen. Die Konkurrenz tut sich in vielen Dingen etwas leichter als die noch bestimmten Bedingungen des öffentlichen Dienstes unterworfenen Eisenbahn. Deshalb würde auch ich es befürworten, wenn man über diese Dinge einmal etwas ausführlicher sprechen würde.

Die Kollegin Klotz hätte gerne nähere Angaben in Bezug auf die Zugangsvoraussetzungen zu den höchsten Funktionen im Bereich des Staates. Früher war es so, dass die Stellen für die lokalen Stammrollen vom Regierungskommissariat ausgeschrieben worden sind. Gleichzeitig hat es aber auch für jene Ausschreibungen gegeben, die den Auslaufrollen angehörten. Diese haben sich an den Wettbewerben auf gesamtstaatlicher Ebene beteiligt. Die internen Wettbewerbe, die auf gesamtstaatlicher Ebene ausgeschrieben worden sind, konnten in der Regel viel früher als jene auf lokaler Ebene ausgeschrieben werden, weil die Anpassungen mit Schwierigkeiten verbunden waren. Die Menschen, die den Auslaufstellen angehört haben, haben weiterhin ihren Dienst geleistet, und zwar in Überzahl. Bezüglich der Zweisprachigkeit gab es für sie keine Vorschriften. Jetzt machen wir die Ausschreibung für alle, wobei für die höchsten Funktionsebenen der Zweisprachigkeitsnachweis A Voraussetzung ist. Deshalb hat sich zumindest in Bezug auf die Sprachenvorschrift etwas zum Besseren gewendet.

Abschließend noch ein Wort zu den Ladinern. Der Kollege Willeit weiß, dass wir uns wirklich bemühen, für die Ladinern das Maximum herauszuholen. Danke!

**LO SCIUTO (Lista Civica – Forza Italia - CCD):** Signora Presidente, colleghe e colleghi, ritengo che essendo un uomo che ha rigidi principi, però essendo un tollerante e che quindi si fa carico delle opinioni altrui, le ascolta, cerca di pesarle, cerca di trovarci quanto di buono chiunque può portare in un'argomentazione di questo genere, devo dire che il principio della proporzionale etnica viola i diritti individuali, l'articolo 3 della Costituzione che dice che tutti i cittadini hanno pari diritti a concorrere.

Viola anche un altro principio importante della Costituzione, che è il buon andamento dell'amministrazione che non può essere garantito con una divisione a monte dei posti nell'ambito della pubblica amministrazione. Tuttavia so quanto sapete voi, che una deroga a questi principi costituzionali fondamentali è stata introdotta con la proporzionale etnica che, proprio perché sono duttile nelle politiche anche se rigido nei principi, mi rendo conto che in un determinato momento storico fosse necessario anche superare con norme costituzionali questi principi fondamentali e universali per tentare di riequilibrare una situazione di vera o supposta ingiustizia che si era determinata nel dopoguerra. Dico soltanto che dal dopoguerra sono passati moltissimi anni e che alla luce di quanto è accaduto sul piano storico, sul piano pratico in questa provin-

cia, occorrerebbe, se non altro per il rispetto dei diritti individuali per cui ciascuno concorre con le proprie capacità, arrivare a superarlo. Sul piano del principio non posso essere d'accordo con la proporzionale etnica, perché mentre tenta di garantire, ammesso che garantisce e ammesso che ne sia ancora bisogno, i gruppi, viola i diritti individuali. Non posso essere d'accordo sul piano del principio su questa norma della proporzionale etnica. Bisognerebbe prendere atto dei tempi che sono passati e che alla luce di quanto succede nella nostra provincia, ma anche alla luce di ciò che arriva da un ordinamento superiore, cioè la Comunità Europea, superare queste cose.

C'è un errore di fondo, consentitemi di dire questo con un minimo di presunzione, tra chi considera i posti nell'ambito della pubblica amministrazione come risorse, posti da spartire, e non punta invece l'accento, come sarebbe doveroso, sui servizi che si devono erogare ai cittadini. Qui rischiamo di fare del soggetto l'oggetto. Il soggetto sono i cittadini, non i posti, nella pubblica amministrazione. Quando sento il collega Pürgstaller che parla di risorse di posti di lavoro, quando si discute di servizi, di pubblica amministrazione, ebbene, faccio fatica a seguirlo su questo terreno. E mi risuona nell'orecchio una triste canzone del SA, della "Sturmabteilung" razzista delle SA, quando parlava di Göbbels. Mi verrebbe da dire, con tutto il rispetto dei colleghi, parafrasando "Mein lieber Gott mach mich blind, dass ich Pürgstaller Arbeitnehmer find". Come si fa a confondere il servizio che la pubblica amministrazione deve erogare ai cittadini, che è l'oggetto, anzi il soggetto della pubblica amministrazione, con una sorta di distribuzione di risorse dei posti nell'ambito della pubblica amministrazione. Se posso comprendere che tutto ciò aveva qualche senso probabilmente nel 1946-47, come si fa ancora oggi ad affermare una cosa di questo genere? Prendete la sanità, che è certamente il caso più icastico che si possa portare ad esempio, ma tutti gli altri. Qua si tratta di erogare il servizio migliore possibile ai cittadini. Come si fa a dire che non assumo Barnard perché magari non rientra nella proporzionale etnica, oppure lo devo costringere a dire se deve incidere sulla quantità di posti messi a disposizione per gli italiani o dei tedeschi o dei ladini? Come si fa a perdere di vista l'obiettivo fondamentale, che è il servizio che va dato ai cittadini? Come si fa a confondere il posto di lavoro con il servizio che va reso? Non deve banalizzare, collega Denicolò, perché Lei la pensa esattamente come me. E' abnorme tutto questo. Credo che bisognerebbe avere un sussulto di dignità recuperando chi è il soggetto vero di tutta questa materia, che è il cittadino rispetto alla pubblica amministrazione. Non è un posto di lavoro, non è una risorsa da dividere fra i cittadini, perché se dovessimo parlare di risorsa, dovremmo dire che quando si divide una torta di 8.000 e più milioni di euro c'è un quantitativo che va all'agricoltura in cui il 99% va al gruppo linguistico tedesco, c'è l'artigianato ecc. Come si fa ad immaginare che la giustizia debba essere gestita in questo modo? Come si fa a credere che la giustizia sia gestita in termini di proporzionale etnica, o la sanità? A me interessa che il giudice sia giusto e che applichi equamente la legge, mi interessa che il medico sia bravo e che possa curare. Non bisogna considerare i posti nella pubblica amministrazione in termini di divisione di posti, ma in ter-

mini dei servizi che vanno resi ai cittadini. Non posso accettare questo sul piano del principio, però mi rendo conto che un atteggiamento rivoluzionario su questo fronte rischia di non far raggiungere l'obiettivo. Per questo ho presentato una mozione, non so quando e se sarà possibile discuterla entro questa legislatura, in cui invoco un passo in avanti, un tentativo di superare queste rigide divisioni. Lei stesso, vicepresidente della Giunta, ha detto quanti problemi ha determinato la proporzionale etnica perché voi siete dovuti intervenire come Giunta per deroghe. Ma chi l'ha detto che voi dovete derogare a norme che prima considerate costituzionali e che poi derogate perché vi siete resi conto che questo è un sistema fallito e che bisogna intervenire per cercare di correggere le disfunzioni che determinano una scarsità di servizi ai cittadini? C'è una profonda necessità di rivedere. Mi meraviglio che voi, assessori Saurer e Gneccchi, vi siete limitati a quello che ci avete mandato e che avremmo potuto leggere sulle carte, ma non avete fatto una valutazione politica sull'istituto, non avete segnato un passo in avanti per rispondere positivamente non solo alle esigenze che vengono dalla nostra società ma anche alle esigenze che impongono un'armonizzazione delle nostre norme con le norme della Comunità europea. Voi avete mancato ai vostri doveri, continuate ad essere miopi, non volete, come sarebbe vostro dovere, guidare il cambiamento smussando gli angoli più acuti, ma finirete per subire il cambiamento perché lo impongono la società e la Comunità europea.

**MINNITI (AN):** Alleanza Nazionale non vuole entrare nel merito giuridico di un criterio che esiste, e non vogliamo, anche perché non siamo chiamati noi, verificare se questo criterio è in linea con le regole previste dalla Comunità europea o anche solo un concetto quanto più allineabile con certe esigenze. Vogliamo ragionare sulla base dell'esistenza di questo criterio e su questo tendiamo da tempo a fare delle riflessioni e a portare la Giunta provinciale e la SVP in particolar modo ad andare verso queste riflessioni. Non nascondo che la destra altoatesina, quando ancora si chiamava Movimento Sociale Italiano, fu promotore nel 1985 di una raccolta di firme fra le altre cose contro l'istituto della proporzionale. Allora, preferirei però aggiungere questo passaggio che forse molti per comodità tendono a non ricordare, contestavamo certamente l'istituto ma soprattutto un'applicazione rigida della proporzionale. Ricorderete che addirittura gli alloggi agevolati venivano dati sulla base delle necessità dei gruppi linguistici. Ogni due appartamenti che venivano assegnati al gruppo linguistico tedesco ce n'era uno per il gruppo linguistico italiano. Questo portava il più delle volte ad avere gente del gruppo linguistico italiano a non poter occupare alloggi perché era inferiore, come oggi è nella proporzione generale inferiore la domanda per il gruppo linguistico tedesco per accedere ad un alloggio sociale.

Contestavamo allora in particolar modo la rigidità della proporzionale. Dopo quella petizione popolare che raccolse 25 mila firme, ci fu un'inversione di tendenza, perché si adottò il concetto di proporzionale morbida, un concetto che certo non ha evitato la fuga dall'Alto Adige di cittadini di lingua italiana, ma ha cercato comunque

di correggere quelle distorsioni che si erano verificate in precedenza, vuoi anche per un riequilibrio dell'occupazione in Alto Adige. Non possiamo dimenticare che in precedenza tutti i posti statali erano occupati dal gruppo linguistico italiano per un periodo storico che si era comportato, nei confronti della comunità di lingua tedesca, in maniera inadeguata.

Alleanza Nazionale ha sottolineato ormai da anni una posizione netta ed evidente riguardo la proporzionale. Ha condotto una riflessione che ha scatenato anche polemiche e critiche da parte di nostri avversari politici, ovvero quella convinzione in base alla quale oggi la proporzionale è diventata un serio e concreto strumento di difesa del gruppo linguistico italiano, perché attraverso la proporzionale il gruppo linguistico italiano ha la certezza di poter accedere a determinati posti. Senza la proporzionale abbiamo già esempi sulla carta di come il gruppo linguistico italiano sia sottorappresentato. Pensiamo per esempio all'azienda di Castelvarco. Pensiamo a quelle società private a partecipazione pubblica dove non è necessaria l'applicazione della proporzionale, dove il gruppo linguistico italiano ha sette dipendenti su un totale di una settantina, ovvero occupa almeno 10 posti in meno di quelli che dovrebbe occupare qualora la proporzionale fosse introdotta anche in aziende di questo genere. Ma che la proporzionale sia uno strumento di salvaguardia per il gruppo linguistico italiano, oggi come oggi viene dato anche dai nuovi incarichi che devono essere assegnati. Ho la massima stima dell'assessore Saurer - non posso averne per colui o colei che dovrebbe sostituirlo, perché attualmente non lo conosco - ma pensiamo agli incarichi primariali dell'ospedale che vengono assegnati sulla base di una scelta dell'assessore competente. Se c'è la proporzionale si sa che in quella determinata azienda sanitaria spetta un certo numero di posti al gruppo linguistico italiano, tedesco e ladino, so per certezza che l'assessore è tenuto a rispettare questo tipo di impostazione. Cosa che certamente non potrei avere se questo criterio non fosse possibile.

Alleanza Nazionale semmai contesta l'applicazione che viene fatta della proporzionale, non contestiamo il concetto di proporzionale in diversi ambiti. Abbiamo contestato la proporzionale in maniera verticale che oggi viene utilizzata piuttosto che in maniera orizzontale come sosteniamo da tempo debba essere applicata, che oggi toglie alla comunità di lingua italiana numerosi segretari generali dei comuni. Al gruppo linguistico italiano spetterebbero una trentina di segretari comunali, oggi ne ha meno di una decina.

Parliamo della sanità, dove l'ambito accoglie anche la possibilità di esercitare delle deroghe. La parcellizzazione che si è fatta nelle assunzioni in base alla proporzionale, sostanzialmente toglie al gruppo linguistico italiano circa 600 posti di lavoro, perché vi è una proporzionale che viene adeguata al territorio di competenza dell'azienda stessa, un concetto che non condividiamo perché non è che l'ospedale di Merano serva esclusivamente ai cittadini di Merano o di Silandro che fanno parte di quel territorio, ma può essere punto di riferimento anche per la popolazione di Bolzano, Bressanone, Brunico e tutta la provincia. Ecco perché non è opportuno che si proceda



a questo tipo di parcellizzazione. Pensiamo alla proporzionale nei musei. Pensiamo che proprio la proporzionale adattata in maniera verticale esclude il gruppo linguistico italiano dai posti di vertice, dai posti che possono determinare anche il percorso che quell'azienda, quell'ente può seguire da un punto di vista politico oppure comunque gestionale. Ecco perché Alleanza Nazionale oggi come oggi non contesta la proporzionale che è di salvaguardia per la nostra comunità, vorremmo portare la Giunta provinciale, il partito di maggioranza assoluta a ragionare in termini diversi, più ampi, che possano portare ad aperture nuove in una distribuzione professionale e al riconoscimento anche di quella rappresentatività che spetta alla comunità di lingua italiana all'interno di enti, di aziende e comunque di posti pubblici.

**URZÌ (AN):** Dopo l'intervento del collega Minniti, Alleanza Nazionale ha con massima chiarezza risposto a quella che è la propria linea di condotta, di sensibilità rispetto ad un tema tanto delicato come quello della proporzionale che ci coinvolge da decenni. Non nascondo, anche per onestà intellettuale, un fastidio che è personale, soprattutto culturale rispetto allo strumento della proporzionale. Lo rivendico con orgoglio, è un fastidio personale, una vergogna personale che però non fa cambiare la mia posizione rispetto alla proporzionale oggi in Alto Adige, strumento di riconoscimento per ciascun gruppo linguistico del proprio ruolo in una giusta funzione nella struttura complessa della nostra provincia. Chiamiamola se vogliamo discriminazione positiva, concetto che non ha necessità di illustrazione, chiamiamolo diritto prevalente della tutela collettiva dei gruppi linguistici rispetto al diritto dei singoli, chiamiamolo come vogliamo, rimane un dato sopra tutti, ossia il dato che ci porta a considerare questo strumento come un male necessario. Male perché contiene in sé quel vizio che viene continuamente colto da una larga parte dell'opinione pubblica provinciale di lingua italiana, ma anche la consapevolezza dell'inderogabilità di questo strumento in quanto strumento di tutela a salvaguardia di un equilibrio che si vorrebbe mantenere. Bene ha fatto quindi il collega Minniti a ricordare come si ritenga lo strumento della proporzionale uno strumento che ha la necessità di essere applicato nella forma corretta se vuole rendere il servizio per cui è stato concepito, creato e successivamente applicato. Ed è proprio sull'applicazione che si ha la necessità di concentrare la massima attenzione che fino ad oggi non è stata sufficientemente prestata.

Apro una piccola parentesi, fonte di riflessione ma già se ne è parlato in passato, la proporzionale introdotta come strumento per ripristinare un equilibrio fra i gruppi linguistici, che era notevolmente a svantaggio del gruppo linguistico tedesco nella pubblica amministrazione. C'era la necessità di intervenire radicalmente in quel comparto. Si scelse questo strumento. Sicuramente un merito la proporzionale l'ha avuta: gradualmente ripristinare una condizione di oggettivo diritto dei singoli e dei diversi gruppi linguistici ad avere una propria funzione attiva, partecipativa all'interno della pubblica amministrazione ai diversi livelli. Uno strumento che è intervenuto nel comparto del pubblico impiego ma che per ragioni che sono ovvie a tutti non ha potuto

essere applicato in un settore diverso, quello del privato. Ma credo che una riflessione, sia pure solo in termini di arricchimento culturale, proprio deve essere fatto, ossia comunque la proporzionale è intervenuta in un settore dell'impiego, quello pubblico, e in questo settore ha, e da qui si spiegano le grandi tensioni che hanno alimentato il dibattito politico negli anni 80, negli anni della prima applicazione della proporzionale, ridotto notevolmente i margini, le speranze, le prospettive del gruppo linguistico italiano che proprio nella pubblica amministrazione trovava e aveva il suo terreno storico di occupazione, mentre al privato è stata demandata la libertà di diritto di assunzione o licenziamento nei termini di legge, ma non regolamentata. Questo produce delle conseguenze che forse un giorno qualcuno, forse, perché no, anche l'assessorato al lavoro della Provincia di Bolzano potrà studiare in termini scientifici, qual è oggi, nel settore privato, la situazione di equilibrio fra i gruppi linguistici. Mi rendo conto che è molto più complesso, ma è una provocazione che voglio lanciare e in termini molto positivi, di studio per una situazione che vada oltre il concetto di pubblico, proprio perché il lavoro non è solo il settore pubblico. Ritengo che gli italiani negli anni di prima applicazione della proporzionale abbiano comunque subito una doppia discriminazione: la prima per un'applicazione molto severa, rigida, obbligatoriamente rapida della proporzionale che ha ridotto gli spazi, che ha creato limiti nei concorsi o quant'altro per un diritto legittimo, nei confronti della proporzionale, di vedersi aprire gli orizzonti che precedentemente le erano stati preclusi, ma ha pagato, il gruppo linguistico italiano, anche il prezzo della mancanza di regole nel settore privato, per ragioni facilmente comprensibili.

Su questo si rende necessaria una riflessione nel privato perché oggi ci troviamo per esempio di fronte a nuove situazioni per cui frammenti di pubblico si trasformano in privato, ed è un privato "selvaggio" dove la proporzionale non trova applicazione, nemmeno il patentino ne trova, per cui abbiamo non solo sentore ma pratica dimostrazione, per lo meno diretta, anche se non dimostrabile negli atti, di come uffici che precedentemente erano pubblici - oggi sono privatizzati e non sono chiamati a rispettare le regole del pubblico - si stiano muovendo in una situazione che crea pregiudizio e comunque ripercussioni sicuramente negative per quanto riguarda l'assegnazione di funzioni, ruoli di significativo spessore al gruppo linguistico italiano. Non voglio fare qui gli esempi di quali uffici stia parlando, ma credo possa essere facilmente comprensibile da parte di tutti.

Non voglio soffermarmi su altri temi che sono stati svolti dal collega Minniti, ma su due concetti mi permetto di porre l'attenzione. Il primo è quello della parcellizzazione, ossia se da un punto separiamo e dividiamo, creiamo dei bacini in cui necessariamente l'applicazione della proporzionale applicata a quel dato territorio determina una condizione: la perdita di punti percentuali che non possono trasformarsi in posti di lavoro, e quindi la perdita in assoluto di posti di lavoro su un ambito più ampio, quello provinciale. Lo stesso assessore Saurer ha ricordato prima come sia applicata una proporzionale per gruppi di qualifiche per evitare che si creino problemi ad

esempio nell'individuazione del gruppo linguistico di appartenenza di una tale qualifica piuttosto che di un'altra. Ha fatto un esempio che non voleva essere riferito a ciò che dico in questo momento. Io lo amplio e dico che se la proporzionale viene applicata come oggi è, per singoli comuni per esempio, determina la perdita in quasi ogni comune dell'Alto Adige di una somma di punti percentuali che raggruppata determinerebbe centinaia di posti di lavoro per il gruppo linguistico italiano. Il prodotto è la perdita sostanzialmente di peso sociale e di presenza sociale, di ruolo, di funzioni del gruppo linguistico italiano nei luoghi in cui la proporzionale è applicata attraverso la parcellizzazione del territorio. Su questo c'è la necessità di una riflessione, come sull'effettiva assegnazione dei ruoli di responsabilità per gruppi linguistici, per cui un primariato di ortopedia non corrisponde ad un primariato di medicina sportiva, e un assessorato o un capo ripartizione alle finanze non corrisponde, per peso politico, ad un capo ripartizione all'industria o a un capo ripartizione al commercio o ad altri capi ripartizione. Ed è proprio sul grave complesso del secondo che grava pesantemente sul gruppo linguistico italiano che oggi c'è la necessità di avviare una nuova riflessione sulla proporzionale e la sua applicazione.

**PRESIDENTE:** Non ci sono altri prenotati, per cui dichiaro chiuso il dibattito generale. Ho notato alcune domande che sono state fatte all'assessore Saurer, quindi do la parola a lui per rispondere.

**SAURER (Landesrat für Personal, Gesundheit und Sozialwesen – SVP):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Im Grunde genommen gibt es keinen einleuchtenden Grund, den Proporz in Frage zu stellen. Trotz aller Turbulenzen zu Beginn der Anwendung des Proporz haben wir einen guten Zustand des gegenseitigen ...

**LO SCIUTO (Lista Civica – Forza Italia - CCD):** (*interrompe*)

**SAURER (Landesrat für Personal, Gesundheit und Sozialwesen – SVP):** Di solito nelle repliche si risponde. Alcuni polemizzano, ma io cerco di rispondere!

**PRESIDENTE:** Consigliere Lo Sciuto, dalle Sue parole credo di aver capito che Lei sta richiamando l'assessore al rispetto di quello che era l'accordo che abbiamo fatto, cioè che la Giunta ha la parola per rispondere alle domande che sono le state fatte. Non è una replica politica, però l'assessore Saurer ha detto tre parole, Lei ha parlato dieci minuti di cose politiche. Gli permetta di fare un'introduzione, poi risponderà alle domande.

Prego, assessore Saurer.

**SAURER (Landesrat für Personal, Gesundheit und Sozialwesen – SVP):**

Für mich gibt es keinen einleuchtenden Grund, auch aufgrund der historischen Erfahrungen, den Proporz als Instrument eines friedlichen Zusammenlebens in Frage zu stellen. Es hat Turbulenzen gegeben, und zwar aufgrund der Tatsache, dass die italienische Volksgruppe sowohl bei der Zuweisung der Institutswohnungen als auch im Bereich der öffentlichen Stellen bevorzugt behandelt wurde. Man hat versucht, langsam und kontinuierlich eine Situation herzustellen, die als positiv zu erachten ist. Zu Beginn der Anwendung des Proporz hat sich die italienische Volksgruppe sehr benachteiligt gefühlt, aber mittlerweile haben wir nicht nur dem Verhältnis der Volksgruppen, sondern auch dem Bedarf Rechnung getragen. Wir haben versucht, in der Anwendung des Proporz Korrekturen einzubauen, die eine Flexibilisierung mit sich gebracht haben. Wenn nicht genügend Bewerber einer Volksgruppe vorhanden waren, dann hat man gesagt, dass die Stellen der anderen Volksgruppe zugute kommen sollen. Das Ganze ist noch nicht abgeschlossen, aber wir haben einen Zustand erreicht, der doch eine bestimmte Befriedung mit sich bringt. Wenn wir für die Zukunft Sicherheit haben wollen, dann werden wir gut daran, dieses Instrument beizubehalten. Es ist völlig unangebracht, hier von Göbbels, Rassismus und Apartheid zu reden. Der Proporz garantiert die Teilnahme aller Volksgruppen am politischen und gesellschaftlichen Leben, und das hat sich erwiesen. Ich danke den Kollegen von Alleanza Nazionale, dass sie eingesehen haben, dass sich der Proporz jetzt sogar mehr zu Gunsten der italienischen Volksgruppe auswirkt, weil sie, sprachlich gesehen, nicht so weit sind wie die Angehörigen der deutschen Volksgruppe.

Nun zum strukturellen Notstand. Die Schwierigkeiten der letzten Jahre sind nicht auf den Proporz, sondern auf die Zweisprachigkeit zurückzuführen. Sehr viele in diesem Land sind nicht in der Lage, zweisprachig zu sein, und das ist die große Hürde. Deshalb müssen wir andere Instrumente einsetzen, wie zum Beispiel die gesamten Beauftragungen und Werkverträge. Dort werden Leute beauftragt, die nicht im Besitz des Zweisprachigkeitsnachweises sind. Auf die Zweisprachigkeit können wir in Zukunft nicht verzichten, vor allem nicht in den Diensten, die ich die Ehre habe zu verwalten und zu führen. Im Gesundheitswesen auf die Zweisprachigkeit zu verzichten, wäre alles andere als positiv.

Der Kollege Seppi hat gesagt, dass die Proporzregelung den EU-Bestimmungen widersprechen. Hinsichtlich der Zweisprachigkeit gibt es überhaupt keine Schwierigkeiten, denn diese wird auf europäischer Ebene sicher akzeptiert. Dasselbe gilt für den Proporz, und zwar insofern, als man auf europäischer Ebene wirklich versucht, Minderheitenrechte zu akzeptieren und in die europäische Verfassung einzubauen. Wenn man mit den Minderheiten in Europa – vor allem in Osteuropa – weiterkommen will, dann wird man solche Instrumente einsetzen müssen. Wenn man sie nicht einsetzt, dann werden die politischen Gegensätze immer aufrecht bleiben. Deshalb glaube ich, dass die EU gut beraten ist, diese sinnvollen Instrumente, die das Gegenteil von Rassismus sind, einzusetzen. Es ist klar, dass die Entwicklung bei uns weitergeht, da

sie noch nicht den Stand erreicht hat, den wir uns wünschen. Es gibt noch Situationen, in denen sich vor allem die Deutschen nicht wohlfühlen. Es gibt aber auch Situationen in der Peripherie, in denen sich die Italiener nicht wohlfühlen. Es gibt Mentalitätsunterschiede, und wenn man nicht genügend Toleranz aufbringt, dann werden sich Situationen herausbilden, die sich nicht nur auf das gesellschaftliche, sondern auch auf das Arbeitsleben auswirken.

Es ist nicht alles Mobbing, was in den Betrieben geschieht. Teilweise gibt es Missverständnisse, aber es braucht nun einmal eine bestimmte Zeit, bis man sich versteht und für alle transparente Arbeitsinstrumente findet. Schauen wir uns einmal an, welche Fortschritte das Krankenhaus Bozen vor allem im sprachlichen Bereich gemacht hat. Altlandeshauptmannstellvertreter Benedikter hat mir erst kürzlich gesagt, dass er im Krankenhaus Bozen war und es nicht für möglich hielt, dass derartige Fortschritte erzielt werden können. Man muss sich nur zurückerinnern, wie unsere Spitäler nach dem Krieg ausgeschaut haben. Die Italiener dürfen nicht vergessen, dass die wichtigen Primariate in Bozen zur Hälfte geteilt sind. Die kleineren Primariate gibt es in den Grundversorgungsspitälern, aber von der Gewichtung her sind die Bozner Primariate anderen Primariaten an Verantwortung überlegen. Denken Sie an die Neurochirurgie, an die Kardiologie, an die Neonatologie und an die Unfallchirurgie! Hier liegt das Hauptgewicht in Bozen! Deshalb glaube ich nicht, dass man sich diesbezüglich beklagen sollte.

Kollege Willeit, das, was in den letzten Jahren im verfassungsrechtlichen Bereich für die Ladiner durchgesetzt worden ist, ist wirklich positiv zur Kenntnis zu nehmen. Auch das, was wir zur Sicherung der Präsenz der Ladiner in den verschiedenen Gremien gemacht haben, ist positiv zu beurteilen. Was den Proporz anbelangt, so haben wir gemeinsam eine Norm geschaffen, die besagt, dass der Proporz betriebsübergreifend zur Anwendung kommen soll. Vielleicht ist das eine und andere noch zu perfektionieren, aber Schritte in diese Richtung sind bereits gesetzt worden. Deshalb denke ich, dass die Situation doch einigermaßen zufriedenstellend ist. Wir haben einen guten Ausgleich gefunden. Wenn die deutschen Südtiroler im Bereich der Akademiker etwas zurückliegen, dann muss man auch sagen, dass es hier Nachholbedarf gibt, wobei in den letzten Jahren aber sehr stark aufgeholt worden ist. Im fachärztlichen Bereich haben wir sehr viele Mittel in die Ausbildung von Fachärzten investiert. Deshalb glaube ich, dass die Auswahl langsam langsam schon so ist, dass die entsprechenden Stellen mit Berücksichtigung der Kompetenzen besetzt werden können. Die Kombination Deutsch/Italienisch ist nicht alltäglich. Es gibt die Kombinationen Italienisch/Französisch, Italienisch/Englisch, Deutsch/Englisch usw. Das ist schon ein Pferdefuss, denn wenn man einen guten Musikprofessor haben will, dann muss man eben einen guten Musikprofessor einstellen. Dasselbe gilt für die Chefärzte. Wenn wir unsere Oberärzte frühzeitig vorbereiten, dann könnte man dies auch entsprechend ausgleichen. Wie gesagt, bei diesem Problem spielt der Proporz keine Rolle, denn hier spielt effektiv die Zweisprachigkeit eine Rolle. Für Hochspezialisierungen haben wir

bereits einige Mechanismen geschaffen, mittels welchen Vereinbarungen mit Universitäten abgeschlossen werden können, um eine Primararztstelle zu besetzen. Das ist einstimmig beschlossen worden. Wir wollen diese Grundsätze beibehalten und entsprechende Maßnahmen setzen, damit es keine größeren Schwierigkeiten gibt. Man hat Abweichungen gemacht und ist damit bis jetzt nicht schlecht gefahren. Die Flexibilisierung hat im Grunde genommen keine große Schwierigkeiten mit sich gebracht. Angesichts der Gesamtzahlen sind es sehr kleine Zahlen, die hier eine Rolle spielen.

Der Kollege Willeit hat präzisere Antworten verlangt, aber er kann ja einen entsprechenden Beschlussantrag einbringen, denn die Diskussion über den Proporz wird ja nicht mit dem heutigen Tag abgeschlossen. Auf jeden Fall tun wir gut daran, uns von Zeit zu Zeit darüber zu unterhalten, wie nützlich die verfassungsrechtlich garantierten Instrumente unserer Autonomie sind. Zumindest was den Proporz und die Zweisprachigkeit anbelangt, bin ich der Überzeugung, dass sie unserer Bevölkerung und dem Zusammenleben der verschiedenen Volksgruppen weiterhin einen sehr nützlichen Dienst erweisen werden.

**GNECCHI (Assessora al lavoro, scuola e formazione professionale italiana – Progetto Centrosinistra – Mitte Links Projekt):** Il consigliere Leitner aveva detto che per quanto riguarda i dati, rimane sempre il dubbio se siano dati veritieri o meno. Posso dire che quello che facciamo regolarmente, e comunque il commissariato del Governo, è di trasmettere i ruoli e la rilevazione con regolarità e celerità rispetto ad ogni modifica che si verifichi rispetto alla situazione delle piante organiche. E' chiaro che li prendiamo così come ci arrivano, ma dobbiamo dare per scontato che siano dati veritieri e che rispondano alla realtà. Le uniche "presunzioni" di dati che possono verificarsi sono il fatto che per quanto riguarda il ruolo nazionale ad estinzione è che non essendo stata richiesta all'assunzione la dichiarazione di appartenenza linguistica, possono essersi verificate delle situazioni diversificate. L'altra situazione nella quale non si può intervenire è per chi partecipa ad un concorso e non era residente in provincia di Bolzano alla data di scadenza del censimento. In questo caso viene fatta la dichiarazione ad hoc per la partecipazione al concorso. Queste sono le uniche situazioni sulle quali si riceve la documentazione così come viene fornita dalla libera partecipazione dei cittadini/cittadine.

Un'altra cosa che è stata richiesta dalla consigliera Klotz era rispetto al lavoro che viene fatto in termini di informazione. Quello che posso dire a nome del comitato d'intesa e della ripartizione Lavoro è che noi facciamo un enorme lavoro di pubblicizzazione dei posti vacanti nelle pubbliche amministrazioni, addirittura con particolare riguardo per alcuni posti, ad esempio per l'agenzia delle entrate. Siccome sappiamo tutti che Brunico è in una situazione di grave carenza di personale, che altre situazioni di posti pubblici anche significativamente importanti per i cittadini soffrono di carenza di personale, abbiamo fatto molto di più di quello che normalmente si fa, oltre ai comunicati stampa normali, oltre al bollettino quindicennale che viene fatto e

mandato dalla ripartizione Lavoro, oltre al sito Internet della ripartizione lavoro, abbiamo anche fatto un'informazione ad hoc per quanto riguarda questi uffici. Quello che si può fare noi siamo convinti di averlo fatto e di farlo.

L'altra cosa che è venuta fuori da alcuni interventi è stata quella di favorire in ogni modo anche l'apprendimento, il perfezionamento della lingua del personale già in servizio. Forse una cosa che non abbiamo detto negli interventi introduttivi è che il comitato d'intesa, d'accordo con il Commissariato del Governo e con le due ripartizioni, la ripartizione Cultura e l'ufficio del bilinguismo dell'assessorato di lingua italiana, cioè la ripartizione n. 15, e la ripartizione n. 14, la ripartizione Cultura di lingua tedesca, fa questi protocolli d'intesa per quanto riguarda i corsi di seconda lingua sia per l'italiano che per il tedesco per tutti i dipendenti già in servizio nella pubblica amministrazione.

Oltre a questo ricordo che recentemente l'assessore Cigolla ha anche portato un promemoria in Giunta e ha fatto un comunicato stampa informando che per quanto riguarda i cittadini e le cittadine di lingua italiana dal 1998 in cui 1.557 erano stati gli iscritti ai corsi di tedesco, si è passati nel 2002 a 7.149 iscritti. Mi sembra che anche da questo punto di vista quello che come amministrazione provinciale stiamo cercando di fare per incentivare l'apprendimento della seconda lingua e anche il favorire in ogni modo la frequenza di corsi e dare garanzie di opportunità, sia al massimo delle possibilità e risponda a richieste sincere, costanti e continue da parte dei cittadini e delle cittadine. Questo vale anche per Merano dove la partecipazione ai corsi in questi anni ha visto un aumento vertiginoso.

**PRESIDENTE:** Concludiamo così questo dibattito che si è prolungato un po' oltre i tempi previsti, però è la prima esperienza che abbiamo e quindi le prossime volte, se ci sarà su un argomento specifico, terremo conto anche dei tempi.

Come concordato nel collegio dei capigruppo pongo in trattazione i punti istituzionali all'ordine del giorno n. 124 e n. 135.

Punto 124) dell'ordine del giorno: **“Proposta di deliberazione: Approvazione del conto consuntivo del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2002”**.

Punkt 124 der Tagesordnung: **“Beschlussvorschlag: Genehmigung der Abschlussrechnung des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2002”**.

Do lettura della relazione accompagnatoria:

*Gentili signore e signori Consiglieri, il presente conto consuntivo che comprova i risultati della gestione finanziaria del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano dell'anno 2002, è stato approvato dall'Ufficio di Presidenza del Consiglio provinciale nella sua seduta del*

5 febbraio 2003. Ai sensi dell'articolo 18, lettera c) del regolamento interno del Consiglio provinciale e dell'articolo 17 del regolamento interno di amministrazione e di contabilità, il conto consuntivo viene ora presentato al Consiglio per l'approvazione.

Come nel bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 2002, tutti gli importi sono indicati esclusivamente in euro, dato che dal 1° gennaio 2002 l'euro è l'unica moneta ufficiale di quasi tutti gli Stati membri dell'UE, inclusa l'Italia, e perciò tutti gli importi nei documenti contabili inerenti l'esercizio finanziario che ha avuto inizio il 1° gennaio 2002 devono essere espressi in euro.

Inoltre nel conto consuntivo del Consiglio provinciale per l'esercizio finanziario 2002 i singoli elementi del bilancio (previsioni definitive, riscossioni, importi ancora da riscuotere, accertamenti, maggiori o minori entrate, pagamenti, importi ancora da pagare, impegni ed economie) sono indicati esclusivamente in termini di competenza ovvero di residui attivi, dato che ai sensi dell'articolo 43 della legge provinciale 14 agosto 2001, n. 9, non trovano più applicazione le disposizioni della legge provinciale 26 aprile 1980, n. 8, concernenti il bilancio di cassa e le sue variazioni.

Il bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'esercizio finanziario 2002 è stato approvato con delibera consiliare n. 8/01 del 12 dicembre 2001, con pareggio tra entrate e uscite, con una dotazione di 6.144.074,00 di euro in termini di competenza. Sulla base dei risultati del conto consuntivo 2001 e in seguito alla necessità di adeguare alcune voci del bilancio di previsione a nuove esigenze, l'Ufficio di Presidenza aveva proposto al Consiglio provinciale una variazione di bilancio approvata dal medesimo con deliberazione n. 4/02 del 25 settembre 2002. In seguito a questa variazione di bilancio il volume complessivo del bilancio di competenza (entrate e spese) è aumentato dall'importo citato di 6.144.074,00 di euro a 6.515.992,08 di euro (+ 371.918,08 euro). Questi importi, suddivisi sui singoli capitoli di entrata e di spesa, hanno rappresentato quindi il quadro complessivo della gestione finanziaria 2002.

Il conto consuntivo della gestione finanziaria 2002 chiude al 31 dicembre 2002 con un avanzo di amministrazione di 810.388,23 euro.

A tale riguardo mi permetto di ricordare che nel bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'esercizio finanziario 2003, approvato dal Consiglio il 12 dicembre 2002, fra le entrate era stato iscritto un presumibile avanzo di amministrazione di 307.544,17 euro. Della differenza, pari a 502.844,06 euro, tra l'avanzo di amministrazione effettivo e quello preventivato si terrà debitamente conto nell'ambito di un assestamento del bilancio.

L'87% delle economie accertate sui capitoli di spesa deriva dai 12 capitoli citati di seguito: dal capitolo 5 "Gettoni di presenza per le sedute del Consiglio provinciale, delle Commissioni legislative e di altre Commissioni" (13.177,00 euro), dal capitolo 11 "Compenso e rimborso spese viaggio per i rappresentanti del Consiglio provinciale nella Commissione dei 6 e dei 12" (21.261,89 euro), dal capitolo 21 "Stipendi e altri assegni per il personale del Consiglio provinciale" (55.269,72 euro), dal capitolo 22 "Contributi previdenziali e assistenziali per il personale del Consiglio provinciale" (48.465,51 euro), dal capitolo 26 "Indennità di buonuscita per il personale del Consiglio provinciale"



(39.762,12 euro), dal capitolo 27 "Anticipazione al personale cessato dal servizio dell'indennità premio di servizio a carico dell'INPDAP" (41.000,00 euro), dal capitolo 31 "Acquisto e manutenzione (riparazione e assistenza) di macchine per ufficio (computer, stampanti, macchine da scrivere ecc.), mezzi audiovisivi, macchine tipografiche, fotocopiatrici, della centrale telefonica nonché dei relativi accessori" (45.999,52 euro), dal capitolo 32 "Spese per il funzionamento degli uffici: materiale di cancelleria, posta, giornali e riviste, libri e altre fonti d'informazione, inserzioni, trasporto e spostamento arredi, materiale di consumo per apparecchiature in dotazione e altre spese minute" (18.623,30 euro), dal capitolo 34 "Affitto locali e spese accessorie" (19.536,05 euro), dal capitolo 35 "Consumo energia elettrica, pulizia, consumo acqua, telefoni ed altre spese analoghe relative a immobili o locali comunque utilizzati dal Consiglio provinciale" (60.057,32 euro), dal capitolo 41 "Pareri legali e consulenze, assistenza legale nonché incarichi a liberi professionisti" (19.416,13 euro) e dal capitolo 44 "Fondo di riserva per nuove e maggiori spese" (335.926,92 euro). Il restante 13% è costituito dalla somma di importi piccoli e piccolissimi distribuiti sui rimanenti capitoli di spesa. Si nota subito che i capitoli di spesa con le economie più consistenti sono capitoli che riguardano spese obbligatorie o spese correnti e che pertanto in massima parte non rientrano nella sfera decisionale del/della Presidente ovvero dell'Ufficio di Presidenza.

Seguono alcuni chiarimenti su singoli capitoli, sia di entrata che di spesa; ovviamente le osservazioni saranno incentrate soprattutto sulle spese.

#### ENTRATE

Le due voci più consistenti dei capitoli di entrata riguardano le assegnazioni a carico del bilancio provinciale (capitolo 2), pari a 5.000.000,00 di euro, e l'avanzo di amministrazione del 2001, accertato in 765.207,08 euro nell'ambito dell'assestamento di bilancio sulla base del conto consuntivo.

Le restanti entrate, iscritte ai capitoli 1, 3, 4, 5, 6, 7, 8 e 9, incidono solo minimamente sulle entrate complessive, dato che alcune voci delle entrate (i capitoli 4, 7 e 8) sono da considerarsi delle partite di giro anche se tecnicamente non lo sono (altrimenti dovrebbero essere iscritte tra le contabilità speciali).

Viene illustrato in dettaglio soltanto il capitolo 5 "Recupero emolumenti per il personale comandato presso altri enti".

Per quanto riguarda l'entrata di 66.822,00 euro riscossa sul capitolo 5, si fa presente che si tratta dell'importo che l'amministrazione provinciale e il CNEL (Consiglio nazionale dell'economia e del lavoro) hanno versato al Consiglio provinciale a titolo di restituzione dello stipendio e dei contributi previdenziali e assistenziali anticipati dal Consiglio provinciale nell'anno 2001 per le dipendenti del Consiglio provinciale sig.ra Marta Treibenreif e sig.ra Martina Salvatori rispettivamente; la prima si trovava in posizione di comando presso l'amministrazione della Provincia autonoma di Bolzano, la seconda in posizione di comando presso il CNEL (Consiglio nazionale dell'economia e del lavoro). L'importo di 72.255,34 euro ancora da riscuotere è da ricondurre al comando delle suddette dipendenti nell'anno 2002.

#### USCITE

*In questa parte della relazione mi soffermerò soprattutto sui capitoli che presentano le maggiori economie e su quelli caratterizzati da un certo margine di discrezionalità del/della Presidente e dell'Ufficio di Presidenza. La gestione delle spese del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano riguarda in effetti in massima parte spese obbligatorie nonché spese correnti che traggono origine da leggi vigenti, dal regolamento interno del Consiglio provinciale e da regolamenti minori. Queste norme stabiliscono diritti e spettanze e quindi già la spesa da effettuare obbligatoriamente e pertanto l'effettivo margine di decisione del/della Presidente e dell'Ufficio di Presidenza riguarda soltanto pochi capitoli di spesa. L'analisi dei risultati della gestione così come risulta dal conto consuntivo consiste pertanto in buona parte solo nella presa d'atto dell'ammontare delle spese venutesi a creare in base alle norme vigenti e poi effettuate (p.es. spese per le indennità di carica, rimborso delle spese di viaggio e pagamento delle diarie e dei gettoni di presenza dei Consiglieri, contributi ai gruppi consiliari, compensi e rimborso spese viaggio per i rappresentanti dei membri della Commissione dei 6 e della Commissione dei 12, stipendi per il personale del Consiglio provinciale inclusi i contributi previdenziali e assistenziali e le indennità di missione, indennità di buonuscita inclusi eventuali anticipi, canoni di affitto per i locali presi in locazione ecc.).*

*Capitolo 2 "Indennità forfetaria per viaggi di servizio nella regione spettante al/alla Presidente del Consiglio provinciale"*

*L'intero importo stanziato sul capitolo figura come economia, poiché sin da quando ho assunto la carica di Presidente nel giugno 2001 ho rinunciato a questa indennità forfetaria spettante al/alla Presidente del Consiglio provinciale (244,80 euro mensili).*

*Capitolo 4 "Indennità e rimborso spese per viaggi di servizio del/della Presidente del Consiglio e delle Consigliere/dei Consiglieri provinciali"*

*Con i mezzi stanziati su questo capitolo viene effettuato il rimborso delle spese per i viaggi effettuati dai Consiglieri/dalle Consigliere provinciali per partecipare alle sedute del Consiglio provinciale e dei suoi organi collegiali (commissioni legislative ecc.) nonché per altri viaggi effettuati nell'ambito dello svolgimento del proprio mandato politico fino ad un massimo di 8.000 km all'anno. A questo capitolo vengono inoltre imputate le spese inerenti i viaggi di studio delle commissioni legislative nonché le cosiddette diarie per viaggi effettuati nell'ambito dello svolgimento del mandato politico o di un incarico istituzionale.*

*I mezzi stanziati sul capitolo sono stati interamente utilizzati. Colgo l'occasione per far presente che con questi mezzi sono state rimborsate non solo spese di viaggio inerenti l'anno 2002, ma anche le spese riguardanti viaggi effettuati nel 2001 il cui rimborso è stato richiesto solo nel 2002. Anche una parte delle spese concernenti i rimborsi per viaggi effettuati nel 2002 dovrà essere imputata al bilancio 2003, dato che le relative richieste di rimborso potevano essere presentate entro la fine del mese di febbraio 2003 (termine ordinario). Alle spese derivanti da domande presentate entro tale data si dovrà far fronte con i mezzi stanziati nel bilancio di previsione 2003.*

*L'87% delle spese effettuate riguarda il rimborso delle spese di viaggio e la liquidazione dell'indennità chilometrica e del rimborso spese giornaliero ai Consiglieri e il 13% il pagamento delle spese di parcheggio.*

*Capitolo 6 "Spese e contributi per convegni e altre iniziative del Consiglio provinciale inerenti a relazioni pubbliche in Italia e all'estero"*

*I 61.900,00 euro stanziati su questo capitolo sono stati quasi interamente spesi o impegnati.*

*A questo capitolo vengono imputate le spese che derivano al Consiglio provinciale dai contatti istituzionali in Italia e all'estero nonché dall'organizzazione di convegni. A tal riguardo si citano, senza pretesa di completezza, la visita di una delegazione del Friuli-Venezia Giulia, di una delegazione dell'Assemblea legislativa della Baviera, di una delegazione dell'Assemblea legislativa dell'Assia, di una delegazione del gruppo linguistico sloveno della Carinzia e della Stiria e di una delegazione di parlamentari Romantsch dei Grigioni.*

*Vanno elencati inoltre:*

*il convegno tenutosi l'8 marzo 2002 in occasione della giornata della donna (costo: 1.015,06 euro);*

*il convegno "1992. Ende eines Streits. 10 Jahre Streitbeilegung / 1992. Fine di un conflitto. 10 anni dalla chiusura della questione sudtirolese", tenutosi il 31 maggio e il 1° giugno 2002 (costo: 19.565,08 euro).*

*Inoltre è stata concordata con la casa editrice "Il Mulino" la stampa e la distribuzione della documentazione in lingua italiana del convegno (costo: 9.200,00 euro).*

*La documentazione in lingua tedesca verrà stampata e distribuita dalla casa editrice "Nomos". Il relativo accordo è stato però stipulato solo all'inizio del 2003, motivo per cui le relative spese (9.360,00 euro) verranno imputati al bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 2003.*

*Capitolo 9 "Fondo a disposizione dell'Ufficio di Presidenza del Consiglio provinciale per contributi e sussidi straordinari e spese riservate di rappresentanza"*

*La dotazione di questo capitolo era di 44.622,00 euro . I mezzi messi a disposizione sono destinati alla pagamento delle spese documentate e riservate dei componenti dell'Ufficio di Presidenza e sono stati quasi interamente spesi (economia: 271,54 euro).*

*Colgo l'occasione per far presente che sono da registrare residui passivi riguardanti l'esercizio 2001 (6.707,10 euro) riguardanti degli impegni di spesa disposti a suo tempo per l'erogazione di una borsa di studio a uno studente del popolo degli Shuar (4 rate annuali di 1.676,77 euro ciascuna). Poiché l'università indigena non ha ancora iniziato la propria attività, finora nessuna delle 4 rate è stata liquidata.*

*Capitolo 10 "Spese per la promozione della conoscenza dell'attività del Consiglio provinciale"*

*Con i mezzi stanziati su questo capitolo si è fatto fronte soprattutto alle spese derivanti dall'organizzazione di visite al Consiglio provinciale (scolaresche ecc.) e dai servizi ad esse collegate (rinfreschi, omaggi ecc.) nonché da altre iniziative volte a promuovere la conoscenza dell'attività del Consiglio provinciale. Quasi il 95% dell'importo preventivato pari a 87.300,00 euro è stato effettivamente speso o impegnato.*

*Alcune cifre in breve: nel 2002 hanno visitato il Consiglio provinciale 3.952 persone, soprattutto alunni e alunne, avvalendosi del programma visite (che prevede la proiezione di un audiovisivo, la possibi-*

lità di assistere a una seduta consiliare dalla tribuna riservata al pubblico e un colloquio con un/una componente dell'Ufficio di Presidenza). Delle 3.952 persone, 3.178 erano alunni e alunne provenienti dalla provincia, da scuole italiane e estere che ovviamente hanno rappresentato il grosso dei visitatori/delle visitatrici; inoltre hanno visitato il Consiglio provinciale 774 adulti, provenienti dalla provincia, da altre regioni e province e dall'estero, che hanno visitato il Consiglio provinciale come componenti di gruppi organizzati.

Come già nel 2000 e nel 2001, anche nel 2002 sono stati organizzati, in collaborazione con gli istituti pedagogici, dei seminari per insegnanti sulla struttura e sull'attività del Consiglio provinciale, ai quali hanno partecipato 45 insegnanti.

Inoltre sono stati predisposti e stampati i seguenti opuscoli informativi:

- "Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano" (pubblicato anche in lingua ladina);

- "Arte in Consiglio";

- "Breve storia contemporanea dell'Alto Adige (1918-2002)";

- "Special Statute for Trentino - Alto Adige/Südtirol".

Per questi opuscoli il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano ha speso complessivamente 42.378,69 euro.

Capitolo 12 "Quote di partecipazione e sussidi ad enti, associazioni ed organizzazioni nazionali ed internazionali operanti a livello istituzionale"

Con i mezzi stanziati su questo capitolo sono state effettuate le seguenti spese:

pagamento della quota associativa del Consiglio provinciale alla Conferenza dei presidenti dell'assemblea dei consigli regionali e delle province autonome;

pagamento del contributo spese per l'osservatorio legislativo interregionale;

pagamento all'Istituto Europeo dell'Ombudsman della quota associativa del nostro difensore civico.

Capitolo 13 "Spese per l'attività del comitato provinciale per i servizi radiotelevisivi"

La totalità dei mezzi stanziati su questo capitolo (6.714,00 euro) va in economia.

Capitolo 14 "Spese per l'attuazione del decreto legislativo n. 626 del 19-9-1994 concernente la sicurezza e la salute dei lavoratori sul luogo di lavoro"

Il 71% dei mezzi stanziati è stato liquidato o impegnato. L'importo più cospicuo imputato a questo capitolo riguarda l'incarico di responsabile del servizio sicurezza del lavoro del Consiglio provinciale affidato alla dott.ssa Moruzzi Randazzo (4.108,93 euro).

Capitolo 16 "Compenso spettante al/alla presidente del comitato provinciale per i servizi radiotelevisivi nonché indennità e rimborso spese per missioni"

Questo capitolo di spesa trova fondamento nell'articolo 2, comma 10 della legge provinciale n. 5/1996, che stabilisce che al/alla presidente del comitato per i servizi radiotelevisivi è corrisposto un compenso mensile pari a quello previsto per i/le presidenti degli enti, degli istituti e delle aziende a orientamento autonomo dipendenti dall'amministrazione provinciale. Al/alla presidente spettano inoltre l'indennità di mis-

sione e il rimborso delle spese di viaggio previsti per i dipendenti dell'amministrazione provinciale. I mezzi stanziati su questo capitolo (23.250,00 euro) sono stati utilizzati al 74% (economia: 6.196,33 euro). Rispetto all'esercizio precedente si registra una riduzione delle spese del 15% dovuta al minor numero di sedute del Comitato provinciale per i servizi radiotelevisivi e alla diminuzione delle spese di viaggio del presidente del comitato.

*Capitolo 17 "Compensi a componenti esterni ed esperti di commissioni, consulte e comitati istituiti presso il Consiglio provinciale"*

Lo stanziamento di questo capitolo era stato determinato in 10.300,00 euro. Oltre alle spese per i membri esterni di commissioni d'esame eventualmente istituite per concorsi pubblici o altre procedure di selezione, con i mezzi iscritti su questo capitolo viene fatto fronte anche alle spese derivanti al Consiglio provinciale dalla liquidazione di gettoni di presenza, dal rimborso delle spese di viaggio e dalla liquidazione di eventuali indennità di missione a favore dei componenti del comitato provinciale per i servizi radiotelevisivi e degli esperti eventualmente invitati a partecipare alle sedute. Il 68% dei mezzi stanziati sul capitolo va in economia.

A prima vista questa percentuale sembra molto alta, ma ciò ha una sua spiegazione: né il numero delle sedute del Comitato provinciale per i servizi radiotelevisivi né il numero dei componenti esterni di eventuali commissioni d'esame né il numero delle sedute di queste commissioni possono essere esattamente quantificati a priori.

Inoltre faccio presente che il 47% delle spese effettuate nell'anno 2002 ha riguardato le sedute del comitato per i servizi radiotelevisivi.

*Capitolo 21 "Stipendi e altri assegni per il personale del Consiglio provinciale"*

Il 97% dei mezzi stanziati su questo capitolo è stato impegnato.

Colgo l'occasione per far presente che nel 2001 l'organico del Consiglio provinciale è stato ampliato di due posti nell'VIII qualifica funzionale, profilo professionale "esperto/esperta – settore legale e legislativo". Nell'estate 2002 i citati posti sono stati occupati con i vincitori del relativo concorso pubblico.

*Capitolo 22 "Contributi previdenziali e assistenziali per il personale del Consiglio provinciale"*

Poiché per la loro natura i capitoli di spesa 21 e 22 sono strettamente collegati fra di loro, anche nel caso del capitolo 22 è da registrare un'economia (48.465,51 euro).

*Capitolo 26 "Indennità di buonuscita per il personale del Consiglio provinciale" e capitolo 27 "Anticipazione al personale cessato dal servizio dell'indennità premio di servizio a carico dell'INPDAP"*

Per entrambi i capitoli va fatto presente che si tratta di spese che per loro natura non possono essere esattamente quantificate, dato che dipendono direttamente da eventuali risoluzioni di rapporti di servizio in seguito a dimissioni volontarie, collocamenti a riposo e simili, vale a dire da fatti che possono essere previsti solo in minima parte. Poiché si tratta tuttavia di spese obbligatorie, su questi capitoli devono essere previsti per precauzione stanziamenti relativamente cospicui.

Per loro natura i capitoli 26 e 27 sono strettamente collegati fra di loro, dato che l'indennità di buonuscita normalmente e comunque per i dipendenti che hanno preso servizio prima del 30 maggio 2000 è com-

posta da una quota pagata direttamente dal datore di lavoro, vale a dire dal Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano (ca. un terzo), e da una quota a carico dell'ente previdenziale INPDAP (ca. due terzi), a meno che il/la dipendente venga trasferito/a nella pianta organica di un altro ente locale mediante l'istituto della mobilità o - dopo aver dato le dimissioni dal servizio presso il Consiglio provinciale - riprenda servizio presso un altro ente locale senza che vi sia stata un'interruzione, p.es. dopo aver vinto un relativo concorso. In questo caso il/la dipendente mantiene la sua posizione presso l'INPDAP e gli/le viene erogata solo la quota che è a carico diretto del datore di lavoro. Questa regolamentazione spiega anche il fatto che sul capitolo 26 figurano spese per un ammontare di 1.237,88 euro e che sul capitolo 27 non siano state effettuate delle spese.

#### Capitolo 29 "Aggiornamento del personale"

Ai sensi del punto 3 dell'allegato B al contratto di comparto per il personale del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano relativo al triennio 1997-2000 il fondo complessivo da destinare ad attività di formazione e di aggiornamento era pari all'1% dello stanziamento iscritto sul capitolo 21 "Stipendi e altri assegni per il personale del Consiglio provinciale". Il 49% dei mezzi stanziati è stato liquidato ovvero impegnato. Con questi mezzi sono state effettuate le spese per 23 iniziative di aggiornamento alle quali hanno partecipato complessivamente 104 dipendenti. Ciò significa che nel corso del 2002 ogni dipendente del Consiglio provinciale ha partecipato in media a 2 iniziative.

#### Capitolo 30 "Arredamento uffici"

Le spese effettuate con i mezzi iscritti su questo capitolo hanno riguardato soprattutto la sostituzione della moquette dell'aula consiliare, della tribuna stampa, della tribuna per il pubblico e della portineria (per il 72% della spesa complessiva).

Capitolo 31 "Acquisto e manutenzione (riparazione e assistenza) di macchine per ufficio (computer, stampanti, macchine per scrivere ecc.), mezzi audiovisivi, macchine tipografiche, fotocopiatrici, della centrale telefonica nonché dei relativi accessori"

Il 68% dei mezzi preventivati su questo capitolo è stato speso o iscritto fra i residui.

La parte preponderante delle spese effettuate nel 2002 ha riguardato l'acquisto di hardware e di software (59%), la manutenzione della stampante offset incluso l'acquisto del relativo materiale di consumo (19%), la manutenzione delle fotocopiatrici e degli apparecchi fax inclusa la fornitura del relativo materiale di consumo (8%).

Capitolo 32 "Spese per il funzionamento degli uffici: materiale di cancelleria, posta, giornali e riviste, libri e altre fonti d'informazione, inserzioni, trasporto e spostamento arredi, materiale di consumo per apparecchiature in dotazione e altre spese minute"

I mezzi stanziati su questo capitolo sono stati quasi interamente spesi o impegnati (con un'economia del 10% ca.).

Si è trattato soprattutto di spese postali, di spese per l'acquisto di libri, giornali e riviste e per l'abbonamento a servizi di informazione (ANSA e APA), di spese per inserzioni, per l'acquisto di materiale vario di cancelleria, di carta, di spese per la manutenzione delle piante in idrocoltura nell'aula consiliare ecc.

#### Capitolo 34 "Affitto locali e spese accessorie"

*Dei 92.500,00 euro preventivati sono stati spesi ca. 73.000,00. Si tratta di spese che il Consiglio provinciale sostiene per l'affitto e la manutenzione ordinaria dei locali destinati alla sistemazione di alcuni gruppi consiliari (Alleanza Nazionale, Union für Südtirol e Ladins) e della difesa civica provinciale in locali esterni al palazzo sede del Consiglio provinciale.*

*Dato che le spese inerenti questo capitolo sono in massima parte preventivabili e quindi è possibile stimare con notevole approssimazione l'importo che sarà necessario nel corso dell'esercizio, è fuori dalla norma che l'esercizio si chiuda con un'economia come è avvenuto invece nel 2002 (19.536,05 euro). Essa è da ricondurre al fatto che già nel 2002 avrebbe dovuto essere nominato il Comitato provinciale per le comunicazioni di cui alla legge provinciale 18 marzo 2002, n. 6, nomina che avrebbe reso necessario l'affitto di ulteriori locali per la sistemazione del comitato. Poiché la nomina non è avvenuta, i mezzi destinati al pagamento dell'affitto dei locali figurano come economia.*

*Capitolo 35 "Consumo energia elettrica, pulizia, consumo acqua, telefoni ed altre spese analoghe relative a immobili o locali comunque utilizzati dal Consiglio provinciale"*

*La dotazione di questo capitolo era pari a 305.000,00 euro. I relativi mezzi sono stati spesi ovvero impegnati all'80% per l'effettuazione delle spese riguardanti il funzionamento del palazzo del Consiglio provinciale e dei locali presi in affitto per i gruppi consiliari e la difesa civica provinciale. Il 27% delle spese impegnate riguarda i canoni telefonici e il 54% le spese di pulizia.*

*Va sottolineato che per la prima volta le spese telefoniche non solo non hanno fatto registrare un aumento rispetto all'esercizio precedente, ma sono persino diminuite del 5%. Ciò è da ricondurre alla stipula di accordi specifici con i gestori delle varie reti telefoniche.*

*Capitolo 40 "Rimborso di spese legali, peritali e di giustizia"*

*L'intera dotazione del capitolo va in economia, giacché nessun Consigliere/nessuna Consigliera si è avvalso/a del diritto di essere risarcito/a di spese legali, peritali e di giustizia eventualmente sostenute, di cui ci si può avvalere in presenza delle condizioni previste dall'articolo 8 del regolamento delle indennità, compensi e trattamento di missione.*

*Capitolo 41 "Pareri legali e consulenze nonché incarichi a liberi professionisti"*

*La dotazione del capitolo (92.970,00 euro) è stata ridotta del 16% rispetto all'esercizio precedente. L'80% dell'importo stanziato è stato speso o iscritto fra i residui passivi. Le spese effettuate nel 2002 hanno riguardato soprattutto gli incarichi di collaborazione nel servizio stampa del Consiglio provinciale, conferiti rispettivamente a un pubblicista libero professionista di lingua italiana e a una giornalista di lingua italiana.*

*Le contabilità speciali (capitoli 10, 11 e 12 delle entrate e i relativi capitoli 45, 46 e 47 delle uscite) costituiscono unicamente partite di giro, motivo per cui nel conto consuntivo gli importi stanziati sui relativi capitoli sono uguali per le entrate e per le uscite. Si tratta della ritenuta sugli stipendi e del relativo versamento della imposta sul reddito, della gestione delle piccole spese del servizio di cassa e di economato non-*

*ché delle ritenute e versamenti di diversi importi (contributi sindacali, premi assicurativi, contributo fondo di solidarietà ecc.).*

*Mi auguro che la presente relazione abbia offerto un quadro esauriente della gestione finanziaria del Consiglio provinciale per l'anno 2002. Eventuali altre informazioni potranno essere fornite, se richieste, nel corso della trattazione della proposta di deliberazione.*

*Invito gentilmente le signore e i signori Consiglieri a voler approvare l'allegata bozza del conto consuntivo del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2002.*

-----

*Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, diese Rechnungslegung, die die Ergebnisse der Finanzgebarung des Südtiroler Landtages des Jahres 2002 ausweist, ist vom Präsidium des Landtages in der Sitzung vom 5. Februar 2003 genehmigt worden. Im Sinne von Artikel 18 Buchstabe c) der Geschäftsordnung des Landtages und von Artikel 17 der Verwaltungs- und Buchungsordnung wird sie nun dem Landtag zur Genehmigung vorgelegt.*

*In der vorliegenden Rechnungslegung werden, wie im Haushaltsvoranschlag für das Finanzjahr 2002, alle Beträge ausschließlich in Euro angegeben, da mit 1. Januar 2002 der Euro die einzige offizielle Währung fast aller EU-Mitgliedsstaaten, einschließlich Italien, ist und alle buchhalterischen Unterlagen, die sich auf das am 1. Januar 2002 laufende Finanz- bzw. Geschäftsjahr beziehen, in der neuen Währung erstellt werden müssen.*

*Zudem werden in der Abschlussrechnung des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2002 die einzelnen Variablen (endgültige Veranschlagungen, Einhebungen, noch einzuhebende Beträge, Feststellungen, Mehr- oder Mindereinnahmen, Zahlungen, noch auszahlende Beträge, Zweckbindungen und Einsparungen) nur mehr mit Bezug auf die Kompetenz bzw. auf die Rückstände angeführt, da gemäß Artikel 43 des Landesgesetzes vom 14. August 2001, Nr. 9, die Bestimmungen des Landesgesetzes vom 26. April 1980, Nr. 8, betreffend den Kassenhaushalt und seine Änderungen keine Anwendung mehr finden.*

*Der Haushaltsvoranschlag des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2002 ist mit Landtagsbeschluss Nr. 8/01 vom 12. Dezember 2001 im Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben mit einem Ansatz von 6.144.074,00 Euro in der Kompetenz festgelegt worden. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Abschlussrechnung des Finanzjahres 2001 und auch um den Haushaltsvoranschlag in einigen Punkten den geänderten Erfordernissen anzupassen, hat das Präsidium dem Landtag eine Haushaltsberichtigung vorgeschlagen, die von diesem mit Beschluss Nr. 4/02 vom 25. September 2002 genehmigt worden ist. Durch diese Haushaltsberichtigung wurde der Bilanzansatz in der Kompetenz (Einnahmen u. Ausgaben) von den erwähnten 6.144.074,00 Euro auf 6.515.992,08 Euro (+ 371.918,08 Euro) erhöht. Diese Gesamtbeträge, aufgeteilt auf die einzelnen Ein- und Ausgabenkapitel, stellen somit den Rahmen für die Finanzgebarung des Jahres 2002 dar.*

*Die Abschlussrechnung über die Finanzgebarung des Jahres 2002 weist zum 31.12.2002 einen Verwaltungsüberschuss von 810.388,23 Euro auf.*



Ich darf daran erinnern, dass im Haushaltsvoranschlag des Südtiroler Landtages für das Jahr 2003, der vom Landtag am 12. Dezember 2002 genehmigt worden ist, auf der Einnahmenseite ein voraussichtlicher Verwaltungsüberschuss in der Höhe von 307.544,17 Euro eingeschrieben worden ist. Der Differenz von 502.844,06 Euro zwischen dem effektiven Verwaltungsüberschuss und dem veranschlagten wird im Zuge einer Haushaltsberichtigung Rechnung getragen werden.

87 % der auf Ausgabenkapiteln verzeichneten Einsparungen entfallen auf die 12 nachfolgend angeführten Kapitel: Kapitel 5 „Sitzungsgelder für die Teilnahme an den Landtagssitzungen und an den Sitzungen der Gesetzgebungskommissionen und anderer Kommissionen“ (13.177,00 Euro), Kapitel 11 „Aufwandsentschädigung und Vergütung der Reisespesen für die vom Landtag bestellten Mitglieder der 6er und 12er Kommission“ (21.261,89 Euro), Kapitel 21 „Gehälter und andere Bezüge für das Personal des Landtages“ (55.269,72 Euro), Kapitel 22 „Fürsorge- und Versicherungsabgaben für das Personal des Landtages“ (48.465,51 Euro), Kapitel 26 „Abfertigungen an das Personal des Landtages“ (39.762,12 Euro), Kapitel 27 „Vorstreckung der INPDAP - Abfertigung an die Bediensteten bei deren Dienstaustritt“ (41.000,00 Euro), Kapitel 31 „Ankauf und Wartung (Reparatur- und Kundendienst) von Büromaschinen (Computer, Drucker, Schreibmaschinen u.s.w.), audiovisuellen Mitteln, Druck- und Fotokopiergeräten, der Telefonzentrale und des entsprechenden Zubehörs“ (45.999,52 Euro), Kapitel 32 „Ausgaben für die Arbeitsabwicklung der Ämter: Büromaterial, Post, Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und andere Informationsquellen, Inserate, Transport und Verstellung von Einrichtungsgegenständen, Verbrauchsmaterial für verschiedene Maschinen und Geräte und kleinere Ausgaben“ (18.623,30 Euro), Kapitel 34 „Miete der Räumlichkeiten und Nebenausgaben“ (19.536,05 Euro), Kapitel 35 „Stromverbrauch, Reinigung, Wasserverbrauch, Telefongebühren und andere artverwandte Ausgaben bezüglich der Gebäude oder Räumlichkeiten, die vom Landtag verwendet werden“ (60.057,32 Euro), Kapitel 41 „Rechtsberatung, Rechtsbeistand, sowie Aufträge an Freiberufler“ (19.416,13 Euro) und Kapitel 44 „Reservefonds für neue und höhere Ausgaben“ (335.926,92 Euro). Die restlichen 13 % verteilen sich mit kleineren und kleinsten Beträgen auf die übrigen Ausgabenkapitel. Wie Sie leicht erkennen können, handelt es sich bei den Ausgabenkapiteln, bei denen die betragsmäßig höchsten Einsparungen zu verzeichnen sind, um Kapitel, die Pflichtausgaben oder laufende Ausgaben betreffen und somit der Entscheidung des Präsidenten/der Präsidentin bzw. des Präsidiums weitestgehend entzogen sind.

In der Folge nun einige nähere Erläuterungen zu den einzelnen Einnahme- und Ausgabenkapiteln, wobei das Augenmerk natürlich vor allem den Ausgaben gewidmet sein wird.

#### EINNAHMEN

Die zwei größten Posten im Einnahmeteil stellen die Zuweisungen aus dem Landeshaushalt (Kapitel 2) in der Höhe von 5.000.000,00 Euro sowie der Verwaltungsüberschuss aus dem Jahre 2001 dar, der im Zuge der Haushaltsberichtigung aufgrund des Ergebnisses der Abschlussrechnung im Betrag von 765.207,08 Euro festgestellt wurde.

Die übrigen auf den Einnahmekapiteln 1, 3, 4, 5, 6, 7, 8 und 9 ausgewiesenen Einnahmen stellen im Gesamtkontext der Einnahmegeba-

zung eine absolut untergeordnete Rolle dar, zumal auch einige als Einnahmen ausgewiesenen Beträge (Kapitel 4, 7 und 8), wenn auch nicht formell (sonst würden sie Bestandteil der Sonderbuchhaltung sein), so doch substantziell Durchlaufposten sind.

Eine besondere Erwähnung verdient nur das Kapitel 5 „Rückerlangung der Bezüge für das zu anderen Körperschaften abgeordnete Personal“.

Hinsichtlich der auf Kapitel 5 eingehobenen Einnahmen von 66.822,00 Euro, ist zu vermerken, dass es sich dabei um die von Seiten der Südtiroler Landesverwaltung und des Staatlichen Beirates für Wirtschaft und Arbeit erfolgte Rückerstattung der im Jahr 2001 vorgeschossenen Gehaltsbezüge, Versicherungs- und Sozialabgaben handelt. Die rückerstatteten Beträge beziehen sich einerseits auf die Abordnung der Landtagsbediensteten Frau Marta Treibenreif an die Südtiroler Landesverwaltung und andererseits auf die Abordnung der Landtagsbediensteten Frau Martina Salvadori an den Staatlichen Beirat für Wirtschaft und Arbeit. Der noch einzuhebende Betrag von 72.255,34 Euro ist auf die Abordnung der genannten beiden Bediensteten im Jahr 2002 zurückzuführen.

#### AUSGABEN

Ich möchte in diesem Teil des Berichtes vor allem auf jene Kapitel näher eingehen, die größere Einsparungen aufweisen, sowie auf jene, bei welchen von Seiten des Präsidenten/der Präsidentin bzw. von Seiten des Präsidiums ein gewisser Ermessensspielraum gegeben ist. Bei der Haushaltsgebarung des Südtiroler Landtages handelt es sich nämlich größtenteils um die Bestreitung von Pflichtausgaben bzw. um laufende Ausgaben, die ihre Rechtsgrundlage in geltenden Gesetzen, in der Geschäftsordnung des Landtages oder in nachgeordneten Verordnungen (Reglements) haben. Diese Rechtsgrundlagen legen Rechte und Ansprüche und somit die verbindlich zu entrichtenden Ausgaben fest, weshalb der tatsächliche Entscheidungsspielraum des Präsidenten/der Präsidentin und des Präsidiums auf einige wenige Kapitel beschränkt ist. Die Analyse der Daten des Rechnungsabschlusses besteht deshalb größtenteils nur in der Kenntnisnahme der Ausgaben, die gemäß den geltenden Bestimmungen als Verbindlichkeiten in einer bestimmten Höhe erwachsen sind und somit getätigt werden mussten (z.B. Ausgaben für Amtsentzündigungen, Rückvergütung der Reisespesen und Ausbezahlung der Tagegelder an die Abgeordneten, Sitzungsgelder für die Abgeordneten, Beiträge an die Landtagsfraktionen, Aufwandsentschädigungen und Vergütung der Reisespesen an die Mitglieder der 6er und 12er Kommission, Gehälter für das Landtagspersonal inklusive der Sozialabgaben und Außendienstvergütungen, Abfertigungen einschließlich allfälliger Vorschüsse, Mietzins für angemietete Räumlichkeiten u.a.).

Kapitel 2 „Dem/der Landtagspräsidenten/in zustehende Pauschalentschädigung für Dienstreisen in der Region“.

Der gesamte auf dem Kapitel ausgewiesene Betrag scheint als Einsparung auf, da ich seit meinem Amtsantritt im Juni 2001 auf die Ausbezahlung der dem Landtagspräsidenten/der Landtagspräsidentin zustehenden Pauschalentschädigung (244,80 Euro monatlich) verzichtet habe.

*Kapitel 4 „Entschädigung und Rückvergütung der Reisespesen für Dienstreisen des/der Landtagspräsidenten/in und der Landtagsabgeordneten“.*

*Mit den auf diesem Kapitel bereitgestellten Mitteln werden die Ausgaben für die Rückvergütung der Reisespesen an die Abgeordneten im Zusammenhang mit Sitzungen des Landtages und seiner Kollegialorgane (Gesetzgebungskommissionen usw.) sowie im Zusammenhang mit anderen in Ausübung des politischen Mandats im Höchstausmaß von 8.000 km im Jahr unternommenen Fahrten bestritten. Diesem Kapitel werden auch sämtliche Ausgaben für Studienfahrten der Gesetzgebungskommissionen sowie die sog. Tagegelder, die bei in Ausübung des politischen Mandats oder aufgrund eines institutionellen Auftrages unternommenen Fahrten anfallen können, angelastet.*

*Die auf diesem Kapitel bereitgestellten Mittel wurden zur Gänze verwendet. Ich möchte bei dieser Gelegenheit daran erinnern, dass mit den auf diesem Kapitel bereitgestellten Mitteln nicht nur Reisespesen vergütet wurden, die im Jahr 2002 angefallen sind, sondern auch jene, deren Rückvergütungsantrag im Jahr 2002 gestellt wurde, die jedoch das Jahr 2001 betreffen. Auch die Ausgaben in Zusammenhang mit der Rückvergütung der Kosten der im Jahr 2002 getätigten Reisen werden wiederum teilweise den Haushalt des Jahres 2003 belasten, da die entsprechenden Rückvergütungsanträge auch noch im Jahre 2003 gestellt werden konnten (Ordnungstermin: Ende Februar). Diesen Ausgaben muss mit den im Haushaltsvoranschlag des Jahres 2003 bereitgestellten Mitteln begegnet werden.*

*Von den getätigten Ausgaben entfallen 87 % auf die Rückvergütung der Reisespesen und die Ausbezahlung des Kilometer- und Tagegeldes an die Abgeordneten und 13 % auf die Bezahlung von Parkplatzgebühren.*

*Kapitel 6 „Ausgaben und Beiträge für Tagungen und andere Initiativen des Südtiroler Landtages im Rahmen von öffentlichen Kontakten im In- und Ausland“.*

*Die veranschlagten 61.900,00 Euro wurden fast zur Gänze ausgegeben bzw. verpflichtet. Diesem Kapitel werden sämtliche Ausgaben angelastet, die dem Landtag in Zusammenhang mit institutionellen Kontakten im In- und Ausland sowie mit der allfälligen Durchführung von Tagungen erwachsen. In diesem Zusammenhang und ohne Anspruch auf Vollständigkeit, seien der Besuch einer Delegation aus Friaul-Julisch Venetien, einer Delegation des Bayrischen Landtages, einer Delegation des Hessischen Landtages, einer Delegation der slowenischen Sprachgruppe aus Kärnten und der Steiermark und einer Parlamentsdelegation von Rätoromanen aus Graubünden erwähnt.*

*Hervorzuheben sind zudem:*

- die am 8. März 2002 abgehaltene Tagung zum Tag der Frau (entsprechende Kosten – 1.015,06 Euro);*
- die am 31. Mai und 1. Juni 2002 abgehaltene Tagung “1992. Ende eines Streits. 10 Jahre Streitbeilegung / 1992. Fine di un conflitto. 10 anni dalla chiusura della questione sudtirolese” (entsprechende Kosten – 19.565,08 Euro).*

*Zudem wurde mit der Verlagsanstalt „Il Mulino“ der Druck und Vertrieb der Unterlagen obgenannter Tagung in italienischer Sprache vereinbart (entsprechende Kosten – 9.200,00 Euro).*

Die deutschsprachigen Tagungsunterlagen werden von der Verlagsanstalt „Nomos“ gedruckt und vertrieben werden. Die entsprechende Vereinbarung wurde jedoch erst zu Beginn des Jahres 2003 abgeschlossen, weshalb die entsprechenden Ausgaben (9.360,00 Euro) dem Haushaltsvoranschlag des Finanzjahres 2003 anzulasten sind.

Kapitel 9 „Fonds zur Verfügung des Landtagspräsidiums für außerordentliche Unterstützungsbeiträge und Sonderausgaben für Repräsentationszwecke“.

Der Ansatz dieses Kapitels betrug 44.622,00 Euro. Die bereitgestellten finanziellen Mittel sind für die Bezahlung dokumentierter und reservierter Spesen der Präsidiumsmitglieder bestimmt und wurden fast zur Gänze (Einsparung 271,54 Euro) ausgegeben.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch auf die passiven Rückstände des Jahres 2001 im Ausmaß von 6.707,10 Euro aufmerksam machen, welche seinerzeit zwecks Ausbezahlung eines Studienstipendiums an einen Studenten des Volkes der Shuar (4 Jahresraten zu jeweils 1.676,77 Euro) zweckgebunden wurden. Da die indigene Universität den Studienbetrieb immer noch nicht aufgenommen hat, wurde bislang keine der genannten 4 Raten ausbezahlt.

Kapitel 10 „Ausgaben zur Förderung der Kenntnisse über die Tätigkeit des Südtiroler Landtages“.

Zu Lasten dieses Kapitels gingen vor allem die Ausgaben, die im Rahmen des Besucherdienstes (Schülergruppen usw.) und der damit verbundenen Dienstleistungen (Imbisse, Umtrünke, verschiedene Werbegeschenke u.a.) und anderer Initiativen zur Förderung der Kenntnisse über die Tätigkeit des Südtiroler Landtages angefallen sind. Von den veranschlagten 87.300,00 Euro wurden nahezu 95 % effektiv ausgegeben bzw. verpflichtet.

Stichwortartig kann gesagt werden, dass im Jahre 2002 insgesamt 3.952 Personen, vorwiegend Schüler und Schülerinnen, in organisierter Form dem Südtiroler Landtag einen Besuch abgestattet und das Besucherprogramm (Tonbildschau, Verfolgung eines Teils der Landtagssitzung von der Zuschauertribüne aus und Gespräch mit einem Mitglied des Landtagspräsidiums) in Anspruch genommen haben. Zu den 3.178 Schüler/Schülerinnen aus dem In- und Ausland, die naturgemäß das Hauptkontingent der Besucher/Besucherinnen darstellen, gesellten sich noch 774 Erwachsene, immer aus dem In- und Ausland, die als organisierte Gruppen dem Landtag einen Besuch abgestattet haben.

Zudem wurden, wie bereits in den Jahren 2000 und 2001, in Zusammenarbeit mit den pädagogischen Instituten Seminare für Lehrpersonen betreffend den Aufbau und die Tätigkeit des Südtiroler Landtages organisiert, an denen 45 Lehrkräfte teilgenommen haben.

Hervorzuheben ist auch die Ausarbeitung und der Druck folgender Informationsbroschüren:

- „Der Südtiroler Landtag“ (auch in ladinischer Sprache veröffentlicht);
- „Kunst im Landtag“;
- „Kurzgefasste Landesgeschichte Südtirols (1918-2002)“;
- „Special Statute for Trentino - Alto Adige/Südtirol“.

In Zusammenhang mit der Veröffentlichung obgenannter Broschüren sind dem Südtiroler Landtag Gesamtkosten im Ausmaß von 42.378,69 Euro erwachsen.

*Kapitel 12 „Mitgliedsbeiträge und Beihilfen an Körperschaften, Vereinigungen sowie an nationale und internationale Organisationen, die auf institutioneller Ebene wirken“.*

*Mit den auf diesem Kapitel bereitgestellten Mitteln wurden folgende Ausgaben abgedeckt:*

- der Mitgliedsbeitrag des Südtiroler Landtages an die Konferenz der Präsidenten der Regionalräte und der Landtage der Autonomen Provinzen;*
- der Spesenbeitrag an die Interregionale Beobachtungsstelle zur Gesetzgebungstätigkeit;*
- der Mitgliedsbeitrag des Volksanwaltes beim europäischen Ombudsmann Institut.*

*Kapitel 13 „Ausgaben für die Tätigkeit des Landesbeirates für Rundfunkwesen“.*

*Die gesamten auf diesem Kapitel bereitgestellten Mittel (6.714,00 Euro) gehen in Erhaltung und werden als Einsparung ausgewiesen.*

*Kapitel 14 „Spesen für die Durchführung des Legislativdekretes vom 19.9.1994, Nr. 626 betreffend die Sicherheit und die Gesundheit am Arbeitsplatz“.*

*71 % der bereitgestellten finanziellen Mittel wurden ausbezahlt bzw. zweckgebunden. Der auf diesem Kapitel verbuchte umfangreichste Ausgabenposten betrifft den an Frau Dr. Moruzzi Randazzo erteilten Jahresauftrag zur Wahrnehmung der Aufgaben der Verantwortlichen des Dienstes für Arbeitsschutz für den Südtiroler Landtag (4.108,93 Euro).*

*Kapitel 16 „Dem/der Präsidenten/in des Landesbeirates für Rundfunkwesen zustehende Vergütung sowie Außendienstvergütung und Rückerstattung der Spesen für Außendienste“.*

*Die Rechtsgrundlage für dieses Ausgabenkapitel bildet Artikel 2 Absatz 10 des L.G. Nr. 5/1996, welcher vorsieht, dass dem/der Vorsitzenden des Beirates für Rundfunkwesen eine monatliche Vergütung zusteht, die jener der Präsidenten/Präsidentinnen der selbstverwalteten von der Landesverwaltung abhängigen Betriebe, Anstalten und Einrichtungen entspricht. Zusätzlich stehen dem/der Vorsitzenden die allfällige Außendienstvergütung und die Rückvergütung der Reisekosten in dem Ausmaß zu, wie sie für die Landesbediensteten vorgesehen sind. Die auf diesem Kapitel bereitgestellten Mittel (23.250,00 Euro) sind zu nahezu 74 % verwendet worden (Einsparung: 6.196,33 Euro). Im Vergleich zum Vorjahr kann eine Abnahme der Ausgaben im Ausmaß von 15 % festgestellt werden. Grund für den verzeichneten Rückgang sind die verminderte Sitzungstätigkeit des Landesbeirates für Rundfunkwesen und die Abnahme der Reisespesen des Vorsitzenden des Beirates.*

*Kapitel 17 „Entschädigungen an externe Mitglieder und Fachleute der beim Landtag eingesetzten Kommissionen, Beiräte und Komitees“.*

*Der Ansatz dieses Kapitels betrug 10.300,00 Euro. Mit den auf diesem Kapitel bereitgestellten Mitteln werden, neben den Ausgaben für allfällige externe Mitglieder von Prüfungskommissionen öffentlicher Wettbewerbe oder anderer Ausleseverfahren, auch jene bestritten, die dem Landtag durch die Ausbezahlung von Sitzungsgeldern, die Rückvergütung von allfälligen Reisespesen und die Ausbezahlung einer allfälligen Außendienstvergütung an die Mitglieder des Landesbeirates*

für Rundfunkwesen und an die gegebenenfalls zu den Sitzungen beigezogenen Fachleute erwachsen. 68 % der auf diesem Kapitel bereitgestellten Mittel gehen in Erhausung. Dieser Prozentsatz mag auf den ersten Blick sehr hoch erscheinen, erklärt sich aber damit, dass die Anzahl der Sitzungen des Landesbeirates für Rundfunkwesen so wie die Anzahl externer Mitglieder etwaig zu ernennender Prüfungskommissionen und die Anzahl der Sitzungen dieser Kommissionen von vornherein nicht genau abschätzbar sind.

Zudem sei gesagt, dass 47 % der im Jahr 2002 getätigten Ausgaben auf die Sitzungstätigkeit des Landesbeirates für Rundfunkwesen zurückzuführen sind.

Kapitel 21 „Gehälter und andere Bezüge für das Personal des Landtages“.

97 % der auf diesem Kapitel bereitgestellten Mittel wurden zweckgebunden.

Bei dieser Gelegenheit erinnere ich daran, dass der Stellenplan des Südtiroler Landtages im Jahr 2001 um zwei Stellen in der VIII. Funktionsebene, Berufsbild „Experte/Expertin im Rechts- und Gesetzgebungsbereich“, erweitert worden ist. Die genannten Stellen sind im Sommer 2002 mit den Gewinnern des entsprechenden öffentlichen Wettbewerbes besetzt worden.

Kapitel 22 „Fürsorge- und Versicherungsabgaben für das Personal des Landtages“.

Da die Ausgabenkapitel 21 und 22 naturgemäß sehr eng miteinander verbunden sind, kann auch bei diesem Kapitel eine Einsparung (48.465,51 Euro) festgestellt werden.

Kapitel 26 „Abfertigungen an das Personal des Landtages“ und Kapitel 27 „Vorstreckung der INPDAP-Abfertigung an die Bediensteten bei deren Dienstaustritt“.

Zu beiden Kapiteln ist grundsätzlich zu sagen, dass es sich hierbei um Ausgaben handelt, die naturgemäß, wenn überhaupt, nur sehr ungenau veranschlagbar sind, da diese Ausgaben unmittelbar mit dem Ende von Dienstverhältnissen aufgrund von freiwilligen Dienstaustritten, Versetzungen in den Ruhestand oder aus anderen Gründen zusammenhängen, also mit Ereignissen, die nur zum Teil voraussehbar sind. Aber andererseits müssen vorsichtshalber relativ hohe Ansätze vorgesehen werden, da es sich um Pflichtausgaben handelt.

Die beiden Kapitel 26 und 27 sind naturgemäß eng miteinander verbunden, zumal sich die Abfertigung normalerweise, zumindest für Bedienstete die ihren Dienst vor dem 30. Mai 2000 angetreten haben, aus zwei Teilen zusammensetzt, und zwar aus einem Teil, der direkt vom Arbeitgeber, d.h. im vorliegenden Fall vom Südtiroler Landtag ausbezahlt wird (ca. ein Drittel), und aus einem Teil, der zu Lasten der Fürsorgeanstalt INPDAP geht (ca. zwei Drittel). Dies ist allerdings nicht der Fall, wenn der/die Bedienstete entweder in Anwendung des Rechtsinstitutes der Mobilität in den Stellenplan einer anderen Lokalkörperschaft überführt wird oder, nach Kündigung des Dienstverhältnisses beim Landtag, den Dienst ohne Unterbrechung bei einer solchen Körperschaft, z.B. nach dem Gewinn eines entsprechenden Wettbewerbes, aufnimmt. In diesem Fall behält der/die Bedienstete seine/ihre INPDAP-Position bei und es wird nur der direkt zu Lasten des Arbeitgebers gehende Anteil ausbezahlt. Aufgrund dieser Rege-

lung wird auch der Umstand verständlich, warum auf Kapitel 26 Ausgaben in der Höhe von 1.237,88 Euro aufscheinen, während auf Kapitel 27 keine Ausgaben getätigt wurden.

*Kapitel 29 „Fortbildung des Personals“*

Gemäß Punkt 3 der Anlage B des Bereichsabkommens für das Personal des Südtiroler Landtages – Zeitraum 1997-2000 betrug der Gesamtfonds für die Aus- und Weiterbildung 1 % des auf Kapitel 21 „Gehälter und andere Bezüge für das Personal des Landtages“ vorgesehenen Kapitelansatzes. 49 % der vorgesehenen Mittel wurden ausbezahlt bzw. zweckgebunden. Mit diesen Mitteln wurden die Ausgaben für 23 Weiterbildungsveranstaltungen mit insgesamt 104 Teilnehmern bestritten. Was bedeutet, dass im Durchschnitt jeder/jede Bedienstete des Südtiroler Landtages im Laufe des Jahres 2002 an 2 Weiterbildungsveranstaltungen teilgenommen hat.

*Kapitel 30 „Büroeinrichtung“*

Die mit den finanziellen Mitteln dieses Kapitels getätigten Ausgaben sind hauptsächlich auf den Austausch der Bodenbeläge des Landtagssitzungsraumes, der Pressetribüne, der Zuschauertribüne und der Portierloge zurückzuführen (72 % der Ausgaben).

*Kapitel 31 „Ankauf und Wartung (Reparatur u. Kundendienst) von Büromaschinen (Computer, Drucker, Schreibmaschinen u.s.w.), audiovisuellen Mitteln, Druck- und Fotokopiergeräten, der Telefonzentrale und des entsprechenden Zubehörs“.*

Die auf diesem Kapitel veranschlagten Mittel wurden zu 68 % ausgegeben bzw. auf Rückstände gebucht.

Der Großteil der Ausgaben, die 2002 getätigt wurden, stand in Zusammenhang mit dem Ankauf von Hard- und Software (59 %), der Instandhaltung der Offset-Druckmaschine einschließlich Ankauf des erforderlichen Verbrauchsmaterials (19 %), der Instandhaltung der Fotokopiermaschinen und Faxgeräte und der Lieferung des entsprechenden Verbrauchsmaterials (8 %).

*Kapitel 32 „Ausgaben für die Arbeitsabwicklung der Ämter: Büromaterial, Post, Zeitungen und Zeitschriften, Bücher und andere Informationsquellen, Inserate, Transport und Verstellung von Einrichtungsgegenständen, Verbrauchsmaterial für verschiedene Maschinen und Geräte und kleinere Ausgaben“.*

Die auf diesem Kapitel bereitgestellten Mittel wurden zum Großteil ausbezahlt bzw. zweckgebunden (Einsparung: in etwa 10 %).

Es handelte sich dabei vor allem um Ausgaben für Postversand, Bücher, Zeitungen und andere Nachrichtendienste (Abonnement mit der ANSA und der APA), Inserate, verschiedenstes Büromaterial, Papier, Service an den Hydropflanzen im Sitzungssaal des Landtages u.ä.

*Kapitel 34 „Miete der Räumlichkeiten und Nebenausgaben“.*

Von den veranschlagten 92.500,00 Euro wurden nahezu 73.000,00 Euro ausgegeben. Es handelt sich dabei um Ausgaben für die Anmietung und ordentliche Instandhaltung von Räumlichkeiten außerhalb des Landtagssitzes für die Unterbringung von Fraktionen (Alleanza Nazionale, Union für Südtirol und Ladins) sowie der Landesvolkswirtschaft.

Da es sich bei diesem Kapitel zum Großteil um Ausgaben handelt, die vorhersehbar sind, und der Kapitelansatz demzufolge mit ziemlicher Genauigkeit geschätzt werden kann, ist eine Einsparung von

19.536,05 Euro, wie dies im Jahr 2002 der Fall ist, eine Ausnahme. Die genannte Einsparung ist auf die bereits im Jahr 2002 anstehende Ernennung des im Landesgesetz vom 18.3.2002, Nr. 6, vorgesehenen Landesbeirates für Kommunikationswesen zurückzuführen. Die Ernennung des genannten Beirates hätte die Anmietung zusätzlicher Räumlichkeiten zwecks Unterbringung desselben erfordert. Da die Ernennung nicht erfolgt ist, scheinen die für den angeführten Zweck vorgesehenen Mittel als Einsparung auf.

Kapitel 35 „Stromverbrauch, Reinigung, Wasserverbrauch, Telefongebühren und andere artverwandte Ausgaben bezüglich der Gebäude oder Räumlichkeiten, die vom Landtag verwendet werden“.

Der Ansatz des Kapitels betrug 305.000,00 Euro und wurde zu 80 % ausgegeben bzw. zweckgebunden. Mit den auf diesem Kapitel bereitgestellten Mitteln wurden sämtliche Ausgaben bestritten, die mit dem Betrieb des Landtagsgebäudes sowie der angemieteten Räumlichkeiten (für Fraktionen und Landesvolksanwaltschaft) zusammenhängen. 27 % der zweckgebundenen Ausgaben entfallen auf Telefongebühren und 54 % auf Reinigungsspesen.

Hervorzuheben ist der Umstand, dass die Ausgaben für Telefongebühren gegenüber dem Vorjahr erstmals nicht zugenommen, sondern sogar um 5 % abgenommen haben, dies aufgrund der Sonderabkommen, die mit den einzelnen Telefonnetzbetreibern abgeschlossen worden sind.

Kapitel 40 „Rückvergütung von Gerichts-, Anwalts- und Gutachterkosten“.

Der gesamte auf dem Kapitel ausgewiesene Betrag geht in Erhaltung, da kein Abgeordneter/keine Abgeordnete von der von den einschlägigen Bestimmungen vorgesehenen Möglichkeit der Rückvergütung von Anwalts-, Gerichts- und Gutachterkosten (bei Vorliegen der in Artikel 8 der Verordnung über Aufwandsentschädigungen, Sitzungsgelder und Außendienste näher dargelegten Umstände) Gebrauch gemacht hat.

Kapitel 41 „Rechtsberatung, Rechtsbeistand sowie Aufträge an Freiberufler“.

Der Ansatz dieses Kapitels wurde im Vergleich zum Vorjahr um 16 % gesenkt und betrug 92.970,00 Euro. 80 % dieser Mittel wurden ausgegeben bzw. auf Passivrückstände gebucht. Mit den im Jahr 2002 ausbezahlten Mitteln wurden vor allem die Ausgaben im Zusammenhang mit der freiberuflichen Beauftragung eines italienischsprachigen Publizisten bzw. einer italienischsprachigen Journalistin für die Mitarbeit im Pressedienst des Landtages bestritten.

Die Sonderbuchhaltungen (Kapitel 10, 11 und 12 der Einnahmen und die entsprechenden Ausgabekapitel 45, 46 und 47) sind reine Durchlaufposten, weshalb die in der Abschlussrechnung für die jeweiligen Kapitel ausgewiesenen Beträge in der Einnahmen- und Ausgabenseite entsprechen. Es handelt sich dabei um den Rückbehalt und die Abführung der Einkommenssteuer auf die Gehälter, um die Führung der Ökonomatskassa für kleine Ausgaben sowie um den Rückbehalt und die Abführung verschiedener Beträge (Gewerkschaftsbeiträge, Versicherungsprämien, Solidaritätsfonds usw.)

Ich hoffe, mit diesem Bericht einen Überblick über die Finanzgebarung des Südtiroler Landtages im Jahre 2002 gegeben zu haben. Allfällige



*weitere Auskünfte können noch, falls erwünscht, im Rahmen der Behandlung der Beschlussvorlage gegeben werden.*

*Ich ersuche die Damen und Herren Abgeordneten, den beiliegenden Entwurf der Abschlussrechnung des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2002 zu genehmigen.*

Do lettura della proposta di deliberazione:

*Visto il conto consuntivo del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano relativo all'anno 2002, approvato dall'Ufficio di Presidenza con delibera n. 4/03 del 5.2.2003;*

*reso atto della regolarità della gestione, svolta in conformità al Regolamento interno di amministrazione e di contabilità, approvato dal Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano in data 19 dicembre 1979; viste le deliberazioni dell'Ufficio di Presidenza n. 15/02 del 3.5.2002 e n. 28/02 del 6.11.2002 concernenti variazioni del bilancio;*

*vista la relazione accompagnatoria al conto consuntivo presentato dall'Ufficio di Presidenza;*

*ciò premesso*

**IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO**

*delibera*

- 1. di approvare il conto consuntivo del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'esercizio 2002 nelle risultanze finali di cui all'elenco allegato alla presente deliberazione quale parte integrante della stessa;*
- 2. di prendere atto che l'avanzo di cassa alla chiusura dell'esercizio 2002 ammonta a euro 887.001,84 e che l'avanzo effettivo di amministrazione relativo all'esercizio 2002 è pari a euro 810.388,23.*

-----

*Nach Einsichtnahme in die Abschlussrechnung des Landtages für das Finanzjahr 2002, welche das Landtagspräsidium mit Beschluss Nr. 4/03 am 5.2.2003 genehmigt hat;*

*in Anerkennung der Ordnungsmäßigkeit der Gebarung, die im Sinne der vom Südtiroler Landtag am 19. Dezember 1979 genehmigten Verwaltungs- und Buchungsordnung erfolgt ist;*

*nach Einsichtnahme in die Präsidiumsbeschlüsse Nr. 15/02 vom 3.5.2002 und Nr. 28/02 vom 6.11.2002 betreffend die Haushaltsänderungen;*

*nach Einsichtnahme in den Begleitbericht zu der vom Präsidium vorgelegten Rechnungslegung;*

*dies vorausgeschickt*

*beschließt*

**DER SÜDTIROLER LANDTAG**

- 1. die Abschlussrechnung des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2002 mit den Endergebnissen zu genehmigen, die der beiliegenden Aufstellung, welche wesentlicher und integrierender Bestandteil dieses Beschlusses ist, zu entnehmen sind;*
- 2. festzuhalten, dass der Kassaüberschuss bei Abschluss des Haushaltsjahres 2002 887.001,84 Euro beträgt und dass der effektive Verwaltungsüberschuss des Haushaltsjahres 2002 den Betrag von 810,388,23 Euro aufweist.*

Ha chiesto intervenire la consigliera Klotz, ne ha facoltà.

**KLOTZ (UFS):** Es handelt sich um einen ausgewogenen Haushalt und die allermeisten Kapitel sind erläutert. Die Einsparungen sind in den meisten Fällen recht klar dargestellt und auch begründet. Trotzdem gibt es einige Fragen, die noch offen geblieben sind. Was das Kapitel 4 der Ausgaben anbelangt – hier geht es um die Rückvergütung der Reisespesen (Kilometer/Tagesgeld) an die Abgeordneten -, so entfallen 87 Prozent auf diese Ausgabenzwecke und 13 Prozent auf die Bezahlung von Parkplatzgebühren. Sind das die Parkplatzgebühren der Abgeordneten?

Was das Kapitel 6 der Ausgaben anbelangt – Ausgaben und Beiträge für Tagungen und andere Initiativen des Südtiroler Landtages -, so sehen wir hier auch die Ausgaben für die Tagung “Zehn Jahre Streitbeilegung”. Ich habe bereits damals mitgeteilt, dass die Auswahl der Referenten meiner Meinung nach nicht ausgewogen war. Uns hätte schon auch interessiert, was diejenigen dazu sagen, die damals vehement gegen die Streitbeendigungserklärung gearbeitet haben. Es gab nicht nur Leute aus unseren Reihen, sondern auch österreichische Parlamentsparteien und Juristen, die diesbezüglich eine durchaus skeptische Haltung eingenommen haben.

Im Kapitel 10 der Ausgaben sehen wir eine Erhöhung von 15.500 Euro, die mit Beschluss vom 3. Mai 2002 vorgenommen wurde. Aus der Beschreibung geht hervor, dass der Ansatz des Ausgabekapitels für die Ausgaben in Zusammenhang mit der Gestaltung der neuen Schriftenreihe “Südtiroler Landtag”, “Kunst im Landtag” und für das Autonomiestatut in englischer Sprache nicht ausgereicht hat. Von wem wird das Autonomiestatut in englischer Sprache genützt? Was ist das ABC-Glossar? Vielleicht können Sie uns das erklären. Dann haben wir gesehen, dass es auch auf dem Kapitel 12 – Mitgliedsbeiträge und Beihilfe an Körperschaften - eine Erhöhung von 18.465 Euro gegeben hat. Ich möchte den Nutzen dieser Beiträge in Erfahrung bringen, denn wenn diese Beträge jährlich um so viel ansteigen, dann fragt man sich natürlich schon, welchen Vorteil sie haben.

Im Kapitel 14 – Spesen für die Durchführung betreffend Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz – waren 71 Prozent der Mittel zweckgebunden und sind auch ausbezahlt worden. Der umfangreichste Ausgabeposten betrifft Frau Dr. Moruzzi Randazzo, nämlich einen Jahresauftrag zur Wahrnehmung der Aufgaben der Verantwortlichen des Dienstes für Arbeitsschutz für den Südtiroler Landtag. Wer sind diese Verantwortlichen? Welche Verbesserungen wurden erreicht? Es handelt sich ja immerhin um ziemlich gut dotierte Aufträge.

Eine Frage zum Kapitel 33, das in der Beschreibung fehlt. Das Kapitel 33 sieht Treibstoff, Versicherung, Autobahngebühren und Reparaturen des Fuhrparks sowie allfällige Neuanschaffungen vor. Hier sehen wir eine endgültige Veranschlagung von 30.000 Euro, erfolgte Zahlungen von 20.300 Euro und Einsparungen von

9.638 Euro. Worauf sind diese Einsparungen zurückzuführen bzw. was hatte man hiermit eventuell vor?

Zum Kapitel 41, bei welchem es um die Rechtsberatung, den Rechtsbeistand sowie Aufträge an Freiberufler geht. Der Ansatz wurde um 16 Prozent gesenkt und betrug 92.970 Euro. Es handelt sich um die Ausgabe für die Beauftragung eines italienischen Publizisten. Ist diese Stelle jetzt fix besetzt? Hier hat es ja immer Probleme gegeben.

Noch eine Frage zu Kapitel 6, welches Ausgaben und Beiträge, Tagungen und andere Initiativen des Südtiroler Landtages beinhaltet. Hier sind Zahlungen in der Höhe von 44.814 Euro erfolgt. Auf diesem Kapitel gibt es auch ziemlich hohe noch auszuzahlende Beträge. Die Gesamtveranschlagung betrug 61.900 Euro. Hat es hier noch so viele Tagungen und Initiativen gegeben, dass die Beträge nicht ausgezahlt werden konnten oder wie kommt es zu dieser hohen Summe an noch auszuzahlenden Beträgen?

Insgesamt ist der Haushalt des Südtiroler Landtages übersichtlich. Ein Kompliment an die Verantwortlichen für diese Abschlussrechnung und auch ein Lob an die Präsidentin, dass sie auf die Rückerstattung ihrer Reisespesen verzichtet hat. Warum sollen wir ihr nicht auch einmal ein Lob aussprechen?

**PRESIDENTE:** Grazie per questo complimento!

La parola al consigliere Leitner.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Auch ich möchte sagen, dass die Abschlussrechnung des Südtiroler Landtages sehr sorgfältig und klar dargelegt ist. Ich möchte auf zwei, drei Punkte eingehen bzw. auch ein paar Fragen stellen. Vorweg möchte ich sagen, dass das Kapitel 4, in dem es um die Entschädigungen und Rückvergütungen der Reisespesen geht, mit 170.400 Euro veranschlagt ist. Wenn man von diesem Betrag 20 Prozent abziehen würde, dann würde das zumindest eine kleine Verminderung der Ausgaben darstellen. Eine Sparmaßnahme wäre also schon möglich, ohne, dass sie weiß Gott wie weh tun würde. Das möchte ich nur sagen, nachdem wir gestern im Rahmen der Behandlung eines Beschlussantrages darüber diskutiert haben.

Meine Fragen beziehen sich aber auf einige andere Kapitel. Das Kapitel 11 – hier geht es um die Sechser- und Zwölferkommission – ist mit 41.300 Euro veranschlagt, wobei nicht ganz die Hälfte davon ausgegeben worden ist. Warum? Es ist positiv, wenn weniger Geld gebraucht wird, aber man muss sich schon fragen, wie diese Diskrepanz zwischen Veranschlagung und Abrechnung zustande kommt.

Eine weitere Frage bezieht sich auf den Rundfunkbeirat, auf den sich die Kapitel 13 und 16 beziehen. Das Kapitel 13 betrifft die Tätigkeit des Landesbeirates für Rundfunkwesen, das Kapitel 16 betrifft die Entschädigung und Vergütung für den Präsidenten. In den letzten Tagen haben wir den Bericht des Landesrundfunkbeirates

bekommen, und, wenn ich richtig gelesen habe, so hat es im letzten Jahr ganze zwei Sitzungen gegeben! Ich weiß, dass der Rundfunkbeirat eine sehr wichtige Institution ist, weshalb ich mir dessen Tätigkeit schon etwas anders vorstellen würde.

Wie gesagt, die Abschlussrechnung des Südtiroler Landtages ist sehr sorgfältig und übersichtlich gestaltet.

**PRESIDENTE:** Ringrazio coloro che hanno ritenuto di prendere la parola e che hanno letto con tanta attenzione il rendiconto del nostro Consiglio. Credo sia molto importante che siamo noi i primi che ce ne occupiamo e pretendiamo la trasparenza dal nostro bilancio e guardiamo con attenzione come sono spesi i soldi che sono dati per il nostro funzionamento.

Sottolineo il fatto che non sempre per il funzionamento del Consiglio è opportuno il risparmio di per sé. Ritengo che le spese vadano fatte laddove dei settori debbano essere rafforzati per funzionare bene. Ad esempio questo aumento che c'è stato del numero dei giuristi credo sia un contributo importante che col tempo si potrà apprezzare con il miglioramento dell'attività dei consiglieri stessi. E' sempre stata mia intenzione cercare di risparmiare laddove non è indispensabile spendere.

Vado in ordine secondo i capitoli che sono stati nominati da coloro che sono intervenuti. Parto dal capitolo 4. E' vero, queste spese sono previste, sono gli 8 mila km che i consiglieri possono spendere a loro discrezione. Sta ad ogni consigliere quello di non utilizzare obbligatoriamente tutti questi km, se possibile, però queste spese debbano essere rimborsate.

La consigliera Klotz chiedeva spiegazione del 13% delle spese sul capitolo 4 per i parcheggi. Sono parcheggi solo per i consiglieri.

Il cap. 6 riguarda il nostro convegno sui dieci anni dalla chiusura della controversia. Non sono d'accordo sul fatto che la scelta dei relatori non fosse stata equilibrata. Credo ancora che sia stata una buona iniziativa, tanto è vero che per fare gli atti si sono impegnate due tra le più importanti case editrici, una italiana e una tedesca, che non avrebbero accettato se il contenuto scientifico e il grande interesse di questo convegno non ci fosse stato. Anche qui si è cercato di avere il meglio con la spesa più bassa possibile.

Per quello che riguarda il cap. 10 sugli opuscoli ecc., era necessario un rinnovamento, almeno nel materiale cartaceo che dà informazione sul Consiglio. Anche qui abbiamo cercato di trovare un modo. Prima c'erano questi grandi quaderni piuttosto pesanti e poco utilizzabili. Abbiamo scelto questa forma piccola che uno si può anche mettere in tasca. Abbiamo deciso anche di fare vedere l'arte in Consiglio, almeno le opere poste nelle sale pubbliche. Adesso abbiamo fatto un nuovo opuscolo sul Tribunale di Giustizia Amministrativa, e ho visto che sono molto graditi. Ne abbiamo già distribuiti molti, li abbiamo già dovuti ristampare.

Per quello che riguarda lo Statuto in inglese, era un'esigenza che personalmente sentivo da tanto tempo, perché ogni qual volta viene una delegazione che non

può comunicare né in italiano né in tedesco, c'è bisogno della lingua internazionale. Alcuni rapporti li abbiamo, io magari ne ho di più di altri, ne ha richiesti molti l'Accademia Europea, ce li ha richiesti la Regione, l'Università della Pace di Rovereto. Come sapete, lo Statuto d'autonomia è considerato un modello di riferimento, che viene studiato da moltissime minoranze in tutto il mondo. Quindi copie in inglese autentiche, con una qualità, sono importanti per i rapporti e per permettere a minoranze che non conoscono l'italiano e il tedesco, di essere informate.

Per quello che riguarda le lingue voglio anche dire che abbiamo messo in cantiere, laddove non l'abbiamo ancora fatto, di fare queste pubblicazioni anche in ladino. Il ritardo con cui sta uscendo dipende dai tempi dei traduttori a cui abbiamo affidato la traduzione che hanno bisogno di tempi un po' lunghi. Abbiamo anche fatto l'informazione sul Consiglio nella nuova lingua standard, perché questo era un po' il desiderio, invece che farlo metà in badioto, metà in gardenese, per dare un documento in qualche modo istituzionale, dove ci possono essere termini ecc, che possono aiutare la verifica e l'incentivo di questa lingua. Gli opuscoli sono molto graditi anche dalle scuole che quando vengono ce li chiedono, quindi pensiamo di aver fatto un bel lavoro. Abbiamo anche speso molto poco, perché siamo stati fortunati, siamo riusciti a trovare un grafico che ha dato il risultato qualitativamente migliore con un prezzo molto basso, ce lo hanno detto degli esperti.

Sul capitolo 11 il consigliere Leitner chiedeva qualcosa. Il risparmio è dovuto al fatto che Giancarlo Bolognini, che è il nostro eletto nella commissione dei sei, non è più presidente, quindi non ha più diritto all'indennità ma solo la rimborso delle spese. Poi forse la commissione non ha fatto tante sedute.

Sul capitolo 12 che riguarda le nostre adesioni alle organizzazioni, la consigliera Klotz ha chiesto quali vantaggi abbiamo dall'adesione a queste organizzazioni nazionali e internazionali. La quota associativa del Consiglio alla Conferenza dei presidenti dell'Assemblea, dei consigli regionali e dei consigli delle province autonome non è molto alta. Particolarmente negli ultimi due anni l'attività di questa Conferenza è stata importantissima. La riforma del titolo V della Costituzione e anche il progetto di federalizzazione dell'Italia fa sí che ci si trovi in una fase di attuazione di una riforma costituzionale che però contiene molti aspetti aperti. In questi due anni la Conferenza dei presidenti delle assemblee ha lavorato per far sentire la voce delle assemblee, affinché le regioni, quindi anche la nostra Provincia, non venissero rappresentati esclusivamente con la voce dei presidenti delle Giunte. E' molto importante perché soprattutto nel momento in cui tutte le altre regioni ottengono un incremento di competenze in tutte le materie salvo quelle che vengono riservate allo Stato, nella definizione dei ruoli e dei poteri ai vari livelli siano sentite anche le voci delle assemblee. Ritengo che l'adesione che c'è sempre stata alla Conferenza dei presidenti del Consiglio regionali sia importante.

Vorrei anche aggiungere che l'anno scorso sono state organizzate da parte della Conferenza dei presidenti dei Consigli regionali due conferenze delle regioni nei

quali sono stati coinvolti anche rappresentanti dell'assemblea, che abbiamo nominato noi, che sono il consigliere Leitner e il vicepresidente Thaler, e che hanno riguardato questioni estremamente importanti per valorizzare il ruolo delle assemblee.

La seconda organizzazione di cui facciamo parte è l'Osservatorio legislativo interregionale a cui partecipano i giuristi del nostro ufficio legislativo e legale che è il modo principale con cui si possono aggiornare. Questo diventa oggi ancora più importante perché non essendoci più il visto del Governo sulle nostre leggi, siamo noi gli ultimi responsabili. E' importante quindi che la qualità della nostra legislazione sia la più elevata possibile e anche in questo Osservatorio si può imparare molto su questi aspetti.

Il terzo punto è l'istituto europeo dell'Ombudsmann. Il nostro difensore civico ne fa parte, quindi è ovvio che anche noi partecipiamo.

Il consigliere Leitner ha chiesto poi del capitolo 13, indennità del presidente del Co.re.Rat. E' di circa 1000 euro mensili. Poi ci sono spese di viaggio. Siamo in una situazione in cui il vecchio comitato rimane in vigore fino a quando non c'è quello nuovo. Noi abbiamo fatto la legge nel maggio dell'anno scorso. Il nuovo comitato andava nominato entro due mesi, ma è passato un anno, sapete quali sono le difficoltà, ma sapete anche che c'è in atto un ricorso del Governo alla Corte Costituzionale specialmente sul punto del vicepresidente che verrebbe nominato dalla Giunta, non solo il presidente. Ho sentito stamattina che un paio di settimane fa c'è stata l'udienza innanzi alla Corte costituzionale, quindi fra qualche settimana ci sarà la sentenza e sapremo regolarci meglio. Nulla ci impediva di nominarlo già un anno fa, però abbiamo aspettato fino adesso, e allora vi informo anche su questi aspetti. Connesso a questa situazione, abbiamo dovuto mettere nel bilancio di previsione dello scorso anno le eventuali spese per gli uffici, gli stipendi ecc., che però non sono state spese perché il Comitato non è entrato in funzione. Sono poi spese che verranno gestite in modo separato rispetto a quelle del Consiglio provinciale proprio perché è richiesta al comitato una notevole autonomia per poter esercitare la sua funzione e le deleghe, che verranno fatte dall'Authority. Un paio di settimane fa l'Authority della comunicazione ha deciso che darà le deleghe però le potrà dare solo a quelle regioni che hanno il comitato nuovo insediato e funzionante. C'è una ragione in più molto importante proprio di diritto dei cittadini di avere un organo di controllo così significativo, che ci dovrebbe spingere ad avere questo strumento.

Il capitolo 14 prevede la legge 626 che detta le norme per la sicurezza, che vuol dire dalle lampade ai posti di lavoro, la distanza fra i computer ecc. Abbiamo fatto una serie di interventi per adeguare l'altezza delle scrivanie, la distanza dei computer, abbiamo dovuto prendere in alcuni casi monitor sottili perché non c'era spazio sufficiente, abbiamo dovuto in alcuni casi anche cambiare i mobili. Devo comunicarVi anche che da qualche mese abbiamo rinunciato alla collaborazione della dottoressa Moruzzi che era l'esperta esterna, e abbiamo affidato, per un periodo di prova, alla signora Kofler, quindi una dipendente del Consiglio, la responsabilità di questo settore.

Questo ci fa risparmiare un po', ma fra qualche mese faremo una verifica, perché vogliamo essere sicuri che la garanzia della sicurezza non venga messa in discussione, perché la sicurezza e la salute dei lavoratori/lavoratrici è una cosa fondamentale.

Sul capitolo 33 c'è un grande risparmio perché le automobili sono state usate pochissimo rispetto alla previsione che avevamo fatto sulla base dell'uso che era stato fatto nell'anno precedente. Come voi sapete, la Vostra presidente si muove in bicicletta e in treno, poi abito anche a Bolzano, e anche questo aiuta.

Per quanto riguarda il capitolo 41, posso dirVi che c'è solo un posto di giornalista in pianta organica. Noi però abbiamo bisogno di due giornalisti, uno per lingua. Per quanto riguarda questo secondo posto per l'attività di informazione in lingua italiana, adesso abbiamo un pubblicitista e una giornalista a metà tempo ciascuno che coprono tutto l'orario per poter dare informazione adeguata. Mi permetto anche di dire che esiste una legge del 2000, la n. 150 sulla comunicazione pubblica, che detta norme sulla necessità che gli enti pubblici e in particolare gli enti istituzionali, le assemblee legislative ecc. si dotino del personale sufficiente, degli strumenti che possono permettere una migliore informazione e comunicazione. L'informazione è quella che si dà sull'attività che viene svolta, la comunicazione è la possibilità per il cittadino di entrare e di partecipare a sua volta. Questa legge non è stata recepita, a io ho cercato, per quello che mi è stato possibile, di tenere conto di questi importanti principi che cercano di aprire l'attività dell'assemblea legislativa alla partecipazione dei cittadini, che è uno dei grandi problemi della democrazia ma che deve essere affrontato non solo con le grandi dichiarazioni ma anche con le piccole cose che permettono di avvicinare la politica ai cittadini. Anche gli opuscoli che abbiamo fatto avevano l'intenzione di informare meglio, ma informare e comunicare sono due aspetti diversi che hanno la stessa finalità e la stessa intenzione.

Credo di aver risposto a tutte le domande che sono state fatte, quindi passiamo alla votazione: 4 astensioni e i restanti voti favorevoli. Il conto consuntivo del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno 2002 finanziario è approvato.

**Punto 135) dell'ordine del giorno: “Proposta di deliberazione: Ratifica della delibera della Giunta provinciale del 24.2.2003, n. 592: Corte Costituzionale – impugnazione della legge 27 dicembre 2002, n. 289 – legge finanziaria dello Stato 2003”.**

**Punkt 135 der Tagesordnung: “Beschlussvorschlag: Ratifizierung des Beschlusses der Landesregierung vom 24.2.2003, Nr. 592: Verfassungsgerichtshof – Anfechtung des Gesetzes vom 27. Dezember 2002, Nr. 289 – staatliches Finanzgesetz 2003”.**

Do lettura della delibera della Giunta provinciale del 24.2.2002, n. 592.

*Corte Costituzionale – impugnazione della legge 27 dicembre 2002, n. 289 – legge finanziaria dello Stato 2003*

*Nel supplemento ordinario alla Gazzetta Ufficiale della Repubblica n. 305 del 31 dicembre 2002 è pubblicata la legge 27 dicembre 2002, n. 289, recante “Disposizioni per la formazione del bilancio annuale e pluriennale dello Stato (legge finanziaria 2003)”.*

*L’articolo 24 di tale legge detta dettagliate norme in materia di acquisto di beni e servizi da parte delle amministrazioni aggiudicatrici, quali individuate nell’articolo 1 del decreto legislativo 24 luglio 1992, n. 358, e successive modifiche, e nell’articolo 2 del decreto legislativo 17 marzo 1995, n. 157, e successive modificazioni.*

*Il secondo periodo del comma 18 dell’articolo 29 di tale legge, invece, disciplina l’ipotesi del mancato d’accordo entro il 31 marzo di ogni anno tra le Province di Trento e di Bolzano ed il Ministero dell’economia e delle finanze relativo alle determinazioni del livello delle spese correnti e dei relativi pagamenti per gli esercizi 2003, 2004 e 2005 al fine del concorso, delle province agli obiettivi di finanza pubblica, prevedendo la determinazione unilaterale da parte del Ministero dell’economia e delle finanze dei flussi di cassa Stato-province e, quindi, sottoponendo la loro gestione finanziaria ai poteri statali.*

*In forza degli articoli 8, comma 1, cifra 1), 9, comma 1, cifra 10) e 16 dello Statuto di autonomia e delle relative norme di attuazione (in particolare d.P.R. 28 marzo 1975, n. 474, e successive modifiche), la Provincia autonoma di Bolzano ha competenza legislativa esclusiva in materia di ordinamento degli uffici provinciale e personale ad essi adde-  
tato e concorrente in materia di igiene e sanità e vi esercita anche le funzioni amministrative.*

*Inoltre, ai sensi del titolo VI dello Statuto di autonomia, come modificato dalla legge 30 novembre 1989, n. 386, e relative norme di attuazione (decreto legislativo 16 marzo 1992, n. 268), la Provincia autonoma di Bolzano, in relazione alle competenze di cui agli articoli 8 e 9 dello stesso Statuto, è dotata di autonomia finanziaria.*

*È evidente che la materia delle procedure di scelta del contraente da parte delle pubbliche amministrazioni è da considerarsi strumentale rispetto all’esercizio di funzioni riconducibili alle più diverse materie, per cui è da ricondursi in quella di ordinamento degli uffici, di esclusiva competenza della Provincia autonoma di Bolzano.*

*Siccome tale materia è da ricondursi in quella dell’ordinamento degli uffici e siccome in forza dell’articolo 117, secondo comma, lettera g), della Costituzione, come sostituito dall’articolo 3 della legge costituzionale 18 ottobre 2001, n. 3, lo Stato ha competenza legislativa esclusiva unicamente in materia di ordinamento e organizzazione amministrativa dello Stato stesso e degli enti pubblici nazionali, non compete allo Stato disciplinare la materia per gli enti diversi da quelli di cui alla predetta norma.*

*E dal momento che lo Stato non ha competenza legislativa, né esclusiva né concorrente, allo stesso non compete nemmeno la determinazione dei principi fondamentali.*

*Ne consegue che l’articolo 24 della legge n. 289 del 2002 viola le competenze della Provincia autonoma di Bolzano, in quanto dette norme, peraltro molto minuziose, in una materia di esclusiva competenza della Provincia autonoma di Bolzano.*



*E le disposizioni contenute nel secondo periodo del comma 18 dell'articolo 29 di tale legge n. 289 del 2002, oltre ad essere anch'esse lesive delle competenze provinciali in materia di ordinamento degli uffici provinciali e del personale ad essi addetto, ledono l'autonomia finanziaria di cui è dotata la Provincia autonoma di Bolzano.*

*Pertanto si rende necessario impugnare le predette disposizioni innanzi alla Corte Costituzionale e, stante l'urgenza, di avvalersi del potere di cui all'articolo 54, comma 1, cifra 7), del d.P.R. 31 agosto 1972, n. 670.*

*Un tanto premesso e visti l'articolo 127, secondo comma, della Costituzione, come sostituito dall'articolo 8 della legge costituzionale n. 3 del 2001, l'articolo 10 della legge costituzionale n. 3 del 2001, l'articolo 98 del d.P.R. 31 agosto 1972, n. 670, nonché gli articoli 31, 32, 34 e 36 della legge 31 marzo 1953, n. 87*

**LA GIUNTA PROVINCIALE**

*delibera*

*ad unanimità di voti espressi nei modi di legge*

- a) *di impugnare dinanzi alla Corte Costituzionale l'articolo 24 e l'articolo 29, comma 18, secondo periodo, della legge 27 dicembre 2002, n. 289, per violazione degli articoli 8, comma 1, cifra 1), 9, comma 1, cifra 10) e 16 nonché del titolo VI dello Statuto speciale per il Trentino Alto Adige, nel testo approvato con decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670, e successive modifiche, nonché delle relative norme di attuazione (in particolare d.P.R. 28 marzo 1975, n. 474, e decreto legislativo 16 marzo 1992, n. 268), nonché per violazione del titolo V della parte seconda della Costituzione, come modificato dalla legge costituzionale 18 ottobre 2001, n. 3, il cui articolo 10 estende le disposizioni anche alla Provincia autonoma di Bolzano, in quanto più favorevoli;*
- b) *di affidare la rappresentanza e la difesa della Provincia autonoma di Bolzano nel relativo giudizio, al Prof. Aff. Roland Riz di Bolzano ed al Prof. Avv. Sergio Panunzio di Roma, congiuntamente e disgiuntamente, e di eleggere domicilio presso quest'ultimo in Roma, Studio legale Panunzio e Romano, Via Vittorio Emanuele II n. 284, autorizzando il Presidente della Provincia a rilasciare ai medesimi le occorrenti procure;*
- c) *di trasmettere copia della presente deliberazione al Presidente del Consiglio provinciale, affinché venga sottoposta per la ratifica del Consiglio stesso nella prima seduta successiva, ai sensi e per gli effetti di cui all'articolo 54, comma 1, cifra 7) del d.P.R. 31 agosto 1972, n. 670.*

-----

*Verfassungsgerichtshof – Anfechtung des Gesetzes vom 27. Dezember 2002, Nr. 289 – staatliches Finanzgesetz*

*Im Ordentlichen Beiblatt zum Gesetzesanzeiger der Republik Nr. 305 vom 31. Dezember 2002 ist das Gesetz vom 27. Dezember 2002, Nr. 289, "Bestimmungen über das Erstellen des jährlichen und des mehrjährigen Haushalts des Staates (Finanzgesetz 2003)", veröffentlicht.*

*Artikel 24 dieses Gesetzes enthält detaillierte Bestimmungen auf dem Sachgebiet Beschaffung von Gütern und Diensten von Seiten der*

*auftraggebenden Verwaltungen, wie sie von Artikel 1 des Legislativdekretes vom 24. Juli 1992, Nr. 385, in geltender Fassung, und von Artikel 2 des Legislativdekrets vom 17. März 1995, Nr. 157, in geltender Fassung, bestimmt sind.*

*Artikel 29 Absatz 18 zweiter Satz dieses Gesetzes sieht hingegen vor, dass, sofern innerhalb vom 31. März eines jeden Jahres kein Einvernehmen zwischen den Ländern Bozen und Trient und dem Ministerium für Wirtschaft und Finanzen zur Festsetzung der laufenden Ausgaben und der entsprechenden Zahlungen für die Haushaltsjahre 2003, 2004 und 2005 hergestellt wird, um die Ländern an den Zielen der öffentlichen Finanzen zu beteiligen, das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen der Kassenflüsse zwischen Staat und Ländern einseitig festlegt, wodurch deren finanzielle Gebarung der Staatsgewalt unterworfen wird.*

*Aufgrund der Artikel 8 Absatz 1 Ziffer 1), 9 Absatz 1 Ziffer 10) und 16 des Autonomiestatutes für Trentino/Südtirol, im mit Dekret des Präsidenten der Republik vom 31. August 1972, Nr. 670, genehmigten Text, und der entsprechenden Durchführungsbestimmungen (insbesondere D.P.R. 28. März 1975, Nr. 474, in geltender Fassung), hat das Land Südtirol ausschließliche Gesetzgebungsbefugnisse auf dem Sachgebiet Ordnung der Landesämter und des zugeordneten Personals und konkurrierende Gesetzgebungsbefugnisse auf dem Sachgebiet Hygiene und Gesundheitswesen und übt auch die Verwaltungsbefugnisse aus.*

*Außerdem ist das Land Südtirol aufgrund des VI. Abschnittes des Autonomiestatuts, geändert durch das Gesetz vom 30. November 1989, Nr. 386, und der entsprechenden Durchführungsbestimmungen (Legislativdekret vom 16. März 1992, Nr. 268) mit Bezug auf die Zuständigkeiten laut den Artikel 8 und 9 desselben Statuts mit Finanzautonomie ausgestattet.*

*Es ist klar, dass das Sachgebiet der Verfahren für die Wahl des Vertragspartners seitens der öffentlichen Verwaltung in Bezug auf die einzelnen Sachgebiete als Mittel zum Zweck zu betrachten ist und somit dem Sachgebiet der Ämterordnung zuzuordnen ist, für welches ausschließlich das Land Südtirol zuständig ist.*

*Nachdem somit dieses Sachgebiet dem Sachgebiet der Ämterordnung zuzuordnen ist und nachdem der Staat, aufgrund von Artikel 117 zweiter Absatz Buchstabe g) der Verfassung, ersetzt durch Artikel 3 des Verfassungsgesetzes vom 18. Oktober 2001, Nr. 3, nur auf dem Sachgebiet Aufbau und Organisation der Verwaltung des Staates und der gesamtstaatlichen öffentlichen Körperschaften ausschließliche Gesetzgebungsbefugnis besitzt, steht es nicht dem Staat zu, dieses Sachgebiet auch für andere Körperschaften als jene, die in dieser Bestimmung angeführt sind, zu regeln.*

*Angesichts des Umstandes, dass der Staat weder ausschließliche noch konkurrierende Gesetzgebungsbefugnis besitzt, ist der staatliche Gesetzgeber auch nicht befugt, wesentliche Grundsätze festzusetzen. Somit verletzt Artikel 24 des Gesetzes Nr. 289/2002 die Zuständigkeiten der Autonomen Provinz Bozen, da er, noch dazu, sehr detaillierte Bestimmungen auf einem Sachgebiet enthält, für welches ausschließlich das Land Südtirol zuständig ist.*

*Und die in Artikel 29 Absatz 18 zweiter Satz des Gesetzes Nr. 289/2002 enthaltenen Bestimmungen verletzen nicht nur die Zuständigkeiten des Landes auf dem Sachgebiet der Ordnung der Landesämter und des zugeordneten Personals, sondern vor allem die Finanzautonomie des Landes.*

*Somit ist es notwendig, besagte Bestimmungen vor dem Verfassungsgerichtshof anzufechten und sich aufgrund der Dringlichkeit der Befugnis laut Artikel 54 Absatz 1 Ziffer 7) des D.P.R. vom 31. August 1972, Nr. 670, zu bedienen.*

*Dies vorausgeschickt und gestützt auf Artikel 127 Absatz 2 der Verfassung, ersetzt durch Artikel 8 des Verfassungsgesetzes Nr. 3/2001, Artikel 10 des Verfassungsgesetzes Nr. 3/2001, Artikel 98 des D.P.R. vom 31. August 1972, Nr. 670, und die Artikel 31, 32, 34 und 36 des Gesetzes vom 11. März 1953, Nr. 87,*

*beschließt*

#### **DIE LANDESREGIERUNG**

*mit Stimmenmehrheit, die in gesetzlich vorgeschriebener Weise zum Ausdruck gebracht wurde,*

- a) Artikel 24 und Artikel 29 Absatz 18 zweiter Satz des Gesetzes vom 27. Dezember 2002, Nr. 289, vor dem Verfassungsgerichtshof anzufechten, und zwar wegen Verletzung der Artikel 8 Absatz 1 Ziffer 1), 9 Absatz 1 Ziffer 10), und 16 sowie des VI. Abschnittes des Autonomiestatutes für Trentino/Südtirol, im mit Dekret des Präsidenten der Republik vom 31. August 1972, Nr. 670, genehmigten Text, und der entsprechenden Durchführungsbestimmungen (insbesondere D.P.R. vom 28. März 1975, Nr. 474 und Legislativdekret vom 16. März 1972, Nr. 268) und wegen Verletzung des V. Titels des zweiten Teils der Verfassung, wie er aufgrund des Verfassungsgesetzes vom 18. Oktober 2001, Nr. 3, geändert wurde, dessen Artikel 10 die Bestimmungen auch auf das Land Südtirol ausdehnt, sofern günstiger,*
- b) mit der Vertretung und Verteidigung der Autonomen Provinz Bozen im entsprechenden Verfahren Prof. RA Dr. Roland Riz aus Bozen und Prof. RA Dr. Sergio Panunzio aus Rom, einzeln und zusammen, zu betrauen und das Domizil bei letzterem in Rom, Rechtsanwaltskanzlei Panunzio und Romano, Via Vittorio Emanuele II Nr. 284, zu erwählen, und den Landeshauptmann zu ermächtigen, diesen Verteidigern die nötigen Vollmachten zu erteilen.*
- c) eine beglaubigte Ablichtung des gegenständlichen Beschlusses dem Präsidenten des Südtiroler Landtages zu übermitteln, damit dieser in der ersten darauffolgenden Sitzung dem Landtag zur Ratifizierung im Sinne und für die Wirkung von Artikel 54 Absatz 1 Ziffer 7) des D.P.R. vom 31. August 1972, Nr. 670, vorgelegt wird.*

Do lettura della proposta di deliberazione.

*Ratifica della delibera della Giunta provinciale del 24.2.2003, n. 592: Corte Costituzionale – Impugnazione della legge 27 dicembre 2002, n. 289, recante “Disposizioni per la formazione del bilancio annuale e pluriennale dello Stato (legge finanziaria 2003)”*

*Vista ed esaminata la deliberazione della Giunta provinciale n. 592 del 24.2.2003, adottata in via d'urgenza ai sensi dell'articolo 54, numero 7, dello Statuto di autonomia, avente per oggetto: Corte Costituzionale – Impugnazione della legge 27 dicembre 2002, n. 289, recante “Disposizioni per la formazione del bilancio annuale e pluriennale dello Stato (legge finanziaria 2003)”*

*visti gli articoli 54, numero 7, e 98 dello Statuto di autonomia;*

*vista la legge 27 dicembre 2002, n. 289;*

*ritenuti validi tutti i motivi addotti a sostenere dell'impugnazione;*

*visti l'articolo 127 della Costituzione, l'articolo 10 della legge costituzionale 18 ottobre 2001, n. 3, e l'articolo 32 della legge 11 marzo 1953, n. 87;*

*visto l'articolo 84 del Regolamento interno del Consiglio provinciale;*

*tutto ciò premesso,*

**IL CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO**

*delibera*

- 1. di ratificare ai sensi e per gli effetti di cui all'articolo 54, numero 7, e all'articolo 98 dello Statuto di autonomia l'operato della Giunta provinciale, così come posto con la deliberazione citata nelle premesse.*

-----

*Ratifizierung des Beschlusses der Landesregierung vom 24.2.2003, Nr. 592: Verfassungsgerichtshof – Anfechtung des Gesetzes vom 27. Dezember 2002, Nr. 289 “Bestimmungen über das Erstellen des jährlichen und mehrjährigen Haushaltes des Staates (Finanzgesetz 2003)”*

*Nach Einsichtnahme in den Beschluss der Landesregierung Nr. 592 vom 24.2.2003, der im Dringlichkeitswege im Sinne des Artikels 54 Ziffer 7 des Autonomiestatuts gefasst wurde und folgendes zum Inhalt hat: Verfassungsgerichtshof – Anfechtung des Gesetzes vom 27. Dezember 2002, Nr. 289 “Bestimmungen über das Erstellen des jährlichen und mehrjährigen Haushaltes des Staates (Finanzgesetz 2003)” nach Einsichtnahme in Artikel 54 Ziffer 7 und Artikel 98 des Autonomiestatutes;*

*nach Einsichtnahme in das Gesetz vom 27. Dezember 2002, Nr. 289; angesichts der Stichhaltigkeit der für die Anfechtung angeführten Gründe;*

*nach Einsichtnahme in Artikel 127 der Verfassung, in Artikel 10 des Verfassungsgesetzes vom 18. Oktober 2001, Nr. 3 und in Artikel 32 des Gesetzes vom 11. März 1953, Nr. 87;*

*nach Einsichtnahme in Artikel 84 der Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages;*

*dies vorausgeschickt,*

*beschließt*

**DER SÜDTIROLER LANDTAG**

- 1. im Sinne und für die Wirkungen gemäß Artikel 54 Ziffer 7 und Artikel 98 des Autonomiestatutes die Vorgangsweise der Landesregierung zu ratifizieren, wie sie aus dem in den Prämissen erwähnten Beschluss ersichtlich ist.*

Ha chiesto intervenire la consigliera Klotz, ne ha facoltà.

**KLOTZ (UFS):** Frau Präsidentin, ich hätte einige Fragen an den Landeshauptmann gehabt.

**PRESIDENTE:** Risponderà l'assessore Di Puppo.

**KLOTZ (UFS):** Ich verstehe schon, aber ich hätte an Landeshauptmann Durnwalder einige Fragen politischer Natur gehabt. Soweit ich mitbekommen habe, ist Landeshauptmann Durnwalder ja extra hergekommen, damit wir diesen Tagesordnungspunkt behandeln können.

**PRESIDENTE:** Non mi è stato detto niente. Il Vicepresidente sostituisce il Presidente. È tutto regolare.

**KLOTZ (UFS):** Sicher ist es regulär, aber man hat den Eindruck, dass eher Landeshauptmann Durnwalder als Landesrat Di Puppo zu Gesprächen nach Rom fährt.

Ich werde mit meiner Stellungnahme beginnen und möchte gleich zu Beginn sagen, dass wir solche Anfechtungen zunehmend ernster nehmen sollten. Wenn zwischen Land und Staat also kein Einvernehmen herrscht, dann kann der Staat einseitig festlegen, welche Beträge überwiesen werden. Diese Anfechtung besteht aber nicht nur aus diesem Teil. Ich sehe, dass auch der Artikel 24 des staatlichen Finanzgesetzes angefochten wird, in welchem es um die Beschaffung von Gütern und Diensten von Seiten der auftraggebenden Verwaltungen geht. Um was handelt es sich hier?

Auch der Artikel 29 des staatlichen Finanzgesetzes wird angefochten. Es ist vom Einvernehmen zwischen den Ländern Bozen und Trient und dem Ministerium für Wirtschaft und Finanzen zur Festsetzung der Grenzen der laufenden Ausgaben und der entsprechenden Zahlungen für die Haushaltsjahre die Rede. Um welche Vorgänge handelt es sich hier? Auch in Bezug auf die Verletzung gemäß Artikel 8 Absatz Ziffer 1 des Autonomiestatutes gibt es eine Anfechtung. Derselbe betrifft die primäre Gesetzgebungsbefugnis auf dem Sachgebiet Ordnung der Landesämter und des zugeordneten Personals und die konkurrierende Gesetzgebungsbefugnis auf dem Sachgebiet Hygiene und Gesundheitswesen. Was ist hier geschehen? Das steht ja nicht in direktem Zusammenhang mit dem Artikel 29 des staatlichen Finanzgesetzes.

Der Artikel 29 Absatz 18 zweiter Satz verletzt Bestimmungen nicht nur betreffend die Zuständigkeit des Landes auf dem Sachgebiet "Ordnung der Landesämter" und des zugeordneten Personals, sondern auch die Finanzautonomie. Das ist wahrscheinlich eine Wiederholung, aber ich möchte schon in Erfahrung bringen, um welche konkreten Verletzungen es hier geht. Herr Landesrat, ich ersuche Sie um eine detaillierte Erläuterung mit den praktischen Auswirkungen, denn das, was ich aus Zeitungen erfahren habe, genügt mir nicht, um zu verstehen, was da alles zusammenhängt.

VORSITZ DES VIZEPRÄSIDENTEN:

**HERMANN THALER**

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE:

**PRÄSIDENT:** Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine. Dann erteile ich Landesrat Di Puppo das Wort für die Replik.

**DI PUPPO (Assessore all'industria, trasporti, finanze e bilancio – Popolari – Alto Adige Domani):** Ringrazio l'interrogante che mi consente di illustrare meglio una relazione che è un po' troppo sintetica.

In realtà con l'ultima finanziaria sono stati più gli articoli che sono stati oggetto di critica da parte delle Regioni e delle Province autonome di Trento e di Bolzano. Da parte delle Regioni perché con la modifica del titolo V della Costituzione anche per loro si è affacciata la competenza in materia di acquisti di beni e servizi, così come la regolazione dei flussi di cassa per le funzioni delegate. Certo la materia per le regioni a statuto ordinario ha bisogno ancora di una ridefinizione in termini regolamentari per cui c'è in corso un fitto lavoro con il governo e c'è in preparazione un disegno di legge detto "disegno di legge La Loggia" che tenta di definire questo ambito di divisione delle competenze, dei ruoli fra lo Stato e le regioni. Ma nel caso specifico delle province autonome e delle regioni a statuto speciale, la questione non si pone perché la competenza era già preordinata. Di conseguenza vi era già una linea di demarcazione netta fra le cose che doveva fare lo Stato e le cose che dovevano fare le regioni e le province autonome nel caso nostro. In particolare due articoli a noi sono sembrati impattare violentemente rispetto ad una consolidata prassi interpretativa delle competenze della Provincia rispetto a quelle dello Stato. La prima all'art. 24 fa proprio riferimento alla possibilità di organizzare gli acquisti di beni e di servizi. In pratica tutto ciò che la Provincia necessita per il funzionamento del proprio sistema ma anche degli enti pubblici da essa dipendenti, in quanto nella finanziaria lo Stato chiarisce che le amministrazioni, e in queste comprende le regioni e le province autonome e gli enti da esse dipendenti, quando la soglia di acquisto supera un certo importo, cioè la soglia di 200 mila unità di prelievo - è l'unità di riferimento e di prelievo dalla cassa depositi e prestiti, è un dato tecnico - non possono più organizzare e bandire autonomamente delle gare di acquisto, ma devono andare ad un livello centralizzato di bando di gara pubblica. Con questo viene sottratta alla Provincia una competenza che si lega strettamente con la possibilità finanziaria, con la definizione dei compiti degli uffici. Queste funzioni sono definite all'interno del nostro Statuto di autonomia, e qui sono richiamati gli articoli 8 e 9 dello Statuto di autonomia che con tutte quelle cifre vicino identificano esattamente i livelli di responsabilità. Infatti viene citato l'articolo 8, comma 1 cifra 1, e l'articolo 9, comma 1, cifra 10, che individuano esattamente queste competenze in capo alla Provincia autonoma. Ecco che allora nel momento in cui rileggiamo lo Statuto di autonomia per gli articoli citati ma anche le norme di attuazione succes-

sive, come ad esempio la 474 che risale nientemeno al 1975, una delle prime norme quindi, e da allora abbiamo questa consuetudine di gestire autonomamente i nostri acquisti, riscopriamo che la Provincia autonoma di Bolzano ha competenza legislativa esclusiva addirittura, nemmeno concorrenziale con lo Stato, in materia di ordinamento degli uffici provinciali e personale ad essi addetto, e concorrente in materia di igiene e sanità e vi esercita anche le funzioni amministrative. Per igiene e sanità, stando alla 474, noi abbiamo competenza concorrente, ma esercitiamo le funzioni amministrative.

L'altro elemento che viene preso in considerazione è l'articolo 29 con il quale si interviene ancora sul patto di stabilità che prevede un impegno dello Stato, delle Regioni, dei comuni e Province, di mantenere il livello della spesa corrente sotto il controllo in maniera tale da poter garantire ai partner europei il raggiungimento degli obiettivi di Maastricht e il loro mantenimento. Noi abbiamo accettato politicamente quell'impegno e ci siamo attenuti, però facendo salva la nostra prerogativa di provincia autonoma abbiamo sempre raggiunto l'intesa con lo Stato circa i flussi finanziari dallo Stato alla Provincia. Questo ormai dalla bellezza di tre anni, tant'è che nel 2002 fummo l'unica Provincia a ricevere la lettera del ragioniere generale dello Stato, allora il dott. Monorchio, che riconosceva che la Provincia autonoma di Bolzano aveva ottemperato all'impegno del patto di stabilità. e di conseguenza venivano stabilizzati i flussi finanziari dal Ministero del Tesoro alla Tesoreria provinciale. Quest'anno la finanziaria dice che questo accordo, quindi non più intesa, che devo definire, l'intesa vede un accordo paritetico, non vi è una posizione predominante, o si trova un accordo o non c'è nulla, ebbene, in questo caso l'articolo 29 introduce l'accordo addirittura con un termine, 31 marzo, superato il quale lo Stato decide autonomamente. Questa è una lesione gravissima della nostra autonomia per la quale addirittura l'articolo 29 è ancora più drastico, in quanto anche in questo caso viene proprio lesa l'autonomia finanziaria della Provincia. Oltre tutto siamo in una posizione di credito nei confronti dello Stato, in quanto facciamo riferimento a somme, riferite a bilanci precedenti, di oltre 5 mila miliardi di vecchie lire. Ferma restando la nostra correttezza per cui già in gennaio, approvato il bilancio provinciale, pubblicato sulla Gazzetta Ufficiale e definiti con gli uffici amministrativi della Provincia quali erano i fabbisogni di cassa per tutto il 2003, l'abbiamo tabellato mese per mese e le motivazioni - quindi stipendi, assicurazioni, canoni di affitto, pensioni, lavori pubblici ecc. - abbiamo chiesto al Ministero del Tesoro l'intesa. Questo è accaduto intorno al 27, 28 gennaio. L'altro ieri ci è arrivata la lettera dal nuovo ragioniere generale dello Stato che riconosce la correttezza dei conti ecc. presentati dalla Provincia che rispetta per la spesa corrente un incremento dell'1,66 e per la spesa di investimento dell'1,86 sull'esercizio precedente. Quindi ci dà il via libera per i flussi di cassa. Questo a dimostrazione del mantenimento della parola data da parte nostra e quindi la non necessità nei nostri confronti di una violenza di questo tipo che fa venir meno non solo il valore costituzionale della norma statutaria che prevede la nostra autonomia finanziaria ma anche una prassi consolidata di correttezza nel mantenimento degli impegni. Da qui discende la decisione della Giunta provinciale di

Bolzano, ma anche quella di Trento, quella di altre regioni a statuto speciale pur a colore di governo diverso dal nostro, di ricorrere alla Corte Costituzionale per riaffermare il valore della nostra autonomia in materia finanziaria.

**PRÄSIDENT:** Wir stimmen über den Beschlussvorschlag ab: mit 1 Nein-Stimme, 1 Stimmenthaltung und dem Rest Ja-Stimmen genehmigt.

Punkt 17 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 98/02: “Bestimmungen über Steinbrüche, Gruben und Torfstiche”*.

Punto 17) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 98/02: “Disciplina delle cave e delle torbiere”*.

Ich ersuche Landesrat Di Puppo um Verlesung des Begleitberichts.

**DI PUPPO (Assessore all'industria, trasporti, finanze e bilancio – Popolari – Alto Adige Domani):** *Le principali modifiche*

*Con il presente disegno di legge vengono apportate alcune modifiche alla legge n. 32/76 in vista della prossima approvazione del piano provinciale delle cave e torbiere.*

*In sintonia con i principi della LP n. 10/92 che prevede una chiara suddivisione fra il livello politico e quello amministrativo, i singoli compiti vengono affidati al Direttore della Ripartizione.*

*L'ambito di applicazione della legge viene esteso anche agli impianti di lavorazione mobili.*

*Vengono stabilite le cubature al di sotto delle quali l'attività estrattiva può essere svolta indipendentemente dall'inserimento nel piano cave del giacimento interessato.*

*Ai sensi della legge provinciale del 24 luglio 1998, n. 7, art. 3 comma 1, il progetto presentato viene sottoposto alla procedura VIA quando viene superata la soglia limite di 400.000 m<sup>3</sup> e a sensi dell'art. 3 comma 2, alla procedura di approvazione cumulativa della Conferenza dei direttori d'ufficio per progetti che non superano la succitata soglia e che però necessitano di più di 2 pareri in materia di tutela del paesaggio/ambiente.*

*Viene recepito il regolamento di esecuzione dell'attuale legge provinciale, che consente la lavorazione di materiali inerti provenienti da altre cave, sbancamenti, scavi, gallerie, fiumi, torrenti, rii o zone colpite da eventi naturali eccezionali, provenienti da una distanza non superiore a 15 km dall'impianto (DPP n. 52/95).*

*Viene introdotto il regime di proroga dell'auto-rizzazione che previa richiesta adeguatamente motivata consente il rilascio da parte del Direttore della Ripartizione provinciale Industria di una proroga non superiore a tre anni.*

*Si riconosce ai Comuni territorialmente interessati un onere di coltivazione, a titolo di indennizzo, per i disagi derivanti dall'attività estrattiva.*



*Vengono adeguati gli importi per le sanzioni amministrative, così come vengono adeguate annualmente all'indice ISTAT le cauzioni o fidejussioni bancarie richieste a garanzia dei lavori di coltivazione. È stato migliorato il testo legislativo reso più semplice ed accessibile per una migliore interpretazione.*

-----

*Die wichtigsten Abänderungen*

*Mit dem gegenständlichen Gesetzesentwurf werden einige Abänderungen des Landesgesetzes Nr. 32/76 in Hinblick auf die baldige Genehmigung des Landesabbauplanes für Gru-ben, Steinbrüche und Torfstiche vorgenommen.*

*Im Einklang mit den Grundsätzen des LG Nr. 10/92, welche eine klare Trennung zwischen Politik und Verwaltung vorsieht, sind alle Verwaltungsbefugnisse dem Direktor der Abteilung übertragen worden.*

*Der Anwendungsbereich des Gesetzes wird auch auf die mobilen Schotterverarbeitungsanlagen ausgedehnt.*

*Es wird festgelegt, welches Volumen, unabhängig von der Eintragung des Vorkommens im Landesabbauplan, abgebaut werden kann.*

*Im Sinne des Landesgesetzes vom 24. Juli 1998, Nr. 7, Art. 3, Absatz 1 unterliegt das eingereichte Projekt dem UVP Verfahren wenn der Schwellenwert von 400.000 m<sup>3</sup> überschritten wird und im Sinne des Art. 3, Absatz 2 dem Sammelgenehmigungsverfahren der Amtsdirektorenkonferenz wenn das Projekt unter dem obgenannten Schwellenwert liegt und für dasselbe die Erteilung von mehr als 2 Gutachten auf den Sachgebieten des Landschaft- bzw. Umweltschutzes erforderlich sind.*

*Es wird die Durchführungsverordnung zum derzeitigen Landesgesetz übernommen, welche die Verarbeitung von Inertmaterial, welches von anderen Gruben, Erdrutschen, Aushüben, Tunnel, Flüssen, Wildbächen, Bächen oder aus außergewöhnlichen Naturereignissen betroffenen Gebieten stammt, bis zu einer Entfernung von höchstens 15 km zur Anlage erlaubt (DLH Nr. 52/95).*

*Es wird ein Verfahren für die Verlängerung der Genehmigung neu festgelegt, welches vorsieht, dass auf entsprechend begründetem Antrag, der Direktor der Landesabteilung Industrie eine Verlängerung von höchstens 3 Jahren erteilen kann.*

*Es wird eine Abgabe zu Gunsten der betroffenen Gemeinden, als Entschädigung für die durch die Abbauarbeiten verursachten Beeinträchtigungen eingeführt.*

*Die Beträge der Verwaltungsstrafen werden neu geregelt. Die Kautionen bzw. Bankgarantien als Sicherstellung für die Wiederherstellungsarbeiten werden jährlich dem Verbraucherindex angeglichen.*

*Die Gesetzessprache wurde verbessert indem sie vereinfacht und leichter verständlich gestaltet wurde.*

**PRÄSIDENT:** Ich ersuche um Verlesung des Berichtes der dritten Gesetzgebungscommission.

**LAMPRECHT (SVP):** Die III. Gesetzgebungskommission ist am 2. Mai und 21. Juni 2002 zusammengetreten, um den obgenannten Gesetzentwurf zu behandeln. An den Arbeiten teilgenommen haben auch der Landesrat für Industrie, Dr. Michele Di Puppo, der Direktor der Abteilung für Industrie, Dr. Maurizio Bergamini Riccobon, und der Beamte des Amtes für industrielle Innovation, Paul Domanegg. In der Generaldebatte zeigten sich Abg. Pürgstaller sowie der Kommissionsvorsitzende erfreut über die Einbringung dieses Gesetzentwurfs, der nun für den Bereich Steinbrüche, Gruben und Torfstiche, der bisher vom Landesgesetz Nr. 32/1976 geregelt wurde, eine einheitliche Neuregelung vorsieht.

Landesrat Di Puppo kündigte an, dass die Landesregierung demnächst den Landesplan für den Betrieb von Steinbrüchen verabschieden wird, dessen Ausarbeitung sehr zeitaufwendig war, da zum ersten Mal eine Bestandsaufnahme sämtlicher Standorte durchgeführt und somit ein Inventar derselben angelegt wurde. Deshalb war es nötig – so der Landesrat – den Inhalt des fast 30 Jahre alten geltenden Gesetzes vollständig zu überarbeiten. Insbesondere wurden die Einzelheiten für die Anwendung des UVP-Verfahrens festgelegt und die Abbautätigkeit nach modernen Kriterien neu geregelt, zumal diese in den letzten Jahren in Südtirol zu einem neuen Industriezweig geworden ist.

Nach Abschluss der Generaldebatte wurde der Übergang zur Artikeldebatte einstimmig genehmigt.

Die einzelnen Artikel sowie die aus dem beigelegten Text ersichtlichen Änderungsanträge wurden wie folgt genehmigt:

Artikel 1 wurde mit 6 Jastimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

Artikel 2: Der von Abg. Pürgstaller eingebrachte Änderungsantrag, der auf eine Verringerung der höchstzulässigen Kubatur der Sand- und Schottergruben, die nicht in den Landesplan aufgenommen werden, vorsieht, wurde mit 3 Jastimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt; der so abgeänderte Artikel wurde einstimmig genehmigt.

Artikel 3 wurde mit 4 Jastimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Artikel 4 und 5 wurden mit 5 Jastimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

Artikel 6: In Absatz 8 wurde die höchstzulässige Kubatur der Sand- und Schottergruben an den von der Kommission abgeänderten Artikel 2 Absatz 3 angepasst; der Artikel wurde mit 4 Jastimmen bei 2 Gegenstimmen genehmigt.

Artikel 7 wurde mit 5 Jastimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

Artikel 8 wurde einstimmig genehmigt.

Artikel 9: Mit 3 Gegenstimmen bei 2 Jastimmen und 1 Enthaltung lehnte die Kommission einen vom Kommissionsvorsitzenden Lamprecht eingebrachten Ersatzantrag zu Absatz 6 ab, wonach die jährlich dem Rechtsinhaber der Konzession auf Basis der abbaubaren Materialmenge zu entrichtende Gebühr in der Durchführungsverordnung festgelegt wird.

Der Artikel wurde mit 4 Jastimmen bei 2 Gegenstimmen genehmigt.

Artikel 10: Der vom Vorsitzenden Lamprecht eingebrachte Änderungsantrag zu Absatz 1 wurde ebenso wie der entsprechend abgeänderte Artikel einstimmig genehmigt.

Artikel 11, 12, 13 und 14 wurden stimmenmehrheitlich mit 6 Jastimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

*Artikel 15: Abg. Pürgstaller kritisierte, dass die hier vorgesehenen Verwaltungsstrafen zu geringfügig seien, weshalb er einen von Abg. Seppi mitunterzeichneten Änderungsantrag vorlegte, durch welchen die unter Absatz 1 Buchstaben a) und b) vorgesehenen Strafen angehoben werden. Landesrat Di Puppò erklärte sich mit dem Änderungsantrag einverstanden, weil damit der abschreckende Effekt erhöht würde. Der Änderungsantrag wurde, ebenso wie der entsprechend abgeänderte Artikel, einstimmig genehmigt.*

*Artikel 16 wurde mit 6 Jastimmen bei 1 Gegenstimme genehmigt.*

*Artikel 17 und 18 wurden mit 6 Jastimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.*

*Artikel 19: Nach einer sprachlichen Korrektur im italienischen Text wurde der Artikel mit 6 Jastimmen bei 1 Gegenstimme genehmigt.*

*Ohne Erklärungen zur Stimmgabe wurde der Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit zur Endabstimmung gebracht und mit 4 Jastimmen (der Abg.en Baumgartner, Munter, Denicolò und Pürgstaller) bei 2 Gegenstimmen (der Abg.en Lamprecht und Seppi) genehmigt.*

-----

*La III commissione legislativa ha esaminato il disegno di legge nelle sedute del 2 maggio e del 21 giugno 2002.*

*Ai lavori hanno preso anche parte l'assessore all'industria, dott. Michele Di Puppò, il direttore della Ripartizione Industria, dott. Maurizio Bergamini Riccobon, e il funzionario dell'ufficio innovazione industriale, Paul Domanegg.*

*In sede di discussione generale il consigliere Pürgstaller e il presidente della commissione hanno espresso soddisfazione per la presentazione di questo disegno di legge che ridisciplina in maniera organica la materia delle cave e delle torbiere, finora regolata dalla legge provinciale n. 32/1976.*

*L'assessore Di Puppò ha preannunciato l'imminente approvazione, da parte della Giunta provinciale, del piano provinciale delle cave, la cui elaborazione ha richiesto molto tempo perché per la prima volta è stata fatta una piena ricognizione di tutti i siti, compiendo un inventario di questo patrimonio naturale della nostra provincia. L'operazione, ha spiegato l'assessore, ha comportato la necessità di ridefinire il contenuto della legge provinciale vigente in materia, in vigore da quasi 30 anni; in particolare, sono state definite le modalità di applicazione della procedura di valutazione di impatto ambientale e si è ridisciplinata l'attività estrattiva secondo una visione moderna, in quanto questa attività negli ultimi anni è passata, nella nostra provincia, da attività occasionale ad attività industriale.*

*Dopo la conclusione della discussione generale, il passaggio alla discussione articolata è stato approvato all'unanimità.*

*I singoli articoli nonché gli emendamenti risultanti dal testo allegato sono stati approvati come segue:*

*articolo 1: approvato con 6 voti favorevoli e 1 astensione;*

*articolo 2: l'emendamento al comma 3, presentato dal cons. Pürgstaller e diretto a ridurre il limite massimo di cubatura dei giacimenti di sabbia e ghiaia non inseriti nel piano provinciale, è stato approvato con 3 voti favorevoli e 2 astensioni; l'articolo emendato è stato approvato all'unanimità;*

*articolo 3: approvato con 4 voti favorevoli e 2 astensioni;*

*articoli 4 e 5: approvati con 5 voti favorevoli e 1 astensione;*  
*articolo 6: al comma 8 il limite massimo di cubatura di giacimenti di sabbia e ghiaia è stato adeguato al limite di cui all'articolo 2, comma 3, emendato dalla commissione; l'articolo è stato approvato con 4 voti favorevoli e 2 voti contrari;*  
*articolo 7: approvato con 5 voti favorevoli e 1 astensione;*  
*articolo 8: approvato all'unanimità;*  
*articolo 9: la commissione ha respinto con 3 voti contrari, 2 voti favorevoli e 1 astensione un emendamento sostitutivo del comma 6, presentato dal presidente Lamprecht, con il quale veniva demandata a regolamento di esecuzione la determinazione dell'importo dell'indennizzo annuo da corrispondere al titolare del diritto sulla base della quantità del materiale estraibile.*  
*L'articolo è stato approvato con 4 voti favorevoli e 2 voti contrari;*  
*articolo 10: l'emendamento al comma 1, presentato dal presidente Lamprecht, è stato approvato all'unanimità, come pure l'articolo così emendato;*  
*articoli 11, 12, 13 e 14: approvati a maggioranza con 6 voti favorevoli e 1 astensione;*  
*articolo 15: il consigliere Pürgstaller ha lamentato l'esiguità degli importi delle sanzioni amministrative qui previste e ha presentato un emendamento, sottoscritto anche dal consigliere Seppi, diretto ad innalzare gli importi delle sanzioni fissati al comma 1, lettere a) e b). L'assessore Di Puppo ha dichiarato di essere d'accordo con l'emendamento, che accrescerebbe l'effetto deterrente della norma. L'emendamento è stato approvato all'unanimità, come pure l'articolo così emendato;*  
*articolo 16: approvato con 6 voti favorevoli e 1 voto contrario;*  
*articoli 17 e 18: approvati con 6 voti favorevoli e 1 astensione;*  
*articolo 19: con una correzione linguistica nel testo italiano, l'articolo è stato approvato con 6 voti favorevoli e 1 voto contrario.*  
*Senza dichiarazioni di voto, nella votazione finale il disegno di legge nel suo complesso è stato approvato con 4 voti favorevoli (espressi dai consiglieri Baumgartner, Munter, Denicolò e Pürgstaller) e 2 voti contrari (espressi dai consiglieri Lamprecht e Seppi).*

**PRÄSIDENT:** Die Generaldebatte ist eröffnet. Wer möchte das Wort? Herr Abgeordneter Leitner, bitte.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Präsident! Es ist wirklich an der Zeit, das diesbezügliche Gesetz aus dem Jahr 1976 zu überarbeiten. Jeder weiß, was sich in den letzten Jahren in diesem Bereich getan hat bzw. dass die Notwendigkeiten heute andere sind als noch im Jahre 1976.

Ich habe zu diesem Gesetzentwurf eigentlich nicht viel zu sagen, sondern möchte lediglich ein paar Fragen stellen. Wie weit ist es mit dem Landesplan für den Betrieb für Steinbrüchen? Im Bericht der Kommission steht, dass der Landesrat gesagt hat, dass die Ausarbeitung sehr aufwendig sei, da zum ersten Mal eine Bestandsauf-

nahme aller Standorte durchgeführt würde. Dass das Zeit braucht, ist verständlich, aber ich möchte schon fragen, wie weit man mit diesem Landesplan ist.

Eine weitere Frage bezieht sich auf den Abbau bzw. Abtransport des Laaser Marmors. Diesbezüglich hat es in den letzten Monaten ja viele Diskussionen und auch Bürgerversammlungen gegeben. Konnte man sich in Bezug auf den Abtransport des Materials einigen? Wir wissen, dass einige eine neue Straße möchten, während diejenigen, die die Umwelt schützen wollen, für eine Modernisierung der Schrägbahn eintreten. Technisch gesehen ist es ja möglich, dass die Struktur von allen drei derzeit in Betracht kommenden Gesellschaften bzw. Firmen gemeinsam genutzt wird. Zu Beginn mag das zwar teurer als eine Straße sein, aber mittel- und langfristig wäre das sicher auch ein Beitrag zum Umweltschutz. Schließlich gehört diese Gegend zum Stilsfer-Joch-Nationalpark. Die bisherigen Beschlüsse der Gemeinde Laas nehmen von einer eigenen Straße Abstand, und auch die Landesregierung hat immer darauf gedrängt, von dieser Straße Abstand zu nehmen.

Die vorgeschriebene Mindestabbaumenge ist in der Kommission verringert worden. *“Sand und Schotter bis zu einer Kubatur von 25.000 Kubikmetern und Vorkommen von Natursteinen bis zu einer Kubatur von 3.000 Kubikmetern werden nicht in den Landesplan aufgenommen.”* Jetzt kommt ein Abänderungsantrag von Landesrat Di Puppò, der vorsieht, auf 50.000 Kubikmeter zu gehen. Ich bin schon der Meinung, dass man hier den unteren Wert hernehmen sollte.

Einverstanden bin ich mit den Abänderungsanträgen der Abgeordneten Munter und Lamprecht. Einer betrifft die Vergütung an die Besitzer, ein anderer die mobilen Recyclinganlagen.

Grundsätzlich habe ich gegen diesen Gesetzentwurf nichts einzuwenden. Ich hoffe, dass der Landesplan sobald als möglich gemacht und dass nicht nur eine Bestandsaufnahme gemacht wird, sondern dass die Nutzung nach den Kriterien der Wirtschaftlichkeit und des Umweltschutzes erfolgt.

**KURY (GAF-GVA):** Ich möchte an den Landesrat einige Fragen stellen, und zwar vor allem in Bezug auf die rechtliche Situation des Landesplanes für Gruben, Steinbrüche und Torfstiche. Ich habe hier verschiedene Beschlüsse der Landesregierung vorliegen. Da gibt es einmal den Beschluss vom 12.6.2002, mit welchem der Landesplan für Gruben, Steinbrüche und Torfstiche genehmigt worden ist. Wir wissen, dass dieser Landesplan lange auf dem Weg war. Bereits im Jahr 1996 ist eine Gruppe beauftragt worden, einen Landesplan für Gruben, Steinbrüche und Torfstiche auszuarbeiten. Wir wissen, dass der erste Entwurf vor allem bezüglich der Ausweisung der Gruben auf massiven Protest gestoßen ist. Dieser erste Entwurf ist dann im Jahr 1998 genehmigt und den Gemeinden vorgelegt worden. Einige Gemeinden haben dagegen protestiert, und ich kann mich daran erinnern, dass damals doch ziemlicher Unmut geherrscht hat. Einige Gemeinden haben Einwände präsentiert, die dann aber nicht berücksichtigt worden sind. Am 12.6.2002 ist der Landesplan für Gruben, Steinbrüche

und Torfstiche dann beschlossen und im November 2002 veröffentlicht worden. Es ist bekannt geworden, dass einige Gemeinden – beispielsweise auch die Gemeinde Paratschins - gegen diesen Landesplan Rekurs eingelegt haben. Das Verwaltungsgericht hat den Antrag auf einstweilige Aussetzung des Planes genehmigt, und zwar vor allem deshalb, weil die Genehmigungsprozedur gesetzlich nicht abgesichert war. Es wurde eine Dienststellenkonferenz eingerichtet, die vom Gesetz nicht vorgesehen war. Mein letzter Wissensstand ist der, dass das Landesgericht eine Aussetzung des Landesplanes verfügt hat. Es hat einen Rekurs der Landesregierung gegen diese Aussetzungsverfügung gegeben, und deshalb würde ich Landesrat Di Puppò ersuchen uns zu sagen, ob es diesbezüglich bereits ein Ergebnis gibt. Meiner Meinung nach ist es schon wichtig, dass es in Bezug auf die Relevanz dieses Landesplanes Klarheit gibt. Schließlich bezieht sich das Gesetz in vielen Bereichen auf den Landesplan. Deshalb sollte man schon wissen, ob dieser Plan jetzt rechtskräftig ist. Das zum Ersten.

Ich wundere mich darüber, dass bei den Abänderungsanträgen, die man uns ausgeteilt hat, auch Abänderungsanträge von Michele Di Puppò vorliegen, die er aber nicht als Landesrat, sondern als Landtagsabgeordneter unterschrieben hat. Auch in bezug auf das Ausmaß von Sand- und Schottergruben, die nicht im Fachplan vorgesehen sind, gibt es einen Abänderungsantrag. Das scheint momentan der Streitpunkt zwischen den Mitgliedern der Gesetzgebungskommission und dem zuständigen Landesrat zu sein. Während die Gesetzgebungskommission für Sand- und Schottergruben außerhalb des Planes ein Ausmaß von 25.000 Kubikmetern vorgeschlagen hat, ist das laut Landesrat Di Puppò zu wenig, weshalb er ein Ausmaß 50.000 Kubikmeter vorschlägt. Ich schließe mich selbstverständlich der Meinung der Gesetzgebungskommission an. Probleme bereitet mich nicht so sehr das Ausmaß, sondern die Frage, wo sich diese Sand- und Schottergruben befinden müssen, um außerhalb des Planes zulässig zu sein. Ich habe einen Abänderungsantrag eingebracht, der vorsieht, dass man spezifizieren muss, dass diese Sand- und Schottergruben nicht überall zulässig sein dürfen. Ich möchte ganz einfach klarstellen, dass dieser Abbau in Biotopen nicht möglich sein darf.

Ein weiteres Problem, Landesrat Di Puppò. Der Artikel 4 regelt die Genehmigungsprozedur für das Schürfen. Hier steht, dass das Schürfen nach neuen Vorkommen nach vorheriger Einholung der Ermächtigung von Seiten des Direktors der Landesabteilung für Industrie erlaubt ist. Soweit, so gut! Im ersten Absatz des Artikels 6 ist dann plötzlich vorgesehen, dass derselbe Direktor die Genehmigung für den Abbau erteilt, sofern das Gutachten für das Schürfen positiv ist. Mir scheint, dass es nicht richtig ist, dass der Augenblick, in dem die Schürfgenehmigung positiv ausfällt, mit der Genehmigung für den Abbau gleichgesetzt wird. Hier ist etwas gleichgesetzt worden, was nicht gleichgesetzt werden darf. Ich habe versucht, das mit einem Abänderungsantrag zu korrigieren, aber vielleicht kann Landesrat Di Puppò uns sagen, ob man hier nicht eine unterschiedliche Prozedur festlegen muss.

Außerdem wollte ich eine neue Maßnahme, die sich in anderen Ländern bereits positiv durchgesetzt hat, in einem Abänderungsantrag formulieren. Ich beziehe mich auf den Versuch, Umwelteingriffe durch ökologische Ausgleichsmaßnahmen auszugleichen, um sicherzustellen, dass die Öko-Bilanz am Ende des Abbaus ausgeglichen ist. Das ist auch ein Prinzip des novellierten Landschaftsschutzgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, das ich im übrigen sehr gut finde. Meiner Meinung nach müsste man auch in diesem Gesetz die Möglichkeit dazu vorsehen. Wie das dann zu konkretisieren ist, kann man in einer eigenen Durchführungsbestimmung regeln, aber ökologische Ausgleichsmaßnahmen vor allem für die Entnahme nicht erneuerbarer Ressourcen müssen meiner Meinung nach schon möglich sein. Wenn man vorsieht, dass die Gemeinden für die durch den Abbau entstehende Belastung eine Entschädigung erhalten, dann müsste man auch generell für die Natur etwas vorsehen. Das wäre auch ein Zugang zur Problematik, dass bestimmte Projekte nicht von vorneherein verboten werden. Dieser Vorschlag liegt mir sehr am Herzen.

Ein Letztes noch zum Übergangartikel. Dort steht, dass die Nutzung der Gruben, Steinbrüche und Torfstiche bis zur Genehmigung des Landesplans der Genehmigung durch den Direktor der Landesabteilung für Industrie unterliegt. Das bedeutet, dass jene Gruben, Steinbrüche und Torfstiche, die nicht im Landesplan aufscheinen, bis zum Ablauf der Genehmigung weiterarbeiten dürfen. Wenn man eine Genehmigung hat, dann kann man sie natürlich nicht außer Kraft setzen, nur weil ein Landesplan genehmigt wird. Das ist schon in Ordnung. Wenn aber steht, dass die Genehmigung weiterverlängert werden kann, dann kann ich damit nicht einverstanden sein. Die Absicht des Gesetzgebers müsste doch darin bestehen, dass dieser Landesplan ernst genommen wird. Selbstverständlich sind bestehende Genehmigungen bis zu deren Erlöschen gültig, aber dass man diese erloschenen Genehmigungen am Plan vorbei noch einmal verlängern kann, scheint mir ein Indiz dafür zu sein, dass der Landesplan nicht ernst genommen wird.

Ich werde dann noch im Rahmen der Artikeldebatte das Wort ergreifen. Auf jeden Fall möchte ich Landesrat Di Puppò ersuchen, uns zu sagen, wie es um den Landesplan für Gruben, Steinbrüche und Torfstiche steht. Außerdem möchte ich ihn fragen, wie man zu den ökologischen Ausgleichsmaßnahmen steht, die doch ein Gegengewicht zu den massiven Eingriffen in die Natur darstellen könnten. Des weiteren frage ich mich, welcher Text jetzt ernst zu nehmen ist. Der Text, der aus der Gesetzgebungskommission gekommen ist oder der Text mit dem Abänderungsantrag vom Landtagsabgeordneten Di Puppò, der in einem wichtigen Bereich eine Verdoppelung des Ausmaßes vorsieht? Das müsste man schon wissen, bevor man zur Artikeldebatte übergeht.

**PRÄSIDENT:** Frau Abgeordnete Kury, der Abänderungsantrag, den Sie angesprochen haben, ist natürlich von Michele Di Puppò als Landesrat eingebracht worden. Es gab hier einen Lapsus von Seiten unseres Übersetzungsamtes.

Wer möchte noch das Wort im Rahmen der Generaldebatte? Herr Abgeordneter Lamprecht, bitte.

**LAMPRECHT (SVP):** Danke, Herr Präsident! Wie im Kommissionsbericht angeführt, bin ich grundsätzlich sehr wohl der Auffassung, dass eine Neuregelung dieser Materie notwendig ist, um die AbbauprozEDUREN, Genehmigungsverfahren usw. den geänderten Situationen und Bedürfnissen anzupassen. Bei der Behandlung des Gesetzentwurfes in der Kommission sind allerdings einige Änderungen eingeflossen, die meines Erachtens sehr bedenklich ist. Deshalb habe ich auch gegen diesen Gesetzentwurf gestimmt. Jetzt sind auch einige Abänderungsanträge vorgelegt worden, die das, was in der Kommission an Verbesserungen erreicht wurde, wieder rückgängig machen. Zunächst möchte ich den Artikel 2 ansprechen, in welchem festgelegt wird, bis zu welchem Volumen eine Schotter- oder Sandgrube nicht in den entsprechenden Landesplan aufzunehmen ist. In der Kommission wurde das Volumen von 50.000 Kubikmeter auf 25.000 Kubikmeter reduziert. Das sind Zahlen, die an und für sich wenig aussagen, aber wenn wir davon ausgehen, dass auf einem normalen Lastwagen 12 Kubikmeter Platz haben, dann sind das bei 25.000 Kubikmetern Entnahme immerhin schon 2.100 Lastwägen, die mit Schotter beladen werden können. Bei 50.000 Kubikmeter wären es 4.200 Lastwägen. Deshalb glaube ich, dass es gerecht ist, wenn im Gesetz festgeschrieben wird, dass all das, was über 25.000 Kubikmeter hinausgeht, im Schotterplan enthalten sein muss. Hier geht es nicht um Kleinigkeiten, sondern um große Mengen.

Die von den Kollegen aufgeworfenen Fragen bringen eines in den Vordergrund: Der Schotterabbauplan wurde ja genehmigt, und zwar auch in zweiter Lesung. Die Gemeinden und betroffenen Grundeigentümer haben ihre Einwände vorgebracht. Der Plan wurde dann mit einigen kleinen Korrekturen genehmigt. Am Beispiel der Gemeinde Partschins hat sich gezeigt, dass man nicht auf die Forderungen und Bedürfnisse der Gemeinde und Grundeigentümer eingehen konnte. Das hat dazu geführt, dass die Gemeinde Partschins beim Verwaltungsgericht Rekurs eingelegt hat, und meines Wissens ist der Aussetzung des Planes stattgegeben worden. Was war das Problem? Der Schotterplan als Fachplan zum LEROP sieht vor, dass die ausgewiesenen Gruben im Bauleitplan der Gemeinde eingetragen werden, was bedeutet, dass sie den Bauleitplan der Gemeinde überlappen. Im konkreten Fall der Gemeinde Partschins war es so, dass es sich um eine Handwerkerzone gehandelt hat, wobei die Gemeinde erst nach Jahren zu diesem Kompromiss gekommen ist. Die Handwerksbetriebe möchten so bald wie möglich zu bauen beginnen, aber laut Landesschotterplan ist dieses Gebiet als Abbauggebiet eingetragen. Hier wurde die Gemeindeautonomie übergangen, und deshalb hat sich die Gemeinde Partschins zurecht dagegen gewehrt. Das beweist, dass mit dieser Materie auch einiges an Konfliktpotential verbunden ist. Im Artikel 9 wird ja das Verfahren der Konzessionsvergabe geregelt. Ich glaube, dass es sinnvoll ist, dass zunächst der Grundeigentümer bzw. Fruchtnießer, der Erbpächter und deren



Rechtsnachfolger das Recht haben sollten, den Abbau selbst zu betreiben. Die Einwände seitens der Gemeinden und Grundeigentümer an die Landesregierung beweisen, dass nicht alle mit dieser Zwangsbeglückung einverstanden sind. Im Artikel 9 wird auch festgelegt, dass, wenn der Grundeigentümer die Konzession für den Abbau nicht beantragt, die öffentliche Hand einem Dritten die Konzession erteilen kann. Dem Grundeigentümer wird zwar eine Frist von 180 Tagen eingeräumt, innerhalb welcher er die Konzession für den Abbau beantragen kann, aber wenn er das nicht tut, weil er nicht will, dass auf seinem Grund eine Schotterentnahme erfolgt, dann kann die Landesregierung die Konzession einem Dritten erteilen. Das Problem ist, dass die Entschädigung, die im Artikel 9 Absatz 6 festgelegt wird, extrem niedrig ist, und zwar so niedrig, dass jeder Grundeigentümer die Konzession beantragen muss, denn sonst stehen im lediglich 20 Prozent des Bodenwertes zu. Der einfache Bodenwert, wie er im Enteignungsgesetz aus dem Jahre 1991 festgeschrieben ist, beträgt bei einer Wiese 4 bis 5 Euro. Das bedeutet, dass man pro Jahr einen Euro als Entschädigung erhält. Der Abänderungsantrag, den ich gemeinsam mit Walter Baumgartner eingebracht habe, zielt darauf ab, dass festgelegt wird, dass für die Bemessung der Entschädigung nicht der Bodenwert hergenommen wird, sondern dass die Landesregierung auf der Basis der entnehmbaren Menge mit Durchführungsbestimmung festlegt, wie viel an Entschädigung zu zahlen ist. Wenn schon eine Zwangsbeglückung stattfindet, dann muss schon auch eine angemessene Entschädigung bezahlt werden! Ich verstehe, dass es Material für Straßenprojekte usw. braucht, aber man darf nicht die Grundeigentümer zwangsbeglücken, indem man ihnen diese Zone zuerst ungewollt überstülpt und ihnen dafür dann noch nicht einmal eine angemessene Entschädigung zahlt. Sollte es dazu kommen, dass große Projekte wie der Brennerbasistunnel realisiert werden, dann werden wir mit sehr großen Mengen an Aushubmaterial rechnen müssen. Deshalb sind die veranschlagten Mengen und ausgewiesenen Flächen für den Schotterabbau ohnedies sehr großzügig bemessen. Deshalb sollte man diesem Sachverhalt auch in Zukunft Rechnung tragen. Das ist auch ein Hinweis auf die nächste Überarbeitung des entsprechenden Fachplanes, die ja alle drei Jahre stattfindet.

**PRÄSIDENT:** Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine. Dann erteile ich Landesrat Di Puppo das Wort für die Replik.

**DI PUPPO (Assessore all'industria, trasporti, finanze e bilancio – Popolari – Alto Adige Domani):** Alcune precisazioni. Riguardo l'intervento del collega Laimer direi che la consigliera Kury, rispondendo, ha già parlato dell'approvazione del piano cave, che nel frattempo è intervenuto in periodo successivo alla trattazione della legge in commissione. Vi è stato un sorpasso. Evidentemente i tempi dei lavori del Consiglio hanno portato a questa situazione per cui il piano provinciale è stato approvato prima della legge. Per correttezza devo dire che effettivamente vi sono stati tre livelli di presentazione del lavoro che è stato prodotto nell'ambito del piano delle cave.

Il primo documento presentato, quello che avrebbe suscitato lo scalpore, quindi la protesta dei comuni individuava 300 siti, ma probabilmente non si era capito che quello era l'inventario del patrimonio del sottosuolo della nostra provincia che avesse un valore economico, nel senso la coltivazione di quei siti secondo la tecnologia attuale rendeva quei siti economicamente interessanti, quindi costituivano un bene. Se il sito per quanto ricco avesse avuto costi di coltivazione fuori mercato, non sarebbe stato classificato come un bene disponibile. Quindi questo primo documento evidenziava quale fosse la ricchezza del sottosuolo. Ed erano 300 siti. Poi fu presentata la prima bozza del piano, che aveva alcune sovrabbondanze ma era limitata a 130 siti. Evidentemente le sovrabbondanze stavano nel fatto che il piano doveva percorrere tutte le contrade della nostra provincia per tutte le verifiche del caso, quindi strada facendo avrebbe avuto degli accorciamenti, ridimensionamenti, risistemazioni, tant'è che il testo finale, quello licenziato dalla Provincia, è di 78 siti. Questo non toglie nulla al valore dell'inventario che è stato fatto, perché i 300 siti comunque sono censiti, topograficamente individuati e costituiscono ormai un patrimonio di conoscenza per le generazioni future.

Nell'ambito dell'approvazione del piano abbiamo avuto problemi con alcuni comuni, rispetto ai quali sono state trovate soluzioni. Con il comune di Parcines, quindi parliamo di un comune su 116, era nato questo contrasto tra il piano urbanistico comunale e la previsione del piano cave per la quale si è trovato un accomodamento, facendo prevalere la scelta del comune per quanto riguarda la parte destinata a zona artigianale, lasciando la parte residua all'estrazione secondo il piano cave. Il comune si è dichiarato soddisfatto ed ha proceduto al ritiro del ricorso al TAR e di conseguenza viene a cadere la materia del contendere.

Rispondo così anche al collega Lamprecht che diceva di questa difficoltà dei comuni. In realtà devo dire che intorno a questo piano, nonostante le difficoltà, si è trovato senso di responsabilità da parte delle amministrazioni comunali, perché non vi è lembo della nostra provincia che non sia toccata da una cava di ghiaia, marmo, torba. Praticamente in tutte le nostre valli c'è qualcosa. Però evidentemente anche le amministrazioni comunali hanno riconosciuto la necessità di poter cavare un materiale fondamentale per la crescita, le costruzioni, le opere pubbliche ecc. Ed ecco che allora qui si inserisce il proprietario che viene privilegiato nella nostra legge, perché è il soggetto che per primo può decidere cosa fare lui e quanti hanno diritto, in successione, alla proprietà secondo quanto previsto dal codice civile. E' solo nell'ipotesi in cui vi fosse totale noncuranza del valore custodito nel sottosuolo, che scatta l'interesse pubblico, esattamente nella stessa logica che fa di un consorzio umano una comunità, quando si individuano determinati beni come un valore superiore che può essere detenuto dal singolo ma non può costituire patrimonio esclusivo. Abbiamo riconosciuto questo principio fondamentale con la legge sugli espropri, quando si arriva a dire che questo bene, anche se tuo, siccome interessa la comunità ed essendo garantito anche dalla Costituzione il diritto prevalente della comunità rispetto al diritto del singolo, può es-

sere espropriato. Lo abbiamo riconosciuto anche rispetto alle acque, quando si è riconosciuto proprio in quest'aula che tutte le acque fanno riferimento al demanio idrico provinciale, pure quelle che sono date temporaneamente, anche per tutto il tempo della vita di una persona, nell'uso esclusivo di una famiglia, di una persona. Dal momento in cui quelle acque dovessero diventare un'esigenza pubblica, questa deve prevalere. Anche qui, per questi beni conservati nel sottosuolo, può scattare il momento. Non è detto che questo accada, non vi è l'obbligo per forza per il proprietario di un terreno che ha sotto un giacimento di torba di dover scavare, ma nel momento in cui dovesse verificarsi questa esigenza, in quel momento si apre questo conflitto: prevale il diritto del singolo o prevale l'interesse della comunità?

Così per l'indennizzo. Capisco se facciamo riferimento a 4, 5 euro, il 20% è un euro all'anno, ma se prendiamo ad esempio un frutteto della Bassa Atesina, stimato 108 mila lire al metro quadro, un ettaro sono 1 miliardo. E io posso farLe, caro collega Lamprecht, anche più recenti richieste fatte da coltivatori della Bassa Atesina per strisce di terra che non hanno nemmeno il valore agricolo unitario, perché mettendo insieme 17 proprietari si mettono insieme alcuni ettari, quindi vuol dire che ogni striscia non è nemmeno un'unità produttiva, ebbene la loro pretesa sarebbe di 170 mila lire al metro quadro, restando terreno agricolo. Significa 1 miliardo e 700 milioni per un ettaro, in cui il 7% sono 340 milioni per ogni anno di coltivazione del terreno, e a questo punto si deve dire non spendendo una lira per anticrittogamici, per potare le piante, di impianto idrico, per la raccolta del prodotto. Anche questo è un esempio da portare, quindi non solo quello dei 4, 5 euro per un terreno messo in parete perpendicolare, perché si parla dalle 40 alle 70 mila lire anche per le frane ai piedi delle pareti. Io non sono un esperto, però mi è capitato di incappare in queste cose, nella zona della guida sicura. C'è un tratto di bosco sopra, dove c'è tutta una frana sotto di petrisco di porfido, un bosco nemmeno di valore, però per poterlo espropriare, siccome per la discarica fu già espropriato a suo tempo, le quote vanno dalle 40 alle 70 mila lire, e il proprietario non ha nemmeno uno spazio utile per poter accedere.

Attenzione quando dobbiamo strapparci le vesti o muoverci alla commo- zione, teniamo presente tutto il ventaglio. Molto probabilmente se commisuriamo la legge al problema del pascolo desolato dove forse i 4, 5 euro al metro quadro ci stanno, perché tanto lassù non ci va neanche una capra a pascolare, va bene, ma teniamo conto che per via di questo caso estremo, povero e commiserevole, corriamo il rischio di vedere la coda di gente che ci offre terreni per scavare sotto. Dobbiamo essere equilibrati in questo senso.

Da questo punto di vista nella distribuzione dell'indennizzo ci deve essere una posizione di equilibrio che garantisca il diritto sicuramente del proprietario di vedersi equamente indennizzato, ma non possiamo nemmeno immaginare che questa sia la condizione per vedersi privare della possibilità di utilizzare le risorse naturali del nostro territorio e creare delle situazioni di speculazione privata a danno della collettività.

**PRÄSIDENT:** Frau Abgeordnete Klotz, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten.

**KLOTZ (UFS):** Darf ich fragen, wann die Zeit für die Minderheiten nachgeholt wird?

**PRÄSIDENT:** Die Minderheitenzeit wurde bereits aufgebraucht. Heute Nachmittag haben wir bis 18 Uhr institutionelle Angelegenheiten behandelt.  
Die Sitzung ist geschlossen.

ORE 18.44 UHR

## **SEDUTA 202. SITZUNG**

**2.4.2003**

Sono intervenuti i seguenti consiglieri:  
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Di Puppò (70,81)  
Gnecchi (7,38)  
Klotz (22,58,69,84)  
Klotz (3)  
Kury (19,27,77)  
Lamprecht (80)  
Leitner (12,59,76)  
Lo Sciuto (22,29)  
Minniti (31)  
Pöder (14)  
Presidente (60)  
Pürgstaller (25)  
Saurer (4,35)  
Seppi (15,19)  
Stocker (27)  
Urzi (33)  
Willeit (24)